

Ercheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Stänger. in der Post-Verwaltung-Preisliste für 1896 unter Nr. 7277.

Vorwärts

Inferations-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitzeile oder deren Raum 40 Pf. für Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pf. Insetate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Verleger: Amt I, Nr. 1508
Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 8. April 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Islam und Kreuz.

Während in den sich christlich nennenden Staaten nach dem Zeugnis aller gläubigen Christen der „christliche Geist“ mehr und mehr absterbt und das Christenthum mehr und mehr zu eitlem, heuchlerischen Formentram wird, entwickelt jetzt der Muhamedanismus eine außerordentliche Lebens- und Schwingkraft und erobert sich fortwährend neue Gebiete, trotzdem der oberste Herrscher der muhamedanischen Welt, der Sultan, in Europa zu einer Schatteneigenschaft verurtheilt ist. Allerdings, was hervorgehoben werden muß, ausschließlich aus politischen und weltlichen Gründen.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ widmen in ihrer Osternummer den Fortschritten des Islam einen eigenen Leitartikel, dem wir folgende Darlegung entnehmen:

In Europa scheinen die Tage des Islam gezählt, in Asien und Afrika aber hat derselbe sich in den letzten 25 Jahren stark ausgedehnt. Die russische Regierung, welche Katholiken und Protestanten unbarmherzig unterdrückt, muß die Propaganda des Islam dulden; während sonst der Abfall von der orthodoxen Kirche schwer gestraft wird, lehren die Tartaren an der Wolga und in Kaukasien, unter denen früher die evangelische Mission große Fortschritte gemacht, nicht nur in Schaaeren zum Muhamedanismus zurück, sondern machen Tausende von Proselyten. In der Grarchie von Kasan kommt eine Kirche auf je 1000 Seelen, eine Moschee auf je 500; die Christen haben eine Schule für je 2800 Kinder, die Muselmänner je eine auf 750. In der Regierungsdrukerei von Kasan wird nicht bloß der Koran in tausenden Exemplaren gedruckt, sondern selbst die dem Christenthum feindlichen Schriften, die zum heiligen Glaubenskrieg, „Djihad“, auffordern und den Sultan „unsern Padschah“ nennen. Ganz Mittelasien ist muselmännisch, in China sowie Indien macht der Islam große Fortschritte; in letzterem Reich zählt man jetzt weit über 50 Millionen, die meist zu der sanftlichen Richtung der Wahabiten gehören.

In Afrika ist es nicht anders; außer dem Fetischchristenthum Abessinien und den Kopten sowie Fremden findet man wenig Spuren unserer Religion. Der Erfolg der christlichen Missionare ist gering, der des Islam gewaltig und gerade unter den energischsten Stämmen zumeist. Abgesehen vom Norden, der seit Anfang bis zum Atlas muselmännisch war, sind es jetzt die größten inneren Reiche, wie Futaah, Bornu, Wadai, Darfur, Kordofan, Sennaar, Timbuktu und so weiter. Und dazu kann man nicht leugnen, daß der Muhamedanismus veredelnd auf den früher heidnischen Völkern wirkt; der Islam ist eben nicht bloß eine Religion, sondern eine ganze Kultur, der Koran regelt soziale Beziehungen so gut wie Gottesdienst und Gebet; und der Fortschritt des muhamedanisch redenden, bisher heidnischen Völkern ist sehr groß. Der Monotheismus giebt ihm ein Gefühl der Selbstachtung gegenüber dem vor seinem Fetisch knienden und denselben in abgeschmackten Tänzen feiernden Heiden, das sich in der sofortigen Ueberlegenheit des ersten über den anderen zeigt; ja die zum Islam übergetretenen Stämme werden oft fanatisch und bereit, für die Ausbreitung ihres Glaubens zu kämpfen. Und dieser Uebertritt vollzieht sich, ohne daß die muselmännischen Missionare

besondere Vortheile vor den christlichen unter den Regern hätten; sie kommen nicht als Eroberer oder als reiche Kaufleute, sie leben in großer Armuth, lassen sich unter den Leuten, welche sie bekehren wollen, nieder, versuchen nicht, deren häusliche Institutionen zu ändern, sie wissen sogar den Islam, ohne seine Lehre zu ändern, dem Veger annehmbar zu machen und zwingen ihm nicht den arabischen Topus auf. Aber die Wirkung ist dieselbe; wenn der muselmännische Konvertit mit dem weißen Kleide angethan und mit dem Schwert umgürtet wird, so ist er gleichberechtigt mit allen Muselmännern geworden; alle sind seine Brüder geworden. Aber mit dieser Gleichheit nimmt der Veger die ganze Kultur des Islam an, die, so mangelhaft sie gegenüber der christlichen ist, einen unendlichen Fortschritt aus dem Heidenthum bedeutet. Sein ganzes Wesen wird gehoben, seine Seele freier, seine dunkle Farbe, die bei der Verührung mit europäischen Christen Untergeordnetheit bedeutet, bringt als Nothwendigkeit keine Zurücksetzung für ihn mit sich.

Die ganze islamitische Kultur ist auf primitive Völker berechnet, der Uebergang zu ihr vom Heidenthum bedeutet einen unendlichen Fortschritt, aber vom Islam giebt es so gut wie keinen Fortschritt, er ist stationär.

So die „Neuesten Nachrichten“.

Was das Münchener Blatt hier über die Ursachen der muhamedanischen Erfolge sagt, ist zum theil richtig, jedoch auch nur zum theil. Ganz falsch ist die Annahme oder Behauptung, daß der Koran leichter zu verstehen sei als die Bibel und eine geringere Intelligenz erheische. Im Punkte der Intelligenz sind alle Religionen der Welt — den Fetischismus nehmen wir hier nicht als Religion — auf einer Stufe.

Was dem Islam das Uebergewicht giebt, das ist, daß er eine Religion für das Leben ist; daß er die Gleichheit nicht in den Himmel verlegt, wie das Christenthum, sondern auf die Erde; und daß er die Harmonie der Lehre und des Handlens fordert, wohingegen der Christ beides vollständig von einander trennt. Nicht „stationär“ als das Christenthum ist der Muhamedanismus — alle Religionen, namentlich alle „offenbarten“, sind ihrer Natur nach nothwendig „stationär“ —, aber er entspricht besser der einfachen Moral von Naturvölkern, die nicht begreifen können, daß eine Religion gut sein kann, deren Befehle durchweg das Gegentheil dessen thun, was sie ihnen vorschreibt, und die sich dabei ihrer Religiosität noch rühmen. Der Koran ist nicht bloß das höchste Religionsbuch, er ist auch das höchste Gesetzbuch der Muhamedaner. Nach dem Koran spricht der muhamedanische Richter Recht. Das mag sehr „primitiv“ oder selbst „stationär“ sein, allein es ist sittlich und kulturell doch gewiß nicht von minderem Werth als die christliche Erfindung des Dolus eventualis.

Der „Heide“, welcher sich zum Muhamedanismus bekehrt, ist der Gleiche eines jeden Muhamedaners bis hinauf zu dem Kalifen und Sultan — und der „Heide“, welcher „Christ“

wird, schwebt in Gefahr, von einem christlichen Peters christlich gehängt zu werden.

Wir dächten, es ergiebt sich daraus von selbst, warum die „Heiden“ unter solchen Verhältnissen dem Christenthum den Vorzug geben vor dem Muhamedanismus.

Verichtigung. Im Osterartikel der letzten Nummer hat sich „das Dunkel der Katakomben“, d. h. der unterirdischen Grabstätten des alten Rom, in das „Dunkel der Hekatomben“, das heißt der Massenopfer verwandelt. An Hekatomben hat es bei der Hag auf die Christen freilich auch nicht gefehlt.

Politische Uebersicht.

Berlin, 7. April.

Die Wirren in der Zentrumsparthei reißen nicht ab. Zu den Blättern, die sich der agrarischen Zentrumsparthei anschließen, hat sich der „Deutsche Reichsanzeiger“ in Bonn. Das Blatt veröffentlicht jetzt, allerdings unter Vorbehalt, eine ihm von befreundeter Seite zugehende Zuschrift, in der vor einem reaktionären Komplott hervorragender Zentrumsführer gewarnt wird. Es heißt da:

„Dieselben Herren, welche zur Zeit auf Seite der Militärvorlage standen, benutzen nämlich Freiherrn v. Los und seinen Einfluß auf die ländlichen Wähler, um an Stelle des Zentrums eine sogenannte „katholische Volkspartei“ zu setzen, sowie eine Ständevertretung zu schaffen, in welcher der Adel eine bevorzugte Sonderstellung mit gesetzgeberischen Befugnissen einnehmen soll. An der Spitze dieser Bestrebungen stehen Herr Fürstbischof Kopp, Fürst Löwenstein-Wertheim, Graf Strachwitz, Prinz Arenberg, Dr. Porsch, v. Hoensbroech, v. Schalscha, sowie Freiherr v. Los.“

Fürstbischof Kopp will augenblicklich in Rom, um den heiligen Vater für diese Pläne zu gewinnen; wie weit er darin reüssiren dürfte, ist vor der Hand nicht abzusehen.“

Die Zeitung fordert ihren Gewährsmann auf, jetzt die Beweise für seine Behauptung zu erbringen. Jedenfalls kann man sich da auf einen erbaulichen Streit gefaßt machen, wenn auch die beziehungstüchtigen Herren nicht so ungeschickt sind, in der behaupteten plumpen Weise den reaktionären Fäden zu spinnen. —

Zum Zeugniszwangsverfahren gegen das „Volksblatt für Halle und den Saalkreis“ entnehmen wir diesem Parteiorgan das folgende:

Gegen die Bestrafungen, welche in der Disziplinarsache gegen „Unbekannt“ über Seger, Geschäftsführer, Verleger, Berichterstatter und Redakteure unseres Blattes verhängt worden sind, ist nunmehr von allen Bestraften Beschwerde eingelegt worden. Der Fall erregt auch die Aufmerksamkeit der auswärtigen Presse. Die Bestrafungen wegen Eidesverweigerung werden schwerlich aufrecht erhalten werden können. Sehr auffällig ist, daß erst jetzt, fast vier volle Monate nach Veröffentlichung des Artikels die Unter-

durch sie hindurchkamen, blickten sie uns mit ihren großen, glänzenden Augen an. Man konnte sich in die ersten Tage der Welt versetzt denken, als der Schöpfer mit zögernder Hand, gleichsam um den Werth in der Wirkung seines Werkes zu beurtheilen, unformige Massen auf die Erde geworfen hatte, die er nach und nach seitdem wieder zerfiert hat, aber einige ursprüngliche Typen sind auf diesem groben vernachlässigten Kontinent, Afrika, zurückgeblieben, wo sie, wie der Strauß, die Giraffe und das Dromedar in den Sandwüsten vergriffen wurden.

Da etwas Liebliches. Eine Kameelluh hat eben geboren und entfernt sich gegen das Feld hin, gefolgt von dem jungen Kameel, das zwei kleine Araber, die noch nicht so groß als das Kameel sind, mit Zweigen treiben. Es geht auf seine hohen Beine gestützt, die einen winzigen Körper tragen, der in einen Vogelhals endet und einen Kopf trägt, dessen erstarnte Augen sich die Dinge dieser Welt erst seit einer Viertelstunde betrachten. Es marschirt recht gut, ohne Zögern auf diesem ungleichen Terrain und fängt an, das Guter zu wittern, denn die Natur hat dieses erst einige Minuten alte Thier gleich so hoch gemacht, daß es den steilen Bauch seiner Mutter erreichen kann.

Da sie auch einige Tage alte, andere Monate alte und ganz große, deren Haare wie ein Busch aussehen, ganz gelb, andere grauweiß, andere wieder schwärzlich. Die Landschaft wird so eigenthümlich, wie ich niemals etwas Ähnliches gesehen habe. Rechts und links treten Steine aus der Erde, in Reihen gestellt wie Soldaten, alle in derselben Richtung nach dem noch unsichtbaren Kairuan geneigt. Man möchte sagen, sie seien im March, bataillonsweise. Sie bedecken auf diese Weise einige Kilometer. Zwischen ihnen ist nichts als thoniger Sand. Diese wunderliche Steinsetzung hat auch ihre Legende.

Als Sidi-Olba mit seinen Streitern in die Wüste kam, wo sich heute das ausbreitet, was von der heiligen Stadt übrig ist, kampirte er hier. Seine Begleiter waren

überrascht, daß er in dieser Einöde Halt machte und riefen ihm, dieselbe zu verlassen. Aber er antwortete: „Wir müssen hier bleiben und hier eine Stadt gründen, denn das ist der Wille Gottes.“ Sie hielten ihm entgegen, daß es hier weder Trinkwasser noch Steine noch Holz zum bauen gäbe. Sidi-Olba gebot ihnen mit den Worten Schweigen: „Gott wird dafür sorgen.“ Den anderen Tag meldete man ihm, daß ein Windspiel Wasser gefunden habe. Man grub an dieser Stelle nach und stieß 16 Meter tief auf die Quelle. Wieder den anderen Tag kündeten Araber, die auf Rundschau ausgesandt waren, Sidi-Olba an, daß sie an den Abhängen der benachbarten Berge Wälder entdeckt hätten. Und den folgenden Tag kamen Reiter, die am Morgen aufgebrochen waren, im Galopp zurücksprenge, indem sie riefen, daß eine Arme Steine heranzuführen; die ohne Zweifel von Gott geschickt seien.“

Trotz dieses Wunders ist Kairuan fast ganz von Ziegeln erbaut. Jetzt ist die Ebene ein Morast von gelbem Schlamm geworden, in dem die Pferde schlecht vorwärts kommen und die Wagenräder tief einsinken, und ein feiner Regen fällt, der den Horizont verschleiert. Bald scheint der Weg besser zu werden, wenn man auf einen der sieben Hügel gelangt, die die sieben Hügel von Kairuan genannt werden, bald wird er wieder eine entsetzliche Kloake, wenn man in den Sattel hinabkommt. Plötzlich hält der Wagen. Eins der hinteren Räder ist schadhast. Wir müssen absteigen und die Beine gebrauchen. Wir befinden uns im Regen, gepörscht von einem wüthenden Winde. Der von demselben ausgewählte Schlamm verklebte unser Schuhwerk, erschwert uns das Gehen und bringt uns außer Athem. Wir verwünschen den eifigen Wind und machen die Pilgerfahrt nach der heiligen Stadt in einer

*) Diese Steinreihen sind offenbar ebenso von vorgeschichtlichen Völkern errichtet, wie die ähnlichen Steinreihen, die sich bei Carnac in der Bretagne, in England und im nordwestlichen Deutschland vorfinden. (Kamerl. des Ueberf.)

5) Nach Kairuan. (Nachdr. verboten.)

Von Guy de Maupassant. Frei übersetzt von F. B.

Den 14. Dezember.

Nachdem wir noch einige hie und da von Eingebornen kultivirte, aber meist unvollständig bebaute Ebenen passirt hatten, die demungeachtet sehr fruchtbar waren, entdeckten wir links die lange Fläche des Tritonsee. Man nähert sich ihm allmählich und glaubt zahlreiche Inseln zu sehen, bald weiße, bald schwarze. Aber es sind Vögelschaaren, die in kompakten Massen schwimmen. An den Ufern prome-niren große Kraniche zu zwei und zwei oder zu drei und drei. Andere bemerkt man in der Ebene zwischen den Sträuchern. Der See, dessen Tiefe 6—8 Meter erreicht, ist diesen Sommer vollständig trocken gewesen nach den 15 Monaten Trockenheit, was seit Menschengedenken nicht vorgekommen. Aber trotz seiner bedeutenden Ausdehnung war er im Herbst an einem Tage angefüllt; denn in ihm sammelt sich alles im Gebirge des Zentrums gefallene Regenwasser. Darin liegt der große zukünftige Reichtum dieser Felder, daß, statt von häufig trockenen Wägen durchschnitten zu sein, die wie in Algier das Regenwasser bald abführen, sie durchfließt sind von Schluchten, in denen das geringste Hinderniß hinreichend die Strömung des Wassers aufzuhalten. Da ihre Höhe überall die gleiche ist, so verbreitet sich jeder Platzregen, der auf den entferntesten Bergen gefallen ist, bald über die ganze Ebene; es entsteht, wenn er mehrere Stunden oder einige Tage dauert, ein ungeheurer Sumpf, und es setzt sich bei jeder dieser Ueberschwemmungen eine neue Schlammdecke darauf ab, die düngt, wie in Egypten der Nil.

Wir kommen nun in weite Landstriche, wo sich stellenweise eine kleine fette, grüngraue Pflanze ausbreitet (ein Sempervivum oder Sedum), die die Kameele gern fressen. Daher bemerkt man auch, so weit das Auge sehen kann, ungeheuer Truppen von Dromedaren grasen. Als wir

fuchung eingeleitet worden ist. Kurz nachdem der Artikel erschienen war, fand eine Hausfuchung nach dem Manuskript in der Redaktion und in der Druckerei statt. Man fand nichts. Seit der Zeit war alles ruhig. Auf welche Ursache ist das plötzliche Auswärmen der Disziplinarfache wider „Unbekannt“ zurückzuführen? Im Dezember wurde die Nachforschung eifrig betrieben. Damals wurde uns von einer Seite, die sich als sicher unterrichtet bezeichnete, mitgeteilt, es sei beabsichtigt, bei allen Registraturbeamten des Magistrats Hausfuchung zu halten. Ob der Plan wirklich bestanden hat, wissen wir nicht; einen Rieseneffekt, wenn auch nicht den erwarteten, hätte seine Ausführung gehabt. Nun ist ein starkes Vierteljahr vergangen, und auf einmal pläzt die Untersuchung gegen „Unbekannt“ über unser Blatt herein. Uebrigens erlauben wir uns eine kleine, bescheidene Frage: Ist denn bei der Stichwahl 1893, als die Depesche über die angeordnete Verhaftung des Genossen Kunert vorzeitig veröffentlicht wurde, auch eine Untersuchung gegen „Unbekannt“ eingeleitet worden? Wir bitten um gefällige Antwort. —

Das Zeugniszwangsverfahren gegen die „Saale-Zeitung“ nimmt, wie diese selbst mittheilt, auch nach der erfolgten Aufhebung der Zwangsmaßregeln ihren Fortgang. Die Entscheidung des Oberlandesgerichts Naumburg ist in allernächster Zeit zu erwarten. Wie ferner dem „Hamb. Kor.“ aus Berlin gemeldet wird, sind die Herausgeber hiesiger großer Zeitungs-Korrespondenzen als Zeugen vernommen worden, um die Beamten zu ermitteln, welche die vorzeitige Veröffentlichung von Gesekentwürfen verschuldet haben.

Einen afrikanischen Sieg haben die Italiener zu verzeichnen. Zwar nicht über den grausamen Menesit, der sich durchaus nicht besiegen lassen will, sondern nur über eine Schaar Derwische. Ein Telegramm aus Massauah vom 3. April meldet darüber:

Oberst Stevani sandte am 2. d. M. 11 Uhr nachts aus Kassala folgende Depesche an General Valbiffera: Das sechste Eingeborenen-Bataillon war in Sabdret geblieben mit dem Befehl, heute früh die südlichen Abhänge des Berges Wofram zu besetzen, um der Karawane, welche Lebensmittel nach Kassala gebracht hatte, den Abzug von dort zu erleichtern. Um 4 Uhr nachmittags wurde das vorgenannte Bataillon von den Derwischen in der überlegenen Zahl von 6000 Mann Fußtruppen und Reitern unter der Führung verschiedener Emire bestig angegriffen. Auf die mir von diesem Angriff überbrachte Nachricht marschirte ich mit sämtlichen mir zur Verfügung stehenden Streitkräften einschließlich einer Gebirgsbatterie von 4 Geschützen und einer Abtheilung Kavallerie vorwärts und überraschte den Feind, welcher nach kurzem, heftigem Feuer zurückgeschlagen wurde. Auch ein nochmaliger Angriff der Derwische, welche durch mehrere Abtheilungen von Zukruf her verstärkt worden waren, wurde abgeschlagen. Der Kampf begann um 5 Uhr nachmittags und endete um 9 Uhr abends. Unsere Verluste belaufen sich, soweit bis jetzt festgestellt wurde, auf etwa hundert Tode und Verwundete. Unter den Verwundeten befinden sich der Hauptmann Brunelli und der Major Amadossi. Der Feind erlitt bei seinem überstürzten Rückzug nach Zukruf starke Verluste, im Augenblick kann jedoch eine genaue Zahl nicht angegeben werden. Die Haltung unserer Offiziere und Truppen war ausgezeichnet, trotz eines zehnstündigen Marsches bei außerordentlicher Hitze und Wassermangel. Morgen Mittag lasse ich die Karawane abgehen.

Das ist nicht viel. Aber trotzdem haben die erispinischen Chauvinistenorgane den Muth, wegen dieses herrlichen Sieges, der die Kriegstüchtigkeit der Italiener beweist, die Fortsetzung auch des Feldzuges gegen Abyssinien zu verlangen. —

In Südafrika nehmen die Dinge eine üblere Wendung für die Weißen in den Aufstodengebieten Rhodesias, da der Ausbruch der Kinderpest in den südlicheren Landstrichen den ausschließlich durch Ochsenwagen betriebenen Transport erschwert. Ueberdies sind die Eingeborenen in Betschuanaland durch die zwangsweise Tödtung ihres von der Kinderpest befallenen oder bedrohten Viehes in große Aufregung versetzt worden, so daß man sogar auch dort einen Aufstand befürchtet. In der Ortschaft Maseking im Betschuanaland herrscht große Aufregung. Die Farmer bringen ihre Familien nach der Stadt in Sicherheit. Eine Versammlung der Einwohner von Maseking bat den Gouverneur der Kapkolonie, ihnen Truppen zu Hilfe zu senden.

In Kapstadt befürchtet man jetzt, daß im ganzen 200 Weiße durch die Matabeles ermordet worden sind. — In Johannesburg sind 450 Mann ausgehoben, um den Truppen in Buluwano zu Hilfe zu kommen, aber es heißt, daß die Bevölkerung von Rhodesia nicht sehr geneigt sei, die Hilfe der Uiländer anzunehmen.

Stimmung, daß wir die Nachsicht des Gottes des Propheten bedürfen, wenn dieser der wahre ist.

Bekanntlich gelten für die Gläubigen sieben Pilgerfahrten nach Karwan ebensoviel als eine nach Mekka. Nach ein oder zwei Kilometer dieser erschöpfenden Wanderung sehen wir im Nebel in der Ferne vor uns einen dünnen, spitzen, kaum sichtbaren Thurm, dessen graue Spitze sich in den Wolken verliert, eine unbekannt und fesselnde Erscheinung, die allmählig deutlicher wird, und die Gestalt eines in den Himmel ragenden zierlichen Minarets annimmt, ohne daß man etwas anderes außer ihm erkennen kann. Wir marschiren langsam diesem grauen Pharus zu, während uns der Regen in das Gesicht peitscht. Allmählig verschwindet der Thurm wieder, später erscheint rechts verschwommen ein mit einem Dome gekröntes Bauwerk. Es ist die Moschee, die man die des Barbier nennt, und endlich wird die Stadt hinter dem Regenschleier sichtbar, eine undeutliche Masse, und der Minarett erscheint jetzt weniger groß, als vorher, wo er allein sichtbar war.

O diese traurige, in der sandigen Einöde verlorene Stadt! In den engen und gewundenen Straßen sehen uns die in ihren Verkaufschuppen sitzenden Araber vorüberziehen. Wenn uns eine Frau begegnet, erscheint sie uns in ihrer schwarzen Kleidung zwischen den gelben Mauern wie der Tod, der spazieren geht.

Von dem tunesischen Gouverneur von Karwan Si-Mohamed-el-Marabout wird uns Gastfreundschaft angeboten, einem General des Bey's und sehr frommen Muselman, der schon dreimal nach Mekka gepilgert ist. Er führt uns mit schwerfälliger und beflissener Pöflichkeit in die für die Fremden bestimmten Zimmer, wo wir große Divans und wunderwolle arabische Decken finden, in die man sich einwickelt, wenn man schlafen geht. Um uns zu ehren trug einer seiner Söhne mit eigenen Händen alles herbei, was wir nöthig hatten.

Wir diniren denselben Abend bei dem französischen Konsul und Zivilkontrolleur, wo wir eine sehr liebenswürdige Aufnahme fanden, die uns wieder warm machte und uns für unsere traurige Ankunft entschädigte.

(Fortsetzung folgt.)

Buluwano, 6. April. Die Telegraphen-Verbindung zwischen Buluwano und Salisbury ist wieder hergestellt. Cecil Rhodes ist im Begriff, mit seiner Eskorte von 150 Mann von Salisbury nach Swelo aufzubrechen. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Gelegentlich einer Unterhaltung über die Hinrichtung Breitwieser's soll sich das Hamburger Kontrollmädchen Maria D., welches von der Schuld des Hingerichteten nicht überzeugt war, in einer Weise geäußert haben, die eine Kollegin und Konkurrentin als Majestätsbeleidigung aufsaßte und sofort denunzirte. Die Angestellte gab vor Gericht auch zu, die betreffende Aeußerung gethan zu haben, vermag aber irgend eine Beleidigung, welche Absicht ihr übrigens auch völlig fern gelegen habe, nicht darin zu erblicken. Anders der Herr Staatsanwalt, welcher eine Majestätsbeleidigung für vorliegend erachtet und eine Gefängnißstrafe von drei Monaten beantragte. Der Verteidiger Dr. Pappeler kann in den von der Angestellten angegebenen Worten keine Beleidigung der Person des Kaisers finden und beantragt sowohl aus objektiven wie auch aus subjektiven Gründen Freisprechung, welsch letzterem Antrage entsprechend das Gericht auch erkennt. Die Freisprechung ist erfolgt, weil das Gericht überzeugt ist, daß der Angestaltete das Bewußtsein der Beleidigung des Kaisers gefehlt habe.

Deutsches Reich.

Zwei erledigte Reichstagsitze in Bayern. Außer dem Wahlkreise Ansbach-Schwabach ist nun auch das Mandat des 4. Schwabischen Reichstags-Wahlkreises durch den heute gemeldeten Tod des Abgeordneten Domampular Reindl (Zentrum) erledigt. Reindl, der das 60. Jahr noch nicht erreicht hatte, war von 1881—1892 Mitglied des bayerischen Landtages und gehörte seit 1881 ununterbrochen dem Reichstage an. Reindl wurde in der Hauptwahl mit großer Majorität gewählt, er erhielt 10 889 gegen 8091 nationalliberale, 1098 sozialdemokratische und 2320 bauernbündlerische Stimmen.

In Ansbach-Schwabach erhielt der Demokrat Kroeber in der Hauptwahl 5536 Stimmen gegen 2818 deutschkonservative, 2662 nationalliberale und 1733 sozialdemokratische Stimmen; er wurde in der Stichwahl mit 8905 Stimmen gegen den Deutschkonservativen gewählt, der 6333 Stimmen erhielt.

Der Wahlkreis Jheriffen wird vorläufig unbesritten der Zentrumspartei verbleiben, dagegen wird sich um das Mandat des Kreises Ansbach-Schwabach ein sehr heftiger Wahlkampf entwickeln. Von demokratischer Seite soll Dr. Luidde aufgestellt werden. —

Wiederaufnahme ehemaliger Reichsangehöriger. In Einschränkung des Erlasses vom 3. Februar vor. J. hat der Minister des Innern unterm 17. Februar den Regierungspräsidenten wieder überlassen, denjenigen Anträgen auf Wiederaufnahme, die von ehemaligen Reichsangehörigen ausgehen, die vor dem Verluste ihrer hiesigen Staatsangehörigkeit der Militärpflicht genügt haben oder noch minderjährig sind, ohne zuvorige Einholung einer Zustimmung zu entsprechen; bezüglich aller übrigen auf Naturalisation gerichteten Anträge, denen die Regierungspräsidenten stattzugeben beabsichtigen, ist jedoch auch ferner nach dem Erlasse vom 3. Februar vorigen Jahres zu verfahren. —

Der Abgeordnete Eugen Richter hat dieser Tage seinen Austritt aus dem Verein zur Förderung der Handelsfreiheit erklärt. Dieser Schritt wird von Herrn Richter naheliegender Seite damit motivirt, daß derartige Vereinigungen für die praktische Politik bedeutungslos seien; sie verschlangen viele Mühe und Geld, die an anderer Stelle (d. h. für Zwecke der freisinnigen Volkspartei) besser verwendet werden könnten. Die Konkurrenten Richters' von der „Berliner Zeitung“ meinen, daß er durch seinen Austritt aus dem Freihandelsverein seinem Unmuth über die Begründung des „Schutzverbandes gegen agrarische Uebergriffe“ habe Ausdruck geben wollen, die ohne sein Juthun erfolgt ist. —

Die Freisinnigen und der Schutz der Handelsgeschäfte. Die „Freisinnige Zeitung“ entwirft sich weidlich darüber, daß wir den Abg. Schmidt-Eberfeld, den Vertreter der freisinnigen Partei in der Reichskommission für Arbeiterstatistik, getadelt haben, weil seine Unterschrift unter den Vorschlägen der Reichskommission betr. den Schutz der Handelsgeschäfte fehlt. Die „Freisinnige Zeitung“ stellt dies als einen bloßen Zufall dar. Der Abg. Schmidt sei durch Reichstagsgeschäfte verhindert gewesen, den Abstimmungen beizuwohnen.

Ist es etwa auch bloß ein Zufall, daß die „Freisinnige Zeitung“ des Abg. Eugen Richter und die „Hamburger Nachrichten“ des Herzogs von Lauenburg eines Herzens und eines Sinnes sind, wenn es sich darum handelt, jeden Schutz der Handelsgeschäfte zu verhindern? —

Gegen den Dr. Kayser macht der Silber-Kreuz, ein Freund des Hänge-Peters, einen Vorstoß, indem er Kayser's Abberufung von der Leitung des Kolonialamtes verlangt, weil er Peters im Stich gelassen habe. Das alles wird den Peters nicht retten. —

Verfahren gegen Münter. In der Untersuchung gegen den früheren Gendarmen, jetzigen Korpschreiber Münter wegen Meineides hat, wie der Rheinisch-Westfäl. Arbeiter-Ztg. aus Berlin geschrieben wird, der die Voruntersuchung führende General v. Rauch die betreffenden Gerichte um die Uebersendung der sämtlichen Akten aus den Münter-Beleidigungsprozessen ersucht, auch werden mehrere Richter als Zeugen vernommen werden.

Danzig, 4. April. (Eigene Mittheilung.) Auch in Danzig regen sich die Kommerzienräthe zur Bekämpfung der Agrarier und nebenbei auch der Sozialisten. Eingeleitet wurde die große Aktion durch eine hier am Montag abgehaltene Versammlung zur Einführung des sogenannten Schutz-Verbandes. Ein echter Kommerzienrath führte den Vorschlag und hatte zugleich das einleitende Referat übernommen. Der Herr bemühte sich, in längerer Darlegung seinen Zuhörern klar zu machen, nur die Auswüchse der agrarischen Agitation hätten die Gründung des Schutzverbandes veranlaßt, der nicht eine Organisation der Kommerzienräthe, wie der „Vorwärts“ gespottet, sondern eine Vereinigung aller Staatsbürger werden sollte. Interessant waren einige Punkte seiner Rede, so z. B. daß nach ihm der Handel nur die hehre und aufopferungsvolle Aufgabe „Waaren und Lebensmittel von solchen Orten, wo Ueberfluß davon vorhanden ist, nach anderen, an denen Mangel an solchen sich vorfindet, zu schaffen.“ Ganz besonders schien der Artikel des „Vorwärts“ „Der Kommerzienrath auf dem Kriegspfade“ den Herrn verschmüpft zu haben. Er wußt ihn aber gar nicht verstanden haben, denn er erzählte, der „Vorwärts“ werfe den Kommerzienräthen vor, daß sie ihre eventuellen Erfolge „im Bruderkriege“ nachher kapitalistisch verwerthen wollten. Weiter drohte er, Kapital sei aber doch nur aufgeschichtete Arbeitskraft. In der Diskussion produzirte sich u. a. auch Herr Jochim als Sozialdemokrat, nicht Sozialistenhölzer. Er sei nicht Vorwärtsmann, denn er könne nicht Anhänger eines Blattes sein, das es abgelehnt habe, gegen einen Angriff auf ihn eine Einwendung seinerseits anzunehmen. Dann betete er die alten Leidenbühnen unserer Gegner nach: die Sozialdemokraten wählten nicht was sie wollten, von den 1/2 Millionen Wählern seien keine 100 000, die verstanden, was Sozialismus sei. Es sprach dann der Reichstags-Abgeordnete Miderer, der erklärte, es nicht recht begreifen zu können, wie Jochim denn so lange der Führer einer solch' unverständigen Gesellschaft sein konnte, und im übrigen seine freisinnigen Lehren propagirte. Unser Genosse Berger erklärte dann der Herren, daß die Sozialdemokraten bestens dankten für den ganzen Schutzverband und meinte dann gegenüber dem Herrn Jochim, daß er es nicht

begreife, wie der Herr sich so über die Schlußrufe ereifern könne, er, der doch seine eigenen Genossen früher mit der Polizei bei der geringsten Gelegenheit hinauswerfen ließ; im übrigen warne er vor Herrn Jochim. Mit gewohnter Klasse wollte nun Herr Jochim, besonders wüthend über den Beifall, der Berger's Worten folgte, sich gegen dieselben wenden, doch konnte man unter den fortwährenden Schlußrufen leider von dem größten Theile seiner Rede nichts verstehen; hierauf erfolgte nach dreistündiger Tagung Schluß der Versammlung.

Meiningen, 5. April. Im Herzogthum ist die bedingte Verurtheilung (richtiger hiesig es bedingte Begnadigung) in der Weise eingeführt worden, daß vor dem Vollzug erster Freiheitsstrafen von nicht mehr als sechs Monaten an Personen unter 18 Jahren ein Strafausschub und nach guter Führung eine Begnadigung erfolgen soll. In geeigneten Fällen greift die bedingte Verurtheilung auch bei wiederholtem Vollzug von Freiheitsstrafen, bei älteren Personen und bei höheren Freiheitsstrafen Platz. Das Verfahren findet auch Anwendung auf die vom Landgericht oder Schwurgericht Meiningen Verurtheilten, soweit das Begnadigungsrecht dem Herzog von Sachsen-Meiningen zusteht.

Die sächsischen Dreiklassenwahl-Minister machen nun, nachdem sie den Arbeitern das Wahlrecht entzogen haben, die Staatsanwälte gegen die sozialdemokratische Presse mobil. Der verantwortliche Redakteur der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ hat sich am 18. d. M. wegen Beleidigung des Gesamtministeriums vor der Dresdener Strafkammer zu verantworten. Auch gegen das Jwiderer Partei-Organ soll vom sächsischen Ministerium Anklage erhoben sein. Die „Leipziger Volkszeitung“ meldet, daß Genosse Heinisch eine gerichtliche Vernehmung hatte, in der ihm mitgeteilt wurde, daß sich die fünf sächsischen Minister durch das letzte, bei ihm gedruckte, „An Sachsen Volk!“ gerichtete Flugblatt beleidigt gefühlt hätten. Danach scheint eine Anklage für Heinisch und den Verleger, Genossen Schiemann, in Aussicht zu stehen.

Die „Sächs. Arb.-Ztg.“ bemerkt zu diesem Aufgebot von Staatsanwälten:

Wir enthalten uns vorläufig einer näheren Erörterung darüber, ob überhaupt in den mit Strafantrag verfolgten Streitschriften, welche in anbetrachter der besonderen politischen Kampflage äußerst milde gehalten waren, eine formale Beleidigung der Minister gefunden werden kann. Wir wollen heute nur dem Glauben Ausdruck geben, daß das Verfahren der sächsischen Minister sicherlich allenthalben, auch in nichtsozialdemokratischen Kreisen, großes Aufsehen erregen, aber gar keinerlei Billigung erfahren wird.

Der Minister v. Meisch hat selbst mehrfach zugegeben, daß infolge der Einbringung des Klassen-Wahlgesetzes eine bedeutende Erregung im Lande entstanden sei, und ferner, daß er begreife, wenn auf sozialdemokratischer Seite eine starke Erbitterung herrsche. Da wird man sich erkünnen fragen, wie dann die Herren Minister gegenüber einem etwaigen etwas starken Ausdruck, der auf ihren in der Geschichte beispiellosen Plan einer Volksrechtentziehung angewendet wurde, so überaus empfindlich sein können und ihre beleidigte Unschuld vom Strafrichter repariren lassen möchten.

Mögen die Herren Staatsobersten! Mögen sie ihr großes Werk damit krönen, daß sie die Verfechter des bisherigen Volksrechts hinter Schloß und Riegel bringen. Sie werden doch selbst nicht meinen, daß dadurch das Urtheil des sächsischen Volkes über die ihm widersahrene Rechtsverkümmern gemildert wird.

Im Gegentheil. So giebt man Del in die Flamme des Volkszornes. So schafft man Märtyrer. So läßt man die Erinnerung an das Geschehene nicht einschlummern. So sorgt man für unverminderte, für stets wachsende Empörung des Volkes gegen das Dreiklassen-Wahlgesetz.

Mag man unsere Parteigenossen prozeßiren, weil sie vielleicht mit einer Nebenwendung die Grenzen des Beleidigungsparagraphen gestreift haben — wir werden unentwegt und nun erst recht den heiligen Kampf für Recht und Wohlfahrt des Volkes fortführen. Ministerielle Ueberempfindlichkeit kann uns daran nicht einen Augenblick hindern!

München, 6. April. Das Staatsministerium des Innern hat sämtliche Regierungen und Kammer des Innern beauftragt, insoweit dies nicht bereits in jüngster Zeit geschehen ist, im Laufe des Jahres die in ihrem Bezirk befindlichen öffentlichen und privaten Irrenanstalten, sowie die Anstalten zur Unterbringung und Verpflegung von Kretins, Idioten und Blöden durch Kommissare unter Zuziehung der ständigen Amtsärzte, bezw. jener Ärzte, welche den ärztlichen Anstaltsdienst zu besorgen haben, in bezug auf Organisation und Betrieb, auf ärztliche, pfligliche und ökonomische Verhältnisse, sowie auf bauliche und innere Einrichtungen einer Untersuchung unterziehen zu lassen und die Ergebnisse dieser Inspektionen dem Staatsministerium des Innern vorzulegen. —

Die Abschaffung des Volksschulgeldes wird in immer mehr Orten Württembergs durchgeföhrt. In Wöhmenkirch und in Laufen beschlossen die bürgerlichen Kollegien, die Erhebung des Volksschulgeldes abzuschaffen; in letzterer Stadt wurde außerdem der Beschlus gefaßt, die Gebühr für Anlauf des Bürgerrechts von 10 auf 5 M. herabzusetzen. Diese Beschlüsse sind nur dem Drängen unserer Genossen zu verdanken. —

Das württembergische evangelische Konfistorium ist zu Kreuze gekrochen in der heiligen Charwoche. Vor einigen Wochen berichteten wir über den Pfarrr Stengel, welcher wegen Ungehorsam x. im geheimen Disziplinarverfahren seines Amtes entsetzt wurde. Damals wunderte man sich einestheils über dieses Urtheil, anderentheils staunte man auch darüber, daß Pfarrr Dr. Smelin, welcher sich die gleichen kirchlichen Verrüthungen z. z. schulden kommen ließ, seitens seiner vorgelegten Behörde ungeschoren blieb. Pfarrr Dr. Smelin protestirte nun auch in den politischen Blättern gegen obiges Urtheil in ausführlicher Erklärung und allgemein wurde erwartet, daß das Konfistorium gegen Smelin sich ebenso unbuldbar wie gegen Stengel zeigen werde. Das Konfistorium hat sich aber anders besonnen, es mußte dem Druck der öffentlichen Meinung nachgeben und verurtheilte Pfarrr Dr. Smelin infolge der Protestirung wegen „grober Verletzung der der vorgelegten Behörde geschuldeten Achtung“ zu einer Geldstrafe von 100 M.; des weiteren wurde er „vor Fortsetzung solcher Ungehörlichkeiten verwahrt.“ — Wie wir nun erfahren, soll eine weitere Disziplinirung Smelin's nicht stattfinden und hat sich somit das lgl. Konfistorium eine schwere Niederlage bereitet; denn indirekt giebt es jetzt zu, daß es Stengel ungerechtfertigt aus seinem Dienste entlassen hat. —

Aus Essaf-Lothringen. Ein Fall Stenglein hat sich in den Reichslanden ereignet, der ganz dazu angethan ist, das Ansehen der deutschen Beamtenkreise in den Augen der Essäfer herabzubringen. Gegen den Ober-Landesgerichtsrath Stenglein in Kolmar wurden nämlich eine Anzahl Anschuldigungen erhoben, die zu einer Disziplinäruntersuchung nöthigten. Den schlimmsten Eindruck macht sein Benehmen einer französischen Versicherungsgesellschaft gegenüber. Stenglein leidet an einem Herzfehler, wegen dessen er in seiner Jugend vom Militär freigekommen und auch von mehreren deutschen Lebensversicherungen abgewiesen worden ist. Bei der französischen Gesellschaft Urbaine gelang ihm die Versicherung auf grund einer Erklärung, daß er mit keiner gefährlichen Krankheit oder schweren Gebrechen behaftet und daß er niemals von einer Lebensversicherungsgesellschaft zurückgewiesen worden sei; vom Militärdienst habe er sich freiwillig freigegeben. Es gelangte zur Kenntniß der Pariser Versicherungsgesellschaft, daß diese Angaben unrichtig waren, und das erregte in den

ortigen Juristenkreisen gewaltiges Aufsehen. Es kam zu einem Disziplinarverfahren gegen Stenglein, und das Urteil lautete auf Dienstenthebung für neun Monate und Verweisung in eine gleich hohe Stellung. Man wird bei diesem Urtheile an die merkwürdigen Erkenntnisse erinnert, die von dem Potsdamer Disziplinär-Gerichtshof in Sachen Leist und Wehlan ergangen sind. Unbegreiflich erscheint es zwar nicht, daß ein Mann, dem solche Dinge nachgewiesen sind, noch als Richter fungiren kann. Ueber das, was jemand zum Richter befähigt und nicht befähigt, weichen ja die Ansichten, die im Volke darüber vorherrschend sind, mannigfach ab von den Anschauungen in Beamtenkreisen, wie der Fall Braunemetter gezeigt hat. Aber wunderbarlich ist es doch, daß dem Staatsanwalt die Stenglein'sche Manipulation mit der französischen Versicherungsgesellschaft nicht Anlaß zum Einschreiten gegeben hat. Uns erscheint Herr Stenglein wenig geeignet, in den Reichslanden moralische Eroberungen zu machen.

Ungarn.

Budapest, 6. April. Die Regierung ist dem Vernehmen nach entschlossen, falls Dr. Lueger nach Budapest kommen sollte, diesen als politischen Agitator zu behandeln und sofort mittels gebundener Marschrouten über die ungarische Grenze bringen zu lassen. Danach scheint es ja, daß die im Pesther Ministerium allmächtigen Börsejuden eine Seitenangst vor dem Wiener Judenstrescher haben.

Frankreich.

Für den Senat haben sich das noble Wettrennpublikum und die Totalisatorwetter erklärt. Dies wird die Antipathie gegen diese reaktionäre Körperschaft nicht vermindern.

Der Senat tritt drei Wochen früher als die Kammer zusammen, schon am 21. April. Dann wollen die „zahllosen Hampelmänner“ den Sturm auf das radikale Kabinett wiederholen. Dieses wird die Herren auslachen, und um so lustiger sein, je mehr sie sich ereignen. Ein wahres Glück, daß der Senat diesen „Konflikt“ heraufbeschworen hat, und dadurch das Ministerium Bourgeois zu einer Politik radikaler Reform oder der „Revolution“ zwingt, wie Lanté wohl schauernd sich ausdrückt.

Die Chauvinisten sind während auf den Kriegsmilitär Cavagnac, weil er so vernünftig war, den Offizieren die offizielle Theilnahme an einer chauvinistischen Festfeier in Belfort zu verbieten.

Italien.

Rom, 7. April. Wie verlautet, fallen die diesjährigen Mandate aus Sparsamkeitsrücksichten aus.

Rom, 5. April. (Sig. Ber.) Der Umstand, daß man nicht sofort nach der Niederlage bei Adua das Ministerium Crispi regelrecht in Anklagezustand versetzt hat, hat dem Crispi'schen Anhang neue Zuversicht und selbst die Hoffnung, sich der Regierungsgewalt wieder bemächtigen zu können, eingeflößt. Der erste Schreden, der das Ministerium Crispi zum Rücktritt veranlaßte, ist übermunden und die Abgeordnetenkammer, welche unter Crispi's Regierung, also durch den Einfluß der Crispi'schen Präfecten gewählt worden ist, hat zwar unter dem ersten Eindruck der Katastrophe ein dem neuen Ministerium günstiges Votum abgegeben, kann aber, wenn das neue Ministerium nicht anderweit Boden gewinnt, jeden Tag von ihm abfallen. Der neuen Regierung steht nicht eine bloße Partei (eine solche hat Crispi aus Mangel an politischen Ideen niemals bilden können) sondern, was schlimmer ist, eine Verletzung persönlicher Interessen gegenüber, welche sich durch das neue Ministerium gefährdet oder wenigstens nicht gefördert sieht. Einen ersten Schritt zur Zurückdrängung dieser Camorra zu thun steht das Ministerium di Rudini im Begriff, indem es zahlreiche Versetzungen von Präfecten und Unterpräfekten vornimmt; auch an die durch das Ministerium Crispi völlig forumpirten, ihrer eigentlichen Aufgabe entrandeten und zu politischen Agenturen verwandelten Polizeibehörden soll die Reife kommen. Aber es ist ein Uebelstand, daß man es, aus Mangel an einem tüchtigen Beamtenpersonal, bei der bloßen Versetzung kompromittirter Präfecten u. s. w. von dem einen Ort an den anderen bewenden lassen muß, ohne die schadhafte Persönlichkeiten völlig aus dem Staatsdienst entfernen zu können. Eine Probe für das, was man von dem gegenwärtigen Ministerium erwarten kann, wird dessen Verhalten gegenüber der sehr verwickelten sizilianischen Frage abgeben. Es fehlt nicht an Zeichen, welche eine neue politische Währung in Sizilien ankündigen. Es ist ja ganz selbstverständlich, daß die bloße Thatsache des Ministerwechsels und daß auch die Amnestirung der unter Crispi von den Militärgerichten verurtheilten Sizilianer nicht ausreicht, die tiefgewurzelte, auf soziale Gründe wie auf verzerrte Verwaltungsmißbräuche zurückgehende Unzufriedenheit der sizilianischen Bevölkerung zu beseitigen. Nachdem Crispi's Regierung für die Abstellung der Mißverwaltung und für die Besserung der ökonomischen Lage der Landarbeiter nicht das mindeste geleistet hat, fällt die gesamte Aufgabe dem neuen Ministerium zu. Daß dieses sich mit der sizilianischen Frage beschäftigen will, geht daraus hervor, daß, während Crispi alle sieben Provinzen, in die Sizilien zerfällt, zur Unterdrückung der Unruhen einem militärischen Generalgouverneur unterstellte, jetzt für ganz Sizilien ein Zivilgouverneur ernannt werden soll, damit die die Insel betreffenden Fragen im ganzen erfaßt werden. Aber dies ist vorläufig eine bloß formale Maßregel: es kommt darauf an, welcher Inhalt der neuen Institution gegeben wird. Ohne eine sehr beträchtliche Kraftstärkung wird das Ministerium di Rudini schwerlich einen halbahren Erfolg erlangen.

Der Zivilkommissar für Sizilien. Die „Agenzia Stefani“ veröffentlicht ein Dekret des Königs vom 5. d. M., durch welches für ein Jahr ein lgl. Zivilkommissar für alle Provinzen Siziliens mit dem Amtssitz in Palermo eingesetzt wird, der zugleich die Präfektur von Palermo verwalten wird. Der Kommissar ist mit den politischen und administrativen Machtvollkommenheiten der Minister des Innern, der Finanzen, der öffentlichen Arbeiten, des Unterrichts und des Ackerbaues für diejenigen Angelegenheiten betraut worden, welche speziell die öffentliche Sicherheit und die Verwaltung der Gemeinden Siziliens betreffen. Auch über diejenigen Angelegenheiten, welche der Kompetenz der Zentralregierung vorbehalten sind, werden die Präfekten Siziliens mit dem Kommissar sich zu benehmen haben. Dem Kommissar wird eine außerordentliche Revision der Budgets der Provinzen und Gemeinden obliegen, damit alle Ausgaben den Steuerkräften angemessen seien. Dieses Dekret wird dem Parlament vorgelegt und zum Gesetz umgewandelt werden. Die Regierung wird außerdem in Parlament Gesekentwürfe, betreffend die Ausfuhrzölle auf Schwefel und die Errichtung einer Vertretung der Bergwerksinteressen, einbringen. Bei letzterem Gesekentwurf wird besonders die Lage der Bergarbeiter berücksichtigt werden. Durch ein weiteres Dekret ist der Senator Graf Cobronchi zum Minister ohne Portefeuille und Zivilkommissar für Sizilien ernannt worden.

Spanien.

Madrid, 6. April. Der Marineminister bereitet die Entsendung von weiteren 40 000 Mann nach Kuba vor; die Expedition dürfte aber nicht vor September abgehen. — In Ferrol liegt ein aus vier Panzerschiffen und mehreren Torpedobooten bestehendes Geschwader zur Abfahrt bereit.

Madrid, 6. April. Der Marineminister Beranger wird morgen dem Ministerrath eine außerordentliche Forderung in Höhe von 23 Millionen zum Bau von Schiffen vorlegen.

Norwegen.

Die republikanische Strömung ist infolge der Haltung des Königs zu gunsten Schmedens in der Unionsfrage

nicht im Abnehmen. Auch bei der diesjährigen Statberathung wurde die Zivilliste des Königs von 386 000 auf 256 000 und die des Kronprinzen von 80 000 auf 30 000 Kronen gekürzt. Bei Berathung dieser Statposten erklärte sich Gunnar Knudsen als Republikaner und meinte, daß freisinnige Männer nicht gut Royalisten sein könnten; der Erblichkeitsbegriff sei eine Sinnlosigkeit, die nicht vor dem Richterstuhl der Vernunft bestehen könne.

Rußland.

— Eine nihilistische Druckerei. Aus Krasau wird der „R. Fr. Pr.“ gemeldet: Warschauer Blätter berichten, daß im Keller einer Bäckerei in der Krasauer Vorstadt die Polizei eine geheime Druckerei entdeckt habe. Es wurden russische nihilistische Druckschriften ergriffen; mehrere russische Studenten wurden arreirt.

Bulgarien.

— Fürst Ferdinand von Bulgarien ist vom Papste exkommuniziert worden, der Papst hat ihm den Empfang der Oesterkommunion verboten. Dafür ist der Zar jetzt dem frommen Fürsten gewogen. Die Religion muß dem Volke erhalten werden.

Amerika.

Aus Kanada wird gemeldet, daß die dortige Regierung in den Staatsbetrieben versuchsweise den Achtstundentag ohne Lohnherabsetzung eingeführt hat.

Cleveland und die kubanische Frage. Alle den Londoner Morgenblätter aus New-York zugegangenen Telegramme stimmen darin überein, daß Präsident Cleveland wahrscheinlich keine Schritte thun werde auf Grund der Kuba betreffenden Resolution, welche gestern im Kongress angenommen wurde und in welcher die Aufständischen als kriegsfähige Macht anerkannt werden.

Das Repräsentantenhaus war mit 244 gegen 27 Stimmen dem im Senate zu gunsten der ausländischen Kubaner gefassten Beschlusse beigetreten.

Kuba. Die Abtheilung der Aufständischen unter Maceo wurde bei Saguaes geschlagen und verlor 80 Tode. Eine Niederlage von Waffen und Munition für die Insurgenten wurde in Cienfuegos erbeutet.

Mexiko und die Monroe-Doktrin. Der Präsident von Mexiko erklärte bei Eröffnung des Kongresses (Parlamentes), daß er es früher für inopportun gehalten habe, sich über die Bottschaft des Präsidenten Cleveland auszusprechen. Jetzt wolle er offen erklären, daß er die Monroe-Lehre für ein Sicherungsmittel gegen die Eingriffe der europäischen Regierungen in die Unabhängigkeit der amerikanischen Republiken halte. Die Vereinigten Staaten sollten aber nicht allein die Rolle des Protectors übernehmen. Sämmtliche amerikanischen Republiken sollten die Monroe-Lehre verkündigen und sich im Falle der Noth gegenseitig beistehen.

Mädchenhandel in Uruguay. Zeitungen aus Montevideo von Ende Februar melden, daß zwei Agenten, die mit dem Spitznamen Kasten bezeichnet werden, mit dem italienischen Dampfer Victoria 22 unglückliche Mädchen nach Montevideo brachten. Die Mehrzahl bestand aus Minderjährigen. Alle waren für die Bordells in Montevideo und Buenos Aires bestimmt. Die Ausschiffung und vorläufige Unterbringung der Mädchen in einem übel berückichtigten Restaurant geschah unter den Augen der Polizei. Die Presse tadelt dieses Verhalten der Behörden scharf und konstatiert, daß die Kasten in Rio de Janeiro und Buenos Aires jetzt scharf überwacht und rücksichtslos verfolgt und bestraft werden, wie es sich für zivilisirte Länder gebührt. In Montevideo aber stehen die Kasten anscheinend gut mit der Polizei. Die Zeitungen fordern deshalb ein Einschreiten der Regierung, damit Montevideo nicht der Stapelplatz für derartige menschliche Waare werde.

Alle diese unglücklichen Mädchen kommen aus Europa. Wie ist es aber möglich, daß den Augen der Polizei in europäischen Hafenstädten die Einschiffung von 22 minderjährigen Mädchen entgehen kann? Das zeigt, daß nicht nur in Uruguay etwas faul ist.

Afrika.

— Vom Sudanfeldzug liegen folgende Meldungen vor: Kairo, 5. April. Die Dermische rücken bis Mograheb und Kirkeh vor, zwei Orten, die ungefähr 20 Meilen von Atafsch entfernt sind. Die Ägypter besetzen eine Stellung am Nil auf der Atafsch gegenüber liegenden Seite.

Größere Abtheilungen von Dermischen bedrohen sowohl Murat, wie das am Rothen Meer gelegene Fort Sflab. Ein anderes Korps der Dermische ist in Koteb, 50 Meilen westlich von Suakin eingetroffen, wodurch die Entsendung eines Bataillons zur Verstärkung von Suakin nothwendig wird. Es ist augenscheinlich, daß die Dermische sich anschicken, die verschanzten ägyptischen Posten anzugreifen.

Suakin, 6. April. Ein Korps Dermische ist aus der Landchaft Verber in Hapei (Gaud?) angekommen. Dasselbe wurde am 1. d. M. von befreundeten Arabern überrascht und hatte einen Verlust von 20 Mann. Heute sind nach dem Fort Qalab Verstärkungen abgegangen.

Parlamentarisches.

Dem Abgeordnetenhaus geht soeben eine Vorlage betreffend die Erweiterung des Staatseisenbahnnetzes und die Theilnehmung des Staates an dem Bau von Privateisenbahnen und von Kleinbahnen sowie an der Errichtung von landwirtschaftlichen Getreide-Lagerhäusern zu. Durch dieselbe soll die Staatsregierung ermächtigt werden I. zur Herstellung von Eisenbahnen und zur Beschaffung der für dieselben erforderlichen Betriebsmittel, und zwar: a) zum Bau einer Eisenbahn: 1. von Löwenhagen nach Gerdaunen die Summe von 4 534 000 M., 2. von Schöne nach Straßburg i. Westph. die Summe von 3 555 000 M., 3. von Berent nach Carthaus die Summe von 2 680 000 M., 4. von Konig nach Lippich die Summe von 4 110 000 M., 5. von Wäters nach Zeba die Summe von 7 144 000 M., 6. von Jellowa nach Kreuzburg i. Oberhess. die Summe von 1 319 000 M., 7. von Koborn nach Heiderdorf die Summe von 1 510 000 M., 8. von Briß nach Fürstenberg i. Mecklb. die Summe von 4 584 000 M., 9. von Frankenhäuser a. Kyffhäuser nach Sonderhausen die Summe von 1 435 000 M., 10. von Soltan nach Buchholz die Summe von 2 851 000 M., 11. von Sullingen nach Bassum die Summe von 1 200 000 M., 12. von Paderborn nach Brackwede die Summe von 2 840 000 M., 13. von Corbach nach Frankenberg in Hessen-Rassau die Summe von 3 285 000 M., 14. von Weidenhausen nach Herborn die Summe von 3 630 000 M., 15. von Friedrichsdorf nach Friedberg in Hessen die Summe von 1 162 000 M., 16. von Wipperfurth nach Marienheide die Summe von 1 485 000 M., 17. von Simmern einerseits nach Kirchberg i. Hunsrück andererseits nach Castellau die Summe von 2 027 000 M., 18. von Kreuzau nach Geimbach die Summe von 1 552 000 M., b) zur Beschaffung von Betriebsmitteln: die Summe von 6 651 000 M., zusammen 57 503 000 M. II. Zur Beseitigung des Staates an dem Bau einer Eisenbahn a) von Straßburg nach Tribbes durch Uebernahme von Aktien die Summe von 298 000 M., b) von Oldenburg i. Holstein nach Heiligenhafen durch Uebernahme von Aktien die Summe von 550 000 M.; III. zur Förderung des Baues von Kleinbahnen die Summe von 8 000 000 M.; IV. zur Errichtung von landwirtschaftlichen Getreidelagerhäusern die Summe von 3 000 000 M., insgesamt 69 321 000 M. zu verwenden.

Ueber die Verwendung der Fonds zu III und IV wird dem Landtage alljährlich Rechnung abgelegt werden.

Sozialdemokratische Parteitag.

Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei

Sachsens.

Dresden, 7. April.

Die Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei Sachsens wurde heute Vormittag 11 Uhr eröffnet.

Der Raum für die Delegirten ist abgetheilt, anwesend sind deren circa 80. Der übrige Theil des Saales, auch die Gallerien, ist von einer großen Zahl Zuhörer besetzt. Berichterstatter sind 25 anwesend.

Im Namen des Lokalkomitees begrüßt Genosse Haack die zahlreich erschienenen Delegirten und heißt sie willkommen.

Hierauf wird das Bureau konstituir. Es werden gewählt zu Vorsitzenden die Genossen Raden-Dresden und Grenz-Leipzig, zu Schriftführern die Genossen Rehe-Leipzig und Rosenow-Chemnitz.

Die vorgeschlagene Tagesordnung wird angenommen. Sie lautet:

1. Bericht des Zentral-Komitees; Berichterstatter E. Fischer-Dresden. 2. Die Thätigkeit des Landtags; Berichterstatter D. Goldstein-Zwickau. 3. Wahlrechtsänderung und Stellung der Partei zu derselben; Berichterstatter Fr. Geyer-Leipzig. 4. Anträge der Parteigenossen. Zu Punkt 3 wird Dr. Schoenfeld-Leipzig als Korreferent aufgestellt.

Zur Geschäftsordnung erklären die anwesenden Landtags-Abgeordneten, daß sie bei Fragen, die sie persönlich angehen, sich der Abstimmung enthalten werden.

Zur Prüfung der Mandate wird eine Fünfer-Kommission gewählt.

Den Bericht des Zentral-Komitees erstattet

E. Fischer-Dresden: Das letzte Jahr sei für die Sozialdemokratie in Sachsen ein überaus günstiges gewesen, unsere Gegner hätten uns einen so reichlichen Agitationsstoff gegeben und so vortrefflich für die politische Aufklärung des Volkes gesorgt, daß sich unsere Partei diese günstige Gelegenheit nicht entgehen lassen konnte und eine Agitation im großen Stile entfaltete, die selbstverständlich auch das Zentral-Komitee in größerem Maße als sonst in Anspruch nahm und in dessen Bericht zum Ausdruck kommt. Der Bericht sei daher ein sehr erfreulicher zu nennen. Zweimal seien an einem Tage „alle Mann an Bord“ gerufen worden, um jedesmal 700 000, also insgesamt 1 400 000 Flugblätter zu verbreiten. Eine weitere einheitliche Aktion war die Petition an den Landtag; das Komitee habe die Unterschriftenbogen zu verschicken und wieder einzusammeln gehabt und dabei auch die Zahlung der Unterschriften vorgenommen, welche sich auf 160 000 beliefen. Daß die Zahl der Unterschriften nicht noch größer war, liegt nur an dem Umstand, daß viele Arbeiter, und darunter überaus gute Sozialdemokraten, nicht wagten, ihren Namen unter eine sozialdemokratische Petition zu setzen, da sie glauben, sich der Gefahr einer Maßregelung auszusetzen. Der größte Werth der Petition lag aber auch nicht in den Unterschriften, sondern in der Agitation, die mit dem Sammeln von Unterschriften verbunden war. Auf dem Lande gingen unsere Genossen von Haus zu Haus und suchten diejenigen auf, die nie in eine Versammlung kommen, zu denen wir sonst nie reden können. Eine Agitation von Mund zu Mund wurde betrieben, wie sie bei keiner anderen Gelegenheit möglich ist. Bei der Landtagswahl war es die Aufgabe des Zentral-Komitees, den schlechtesten Wahlkreisen Mittel und Agitationskräfte aus geschickten Wahlkreisen zu besorgen und nöthigenfalls die Agitation selbst zu leiten. Das Zentral-Komitee sei öfters in Anspruch genommen worden, was sich z. B. daraus ergebe, daß von den 422 Referenten, welche das Komitee im letzten Jahre besorgt habe, 37 nach Orten außerhalb des Dresdener Agitationsbezirks kamen. Daß 603 Briefe, Pakete u. c. ein- und 584 ausgegangen seien, zeige, wie oft man sich des Komitees bediene, was auch nicht zu verwundern sei, wenn man bedenke, daß bei der Wahlrechtsbewegung allein ca. 150 Protestversammlungen innerhalb weniger Tage stattgefunden hätten. Dementsprechend seien auch die Kostenverhältnisse. Während die Einnahmen und Ausgaben des Dresdener Agitationskomitees rund 8000 M. betrügen, habe das Zentral-Komitee 2852,88 M. eingenommen und 2595,30 M. ausgegeben. Dazu käme aber, daß noch ca. 4000 M. zu bezahlen seien, welche Summe sich aber wieder dadurch verringere, daß dem Komitee kurz nach der Abrechnung 1500 M. abgeliefert worden seien. Dem Antrage von Leipzig, innerhalb 14 Tagen eine Landeskonferenz einzuberufen, habe das Komitee nicht entsprechen können, daß sich hierzu nicht für kompetent erklärte, den Antrag selbst aber auch für unausführbar hielt. Unsere Partei ist gewappnet und wird siegreich aus dem Kampfe hervorgehen.

Menge-Leipzig erklärt es für bedauerlich, daß das Zentral-Komitee sich geweigert hat, die Landeskonferenz in 2-3 Wochen einzuberufen. Die Fraktion habe eine Verschleppungstaktik geübt.

Walfisch-Dresden: Ich sehe auch auf dem Standpunkt der Mandatsüberlegung, bin aber der Ueberzeugung, daß das Zentral-Komitee vollständig korrekt gehandelt hat.

Lange-Leipzig: Es sei ein Armutsgewinn für die Parteigenossen, wenn man sage, sie könnten in 14 Tagen nicht zur Klarheit gelangen. Schuld daran sei die letzte Landeskonferenz, die der Fraktion Funktionen übertrug, welche dem Landeskomitee oblagen.

Abg. Geyer: Die Uebertragung dieser Funktionen auf die Fraktion war kein Nothum, sie ist von jeder geübt worden.

E. Fischer-Dresden (zum Schlusswort): In der Lausitz sagte man uns, daß es ganz unmöglich sei, in 14 Tagen sich schlüssig zu machen. Etwas anderes wäre es gewesen, wenn der Landtag aufgelöst wurde, aber die vorliegende Frage mußte zuvor in der Presse besprochen werden; wir hätten garnicht verantworten können, dem Leipziger Beschluß nachzukommen. (Bravo!)

Der Bericht wird gegen die Stimmen der Leipziger Delegirten genehmigt.

Zum Bericht über die Thätigkeit der Landtagsfraktion erhält um 1/1 Uhr das Wort:

Goldstein-Zwickau: Erfreulich ist nicht zu vermeiden, unter Führung des bekannten Herrn Rehnert hat sich der Diktionsbrieff im Landtage zusammengefunden. Das wichtigste Gesetz, das berathen wurde, war die Aenderung des Wahlgesetzes. Wir haben uns an den Debatten sehr stark betheilig, aber es ist unrichtig, wenn behauptet worden ist, wir hätten nur Reden zum Fenster hinaus gehalten und es fehle uns die nöthige Objektivität. Ich erinnere nur an die Fabrikinspektoren-Debatte, wo wir durchaus sachlich dislutirt haben. Beim Eisenbahnetat haben wir ebenfalls positive Mitarbeit geleistet.

An Gelegenheit zur Kritik hat es uns nicht gefehlt. Wir mußten auf das schamlose Treiben der offiziellen „Leipziger Zeitung“ hinweisen, die die sozialdemokratischen Agitatoren des Landes verweisen wollte. Wir haben den Oberantrag Unglücksfall besprochen und an der Vereinskündigung des Vereins „Freie Sänger“, wie überhaupt an den Polizeigenossen den Vereinen gegenüber Kritik üben müssen. Die Sozialdemokraten sind überall für Forderungen im Kulturinteresse eingetreten, man läßt sie nur da nicht positiv mitarbeiten. Die jetzt angenommene Trennung des Fabrikinspektors von der Respektivision ist schon längst von uns gefordert worden. Die Verhandlungen haben oft eine große Schärfe angenommen. Die Gegner bekämpfen uns mit den verwerflichsten Mitteln. (Der überwachende Polizist Kommissar Hoffsch) erfucht den Redner, den Landtag nicht zu beleidigen.) Wir weisen nur die Angriffe unserer Gegner zurück. Die Gegensätze sind nicht mehr auszugleichen. Ich resumire mich; Die sozialen und sozialpolitischen Fragen treten immer mehr in den Vordergrund. Die Fraktion hat sich den ihr obliegenden Aufgaben gewachsen gezeigt. Die Eroberung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts muß die wichtigste und vornehmste Aufgabe der sächsischen Sozial-

demokratie bleiben. Dieselbe hat künftig mithin all ihre agitatorische Kraft und propagandistische Energie in dieser Richtung zu entwickeln und insbesondere den Kampf gegen das politische System in Sachen zu führen, bis dasselbe gebrochen und das allgemeine, gleiche Wahlrecht zu ihren Füßen liegt. In diesem Sinne rufe ich aus:

Hoch die internationale Sozialdemokratie!
Schluß der Vormittags-Sitzung 1 Uhr, Anfang der Nachmittags-Sitzung 3 Uhr.

Die belgischen Parteigenossen
hielten am 5. und 6. d. M. ihren Parteitag in Charleroi ab. Ihm ging ein großer Umzug durch die Straßen der Bergarbeiterstadt voraus. Im Namen der Parteileitung eröffnete der Genosse Vandendorpe mit einem Appell an die Einigkeit den Kongreß. Auf dem Parteitage waren 600 Parteigruppen durch 700 Delegierte vertreten. Bevor sich der Kongreß konstituierte, beschloß er die Absendung eines Beileidsgramms an die Familie des belgischen Genossen so theueren Jean Solder und einer Sympathieumgebung an die in den Gefängnissen sitzenden Vertreter der Partei. Der eben wegen Angriffe auf den belgischen Militarismus verurteilte Genosse Bromkern wurde hierauf einstimmig zum Vorsitzenden des Kongresses gewählt.

Hierauf wurde der Bericht der Parteileitung verlesen, der große Fortschritte der Partei nach jeder Richtung konstatiert. Hierauf referierte Vertraud über die parlamentarische Tätigkeit der Fraktion im belgischen Parlamente, die mit ihren 29 Mitgliedern, mit denen sie die Arena betrat, die relativ stärkste sozialistische Vertretung in einem europäischen Parlamente ist. Ihrem Einflusse ist es zu verdanken, daß der Etat jetzt sorgfältiger als je vorher verhandelt wird. Die Fraktion tritt für Erhöhung der Beamtengehälter ein. In der Session 1894/95 hat die Fraktion 14 Interpellationen und 17 Gesetzentwürfe eingebracht, von diesen seien besonders erwähnt der Antrag auf Amnestierung der wegen politischen Verbrechen, Streiks u. Verurtheilten, der Antrag zur Verhinderung falscher Urtheile, über die Arbeitsvermittlung, Fabrik- und Bergwerk-Inspektion.

In der Session 1895/96 anerkannte die Regierung die parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion, indem sie durch Erhöhung des Preises die Parlamentsberichte dem Volke zugänglicher zu machen suchte. In dieser Session brachte die Regierung nicht weniger als sieben Gesetzentwürfe ein. Nach kurzer Debatte wurde der Bericht über die parlamentarische Tätigkeit einstimmig gutgeheißen.

Hierauf wurde über den geplanten Verband der sozialistischen Gemeindevertretungen berichtet. 80 Gemeinden haben in ihren Vertretungen sozialistische Majoritäten. Es wird beschloffen, daß die sozialistischen Gemeindevertreter jedes Bezirkes einen Bezirksverband und diese wieder einen Landesverband bilden sollen.

Zum internationalen Kongreß nach London wird Genosse Vertraud delegiert. Zur Militärfrage wurde beschloffen, gegen das Militärsystem in schärfer Weise Opposition zu machen, der Demonstration am 1. Mai außer dem Achtstundentage auch den Protest gegen den Militarismus zu Grunde zu legen und regelmäßig von Parteiwegen Broschüren gegen den Militarismus zu publizieren. In einer geschlossenen Sitzung soll beschloffen werden, wann ein Gesetz über die Volkswaffen im Parlamente eingebracht werden soll. Nachdem beschloffen wurde, mit aller Macht die Wahlkämpfe künftighin zu betreiben und alle Kräfte für die Eroberung der Brüsseler Parlamentsstühle einzusetzen, ging man zur Beratung der Fragen der gewerkschaftlichen Organisation über.
(Schluß folgt.)

Gewerkschaftliches.

Die Berliner Dachdecker beschloffen gestern Dienstag Abend in zahlreicher Versammlung einstimmig, heute früh mit ihren schon veröffentlichten Forderungen (neunständige Arbeitszeit u. c.) an die Unternehmer definitiv heranzutreten, und bei Nichtbewilligung derselben sofort in den Streik zu treten. Wo bewilligt wird, soll weiter gearbeitet werden. Das Streik-Bureau ist Kleine Markstr. 10.

Zum Ausstand der Berliner Fensterputzer ist mitzutheilen, daß die Forderungen weiter anerkannt wurden von den Firmen: A. Reffen, Internationales Reinigungs-Institut, Alte Jakobstr. 93; G. Bohne, Adlerstr. 152, 3 Tr.; A. Sprung, Gultstr. 1. Die Institute von Stahr, Petrifir. 17-18; M. Roussy Nachf., Elisabethstr. 10 und Martens, Germania, Wallstr. 16, suchen durch Annahme ungelerner Arbeiter unseren Streik ausichtslos zu machen, was wir jedoch durch festes, einmütiges Zusammenhalten vereiteln werden. Wir ersuchen die Arbeiterschaft durch Unterstüßungen unsere gerechten Forderungen mit erkämpfen zu helfen, dann ist ein vollständiger Sieg gewiss. Geldsendungen sind zu richten an R. Willarg, Gewerkschaftsbureau SW., Annenstraße 16. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten. Die Lohnkommission der Fensterputzer Berlins.

Der Streik der Berliner Stellmacher ist für beendet erklärt. Der Erfolg war nur ein theilweiser. Die Forderungen sind in 27 Werkstätten 160 Arbeiter bewilligt worden. 70 Stellmacher befinden sich noch im Ausstand.

Kottbus, 7. April. (Eigener Bericht.) In einer von Tausenden besuchten Versammlung der streikenden Textilarbeiter, in welcher Genosse B. Zahn aus Berlin über das „Osterfest der Streikenden“ referierte, wurde unter stürmischer Zustimmung die Fortsetzung des Streikes bis zur Gewährung annehmbarer Bedingungen beschloffen und eine dahin lautende Resolution einstimmig angenommen.

Gewerkschaftspresse. Genosse Knoll in Berlin, der Herausgeber der „Allgemeinen Steinzeiger-Zeitung“, hat am 30. März in Mögensee eine 30tägige Gefängnisstrafe angetreten, die ihm wegen Preßvergehens auferlegt ist.

Fischerbewegung. In Leipzig wurde in einer von 1600 Personen besuchten Fischer-Versammlung beschloffen, die von der Lohnkommission aufgestellten Forderungen (56stündige Arbeitszeit pro Woche, 36 Pf. Stundenlohn, 33 1/2 pCt. Zuschlag für Ueberstunden, Auszahlung des vollen Lohnes und zwar Freitags, Abrechnung nach Fertigstellung des Alfordlohn, 10 resp. 20 pCt. Erhöhung der Alfordpreise für Bau- und Möbelarbeit) in sämtlichen Werkstätten den Meistern zur Entscheidung zu unterbreiten. Das Ergebnis soll in der heute Vormittag 10 Uhr im Pantheon stattfindenden Fischer-Versammlung bekannt gegeben werden. In den Werkstätten, wo bis dahin die Forderungen nicht bewilligt worden sind, soll die Arbeit niedergelegt werden. Die Fischer in Wilsdruff bei Dresden haben ihre Lohnbewegung mit Ausnahme einer Fabrik und dreier kleiner Werkstätten, wo der Ausstand fort dauert, überall siegreich durchgeführt.

Auch die Holzarbeiter in Heilbronn haben ihre Forderungen zum größten Theil durchgesetzt, ohne daß es zum Streik gekommen wäre.

Ein Fellensteiner Streik ist bei der Firma Krupp in Essen in Aussicht. Die Arbeiter haben am 27. März gekündigt. Ursache der Differenzen sind unbefriedigende Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

In Frankfurter a. d. Saar befinden sich die Schwarzblech-Klempner der Firma Welsch u. Quirin wegen Lohnkürzung im Ausstand.

Die Textilwarenfirma Gülicher u. Sternickel in Cuxen hatte 96 streikende Arbeiterinnen wegen Kontraktbruchs verklagt. Das Amtsgericht sprach aber die Ausständigen sämtlich frei und wies die Schadenersatzforderung der Firma kostenfällig ab.

Aus Frankfurt a. M. berichtet die „Volkstimme“: „Den Mühlenarbeitern der Mehl- und Brotsfabrik Hausen wurde die vorläufige Sonntagsruhe bewilligt. Wieder ein Schritt vorwärts durch die Müllerorganisation. Die Müller waren unter sich alle einig bis auf einen ehemaligen Untermüller, welcher seine Unterschrift verweigerte.“

Ueber den Streik in der Eichbaum'schen Schuhfabrik in Mainz ist zu berichten, daß erneute Verhandlungen abermals ohne Ergebnis blieben. Eichbaum weigert sich beharrlich, eine Verpflichtung zur anhaltenden Beschäftigung seiner Arbeiter und Arbeiterinnen zu übernehmen und beruft sich dabei auf seine Fabrikordnung, die ihm dies nicht auferlege und in ihren Paragraphen mit den Fabrikordnungen der anderen Mainzer Schuhfabriken gleichlautend sei. Durch Kündigung von drei Arbeitern und zwei Arbeiterinnen ist die Zahl der Ausständigen auf 34 erhöht.

In Mülhausen i. E. dauert nach einem uns von dort zugegangenen Telegramm der Streik der Textilarbeiter ungeschwächt fort. Die Stimmung der Ausständigen ist gut. Zwischenfälle sind nicht vorgekommen.

Die Harmonikastimmenmacher zc. Nürnberg sind in eine Bewegung eingetreten, deren Zweck die Verkürzung der Arbeitszeit ist. Auch einige Flaschner und Metalldrücker sind dabei betheiligt. Die auswärtigen Berufsgenossen werden um solidarische Verhalten ersucht.

Zur Aussperrung in Hürth. Der mittelfränkische Fabrikinspektor, Herr Regierungsrath Kopf, verhandelte am Donnerstag mit den Komitees der ausländigen Holzarbeiter und Glasarbeiter. Die Arbeiter kamen wiederum einen Schritt entgegen und beschränkten ihre Forderungen auf: eineinviertelstündige Mittagspause, Wegfall der Vesper- und Frühstückspausen, wöchentliche Arbeitszeit von 58 1/2 Stunden; vom 16. März 1897 ab eineinhalbstündige Mittagspause, wöchentliche Arbeitszeit 56 Stunden; für Ueberstunden ein Zuschlag von 25 pCt.; kein Arbeiter darf gemahregelt werden; die Ausständigen verpflichten sich, keinen Streikbrecher zu belästigen; jeder Arbeiter soll an seinem früheren Arbeitsplatz beschäftigt werden. Die beiden Komitees ermächtigen Herrn Regierungsrath Kopf, auf Grund dieser Vorschläge einen Vergleich mit den Fabrikanten abzuschließen, erklärten aber auch zugleich mit aller Bestimmtheit, daß auf ein weiteres Entgegenkommen der Arbeiter nicht gehofft werden dürfe.

Versammlungen.

Eine recht zahlreich besuchte Versammlung der Maler und Berufsgenossen tagte am Montag in Cohn's Festsälen. Ueber den Stand der Lohnbewegung referierte Link. Seinen Ausführungen zufolge arbeiten gegenwärtig etwa 1800 Kollegen bei 250 Meistern zu den neuen Bedingungen. Dies sei durch Meldungen bei der Lohnkommission festgestellt. Man könne annehmen, daß außerdem noch etwa 200 Kollegen die Forderungen bewilligt erhalten haben, die sich aber der Kontrolle entziehen. Gegenüber dem Vorgehen der Innungsmeister, die bei jeder Gelegenheit die von den Gehilfen gestellten Forderungen als übertriebene hinstellen, erörtert der Redner die bisherigen Arbeits- und Lohnverhältnisse im Malergewerbe, die einer Verbesserung dringend bedürfen. Ferner meint der Redner, daß die gegenwärtige Lohnbewegung schon längst zu Gunsten der Arbeiter entschieden wäre, wenn die Kollegen mit größerer Einmütigkeit für die Forderungen eingetreten wären. Viele derselben hätten nicht einmal den Mut gehabt, ihren Arbeitgebern die Forderungen vorzulegen, sondern sich nur auf das Eingreifen der Lohnkommission verlassen. Den Streik jezt für beendet zu erklären, wie es manche Kollegen wünschen, liege durchaus keine Veranlassung vor. In der nächsten Zeit müsse allem Anschein nach die Frage nach Arbeitskräften bedeutend wachsen, weshalb eine Weiterführung des Streiks, der immer noch gute Aussicht auf Erfolg habe, zu empfehlen sei. Man möge sich nicht dadurch einschüchtern lassen, daß in den letzten Tagen von dem unter Leitung des Herrn Dr. Freund stehenden Zentral-Arbeitsnachweis durch Säulenanschlag sowohl Maler, als auch andere Arbeiter von jezt streikenden Gewerkschaften gesucht wurden. Es sei jedoch nicht gelungen, von jener Seite brauchbare Arbeitskräfte zu erhalten, auch habe Herr Dr. Freund nach Rücksprache mit dem Redner demselben erklärt, daß die fraglichen Annoncen jerner nicht mehr erscheinen sollten. Die Aufhebung des Streiks unter den gegenwärtigen Verhältnissen würde eine Thorheit sein, jedoch mache sich eine Aenderung bezüglich der Streitunterstützung nötig, daß dieselbe nur den Kollegen zu zahlen sei, die wirklich streikten, nicht aber denen, die schon vor dem Streik arbeitslos waren und jezt nicht einmal Arbeit auf dem Nachweis annehmen wollten, sondern es vorziehen, die Streikgelber einzubeheimen. Der Redner schließt mit einer Aufforderung an die Kollegen, die sich der Bewegung bis jezt noch nicht angeschlossen haben, nunmehr endlich ihre Schuldigkeit zu thun und die Forderungen durchzuführen zu helfen. Die Diskussionsredner erklärten sich alle für Weiterführung des Streiks und kennzeichneten das Verhalten der Kollegen in den großen Werkstätten, die sich in unverantwortlicher Weise dem Streik ferngehalten hätten. Auch wurde bemerkt, daß wegen dieses Verhaltens die in der Gewerbe-Kunststellung beschäftigten Maler von den übrigen Handwerkern mit der gebührenden Verachtung behandelt würden. Bezüglich der vom Referenten vorgeschlagenen Aenderung in der Streitunterstützung wurde von mehreren Rednern der Einwand gemacht, daß dieselbe ungerechtfertigt sei, da man doch nicht jedem Arbeitslosen den Vorwurf der Arbeitslosigkeit machen könne. Wenn beispielsweise qualifizierte Arbeiter verlangt würden, dann könne nicht jeder Kollege eine derartige Arbeit annehmen. Auch wurde beweist, daß die Arbeitslosigkeit augenblicklich so reichlich vorhanden sei. Wentler bemerkte dem gegenüber, daß alle auf dem Arbeitsnachweis eingeschriebenen im Laufe einer Woche Arbeit bekämen; jezt seien nicht hundert Arbeitssuchende vorgemerkt, während dreißig bis vierzig täglich verlangt würden. Arbeitslose seien also fast gar nicht vorhanden. Da jezt die Arbeit in der Ausstellung sehr drängt, so hält es Wentler für rathsam, den Streik in der bisherigen Weise weiter zu führen. Die Versammlung nahm hierauf folgende Resolution an: „In Erwägung, daß bereits etwa 1800 Kollegen zu den neuen Bedingungen arbeiten, da ferner die Arbeiter nach dem Curtalschluß drängen, die Unternehmer die Situation nicht beherrschten können, sondern unbedingt dem Druck der Arbeiter nachgeben müssen, beschließt die Versammlung: Der Streik ist in unveränderter Weise fortzuführen und sind hauptsächlich die größeren Werkstätten im Auge zu behalten, damit auch diese unsere Forderungen anerkennen müssen. Die Versammlung beschließt ferner, von heute an die Streitunterstützung nur an thatsächlich streikende Kollegen zu zahlen, das heißt nur an solche, die die Arbeit niedergelegt, wo unsere Tarifbedingungen nicht bewilligt sind; auch ist die Streitunterstützung nur dann zu zahlen, wenn die Arbeitsniederlegung mit Beginn der Woche erfolgt. Der Beitrag zum Streikfonds beträgt von heute ab pro Mann und Woche 50 Pf., diejenigen Kollegen aber, die gearbeitet haben und ihren Verpflichtungen bezüglich der Marken à 2 M. noch nicht nachgekommen sind, haben dieselben unbedingt nachzuzahlen.“ Nach kurzer Debatte über die Maßregel wurde bezüglich derselben folgende Resolution angenommen: „In Erwägung, daß gemäß den Beschlüssen des Internationalen Kongresses zu Paris im Jahre 1889, der 1. Mai als Weltfeiertag der Arbeit und als Demonstration für den Achtstundentag gelten sollte, aber leider noch nicht die richtige Würdigung gefunden hat, beschließt die Versammlung: In diesem Jahre hat die Arbeit im Malergewerbe am 1. Mai vollständig zu ruhen. Die dadurch entstehenden Konsequenzen hat jeder selbst zu tragen. Die Versammelten sind sich der Tragweite ihres Be-

schlusses wohl bewußt, wissen aber auch, daß ohne Opfer keine Erfolge erzielt werden können und werden deshalb mit aller Macht für die Durchführung des Beschlusses eintreten. Jeder Feiernde erhält in der am 1. Mai stattfindenden Versammlung eine Marke als Legitimation.“

Die Musikinstrumenten-Arbeiter waren am dritten Feiertag Vormittag in Sanssouci versammelt, um die Abrechnung der bis jezt bestehenden Lohnkommission entgegen zu nehmen und Beschluß zu fassen über die in nächster Zeit zu stellende Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden. Kleinlein erstattet im Auftrage der Kommission Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der Kommission, welche die letzten Streiks führte. Insgesamt wurden nach diesem Bericht vereinnahmt 2199,97 M., verausgabt 1538,8 M. Der Bestand würde der neugewählten Siebener-Kommission überwiesen werden. Die eingelaufenen Anträge: zwei Revisionen zu wählen und den Bestand der neuen Kommission zu überweisen, werden angenommen; zu Revisoren werden die Kollegen P. Moos und Fingler einstimmig gewählt. Im zweiten Punkt der Tagesordnung unterbreitet A. Rendt die Vorschläge der Kommission zur Vorbereitung des Achtstundentages, welche darin gipfeln, zunächst noch eine Anzahl von Agitationsversammlungen in den einzelnen Branchen abzuhalten, speziell in der Klaviatur- und Mechanikbranche, gleichzeitig damit sollen Fragebogen zur Aufnahme einer Statistik über die Verhältnisse in der Instrumentenbranche ausgegeben werden, welche gleichzeitig Fragen enthalten, deren Beantwortung einer Urabstimmung über einen eventuellen Kampf für die Achtstundebewegung gleichkommt. Sollte diese Bewegung im Mai nicht zu Stande kommen, so müsse die ganze Kraft der Instrumentenarbeiter darauf gelegt werden, die 57stündige Arbeitszeit, wie es den Tischlern gelungen ist, zu erringen. Die neugegründete Fabrikantenvereinigung, welche in der „Instrumenten-Zeitung“ Mitglieder werbe, um ihre Interessen „unparteiisch“ zu vertreten und um den schädigenden Streiks mit Erfolg entgegenzutreten, sei ein Wink für alle Kollegen, sich Mann für Mann der Musikinstrumentenarbeiter-Organisation anzuschließen. Voigt fürchtete, daß bei der Kürze der Zeit sich die erforderliche umfassende Agitation nicht mehr entfalten lasse, um erfolgreich in eine solche Bewegung eintreten zu können, er fordert die Versammlung aber dennoch auf, dieser Agitation ihre ganze Begeisterung zu widmen. Wehel ist der Ansicht, daß sich in der Klaviatur-Branche die 52 stündige Arbeitszeit ohne Widerstand durchsetzen ließe und hält es für richtig, diese Branche allein vorgehen zu lassen. Kleinlein tritt warm für die Aufrechterhaltung der Forderung des Achtstundentages und der Beibehaltung der Einnahmeverammlung ein, er ist der Ansicht, daß die Bildung des Fabrikantenvereins nur die Frucht der letzten Versammlung sei, welche den Beschluß faßte, den 1. Mai durch strikte Arbeitsruhe zu feiern, der Zweck sei Vernichtung der Klaviaturarbeiter-Organisation und Maßregelung der Agitatoren. Grundmann wendet sich energisch gegen alle Sonderbestrebungen, besonders gegen ein Vorgehen einzelner Branchen und gegen die Auffstellung nicht gleichartiger Forderungen, er betont, daß nur eine allgemeine Bewegung aller Instrumentenarbeiter zum Siege führen könne; die Regelung der taktischen Fragen solle man der Kommission überlassen. Von den nachfolgenden Rednern wird dafür eingetreten, daß die aufzustellenden Forderungen von jeder einzelnen Branche gesondert in Versammlungen behandelt werden und an dem bestimmten Tage gemeinsam gestellt werden. Westermann meint, daß die Kommission erst die Ansicht der in den großen Fabriken arbeitenden Kollegen hören müsse, ehe es möglich ist, einen Beschluß zu fassen. Von dieser Erwägung ausgehend beschließt die Versammlung, schleunigst Branchenversammlungen einzuberufen. Ferner gelangt ein Antrag zur Annahme, daß in die Forderungen die Befestigung des Zwischenmeister-systems aufgenommen wird. Der Vorsitzende Wustrow schließt die Versammlung mit dem Wunsche, daß die regste Agitation für diese Bewegung entfaltet wird und mit einem Hoch auf die Musikinstrumenten-Arbeiter-Bewegung.

Ungefähr 2000 Pauer hatten sich gestern Nachmittag bei Keller, Koppentstraße, versammelt mit der Tagesordnung: Unsere Lohnbewegung und das Verhalten der Arbeitgeber. Nach dem Bericht von Schulz hat ein großer Theil der Unternehmer die Forderungen anerkannt, weigern sich aber theilweise, die Unter-schrift, daß sie die Forderungen bewilligen, zu geben. Verschiedene Geschäfte erklärten sich schon deshalb mit der Bewegung einverstanden, weil sie der Meinung sind, daß dadurch die augenblicklich vorhandene Schmutzkonkurrenz beseitigt werden würde. Als erfreuliches Zeichen sei es auch zu betrachten, daß in letzter Zeit sich viele Kollegen der Organisation angeschlossen haben, umso mehr, als damit verhäit wird, daß das, was durch die Bewegung errungen wird, schließlich wieder verloren geht. Bisher sind von zwölf Firmen die Forderungen durch Unterschrift bewilligt worden, außerdem konnten von mehreren Rednern im Laufe der Diskussion noch weitere Firmen namhaft gemacht werden. Nach längerer Debatte, in der alle Redner aufforderten, fest zusammenzustehen, um einen ganzen Sieg zu erringen, wurde einstimmig beschloffen: den Beschluß der Versammlung vom 30. März ausrecht zu erhalten und überall dort die Arbeit niederzulegen, wo die in der betr. Versammlung aufgestellten Forderungen bis zum heutigen Tage nicht bewilligt worden sind. Die Lohnkommission bilden: Vogel, Reipin und Kurzrock und haben dieselben das Recht, wenn nothwendig, geeignete Personen hinzuzuziehen. Jeder Arbeitende hat pro Arbeitstag von seinem Verdienst 50 Pf. zur Unterstützung der Streikenden an die Kommission abzuliefern. Des weiteren wurde folgende Resolution angenommen: Die öffentliche Versammlung der Pauer Berlins und Umgegend beschließt: „In anbetrach der Thatfache, daß eine wirksame Kontrolle nur möglich ist, wenn geregelte Verhältnisse obwalten, ist es nothwendig, daß jeder Kollege, welcher die Arbeit niedergelegt wegen Nichtbewilligung der Forderungen, sich sofort im Streikbureau meldet und sich ebenfalls dem Streikreglement unbedingt unterwirft. Dagegen sind diejenigen von den Bauten, wo bewilligt worden ist, verpflichtet, sich sofort in den Besitz einer Arbeitskarte zu setzen, welche im Streikbureau nach Vorlegung des Ackerntniffes seitens der Arbeitgeber ausgestellt werden. Jeder Kollege ist verpflichtet, den Ausweis über seine Zugehörigkeit zur Organisation bei sich zu führen.“ Das Bureau befindet sich bei Busse, Grenadierstr. 33. Nachdem Bömelburg, Hamburg in kurzen Ausführungen die Zustände im Baugewerbe geschildert und um solidarischen Handein ermahnt und auch der Vorsitzende Dähne nochmals auf die gefaßten Beschlüsse hingewiesen hatte, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Lohnbewegung der Pauer geschlossen.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Bielefeld, 7. April. (Privat-Telegramm des „Vorwärts“.) 2500 Arbeiter der Bielefelder Maschinenfabrik Dürkop u. Co. beschloffen gegen eine Stimme die Arbeit niederzulegen.

Münchener, 7. April. (Privattelegr. des „Vorwärts“.) Wegen Maßregelung eines Kollegen haben sämtliche Arbeiter der Regensteiner'schen Schuhfabrik die Arbeit niedergelegt. Sie sind alle organisiert. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Prag, 7. April. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokraten nahm eine Resolution der Parteivertretung auf Wahlbetheiligung mit großer Mehrheit an.

fordere, die Anklage des betrügerischen Bankbruchs dagegen bloßer Vorwand sei. Der Bankbruch sei schon 1889 erfolgt. Friedmann habe sich mit seinen Gläubigern verglichen und nachher noch sechs Jahre seinen Anwaltsberuf in Berlin ausüben können. Die Anklage falle also in sich zusammen. Ebenso verhalte es sich mit der angeblichen Unterschlagung. Der einzige angeblich Geschädigte, Gottlieb Berger, der 6000 M. zurückverlangt, habe diesen Betrag als Darlehen hergegeben und mit 5 v. H. regelmäßig verzinst bekommen. Es sei ein einfaches Schuldverhältnis und von Unterschlagung keine Rede. Eine beantragte Verweigerung der Auslieferung. — Ein anderes beachtenswertes Blatt berichtet, daß Frau Friedmann für die Kolonialausstellung als „Repräsentationsdame“ engagiert sei.

Was für naive Leute selbst noch unter den Arbeitern zu finden sind, zeigt ein von der „Volks-Zeitung“ gemeldeter Vorfall. Vor einiger Zeit war von dem Bergarbeiter Kampflosky berichtet worden, daß er sich auf der Zeche, wo er beschäftigt war, bei dem vorjährigen Wismartrubel durch einen Böllerschuß schwer verletzt habe; für den ersten Unfall sei ihm auch schließlich vom Reichs-Versicherungsamt eine Rente von 31,40 M. monatlich zugewilligt worden. Da er hieron natürlich nicht einmal sich selber, geschweige denn seine Familie ernähren konnte, so nahm er den Scherz einiger Freunde, sich an Bismarck um Hilfe zu wenden, ernst und bat den millionengeseigneten Heros um eine kleine Unterstützung in seiner Noth. Selbstverständlich erhielt er vom sächsischen Sekretariat die Antwort, daß er als schlägig beschieden sei und vom Fürsten nichts zu erhoffen habe. So wenig der Ull, den die Freunde des Armen getrieben haben, gebilligt werden kann, ebenso wenig kann man auch den Scherz gutheißen, den die „Volks-Zeitung“ sich nunmehr mit ihm macht. Das Blatt kündigt den Bergarbeiter nämlich mit der vagen Hoffnung, daß vielleicht einige Bismarckschwärmer freigiebiger als ihr Herr und Meister an dem jetzt in Lichtenberg 21 wohnenden Manne handeln werden. Gerade als ob solches nicht einer Todsünde gegen die heiligen Gebote der Millionärzucht gleichläme.

Ein Nordverfuch hat in Charlottenburg die Festtagsruhe gestört. Der am 23. Januar 1881 zu Charlottenburg geborene Heinrich Nier, der bei seiner Mutter und seinem Stiefvater, dem Feuermann Müller in der Potsdamerstr. 86 zu Charlottenburg wohnt, versuchte es, seine Geliebte, die am 17. September 1879 ebenfalls zu Charlottenburg geborene Anna Heise, die ebenfalls ist und bei dem Bäckermeister Schloffer in der Sophie-Charlottenstr. 93 zu Charlottenburg in Dienst steht, durch einen Revolvererschuß zu tödnen. Anna Heise war früher in der Plättanstr. von Schull in der Potsdamerstr. 86, wo Nier wohnt, beschäftigt und trat erst vor 14 Tagen ihren neuen Dienst bei Schloffer an. Sie war vor sechs Wochen mit Nier bekannt geworden. Als Frau Schull von dem Liebesverhältnis hörte, entließ sie das Mädchen, weil ihr dessen Umgang mit dem jungen Bengel nicht gefiel und da Anna Heise außerdem lägenhaft war. Seitdem seine Geliebte bei Schloffer war, erschien dort Nier wiederholt auf dem Hofe, ohne Gelegenheit zu finden, mit ihr zu sprechen. Der Bäckermeister wollte das Liebesverhältnis ebenso wenig wie Frau Schull und ließ das Mädchen nicht ausgehen. Nier aber glaubte, seine Geliebte wollte das Verhältnis lösen, und zwar aus Furcht, auch von Schloffer wieder entlassen zu werden, wenn sie es fortsetze, und war infolgedessen sehr aufgebracht. Am 1. Feiertag, kurz vor 8 Uhr abends klopfte es bei dem Mädchen aus Fenster. Es war Nier, der seine Geliebte aufforderte, zu ihm herauszukommen. Als sie sich weigerte, da sie nicht ausgehen dürfe, rief ihr Nier zu: „Du willst bloß nicht!“, zog plötzlich einen Revolver aus der Tasche und gab nach dem Kopfe der Geliebten einen Schuß ab. Zum Glück traf nicht die volle Schrotladung, sondern nur ein Zehel. Dieser verwundete das Mädchen am rechten Auge, aber nicht lebensgefährlich. Nier lief gleich davon, ohne sich nach der Wirkung seines Schusses umzusehen, und wurde nicht verfolgt, da der herbeigeeilte Schloffer und die Seinen sich zunächst der Verwundeten angenommen. Diese brachte man nach der Sanitätswache in der Scharrnstraße. Nachdem sie hier einen Nothverband erhalten hatte, führte Schloffer sie mit der Stadtbahn nach der Königl. Klinik in der Fiegelstraße. Frau Schloffer hatte unterdessen zur Revierpolizei geschickt. Als diese um 10 Uhr abends in der Müller'schen Wohnung erschien, lag der jugendliche Verbrecher im Bette und schlief, als ob nichts vorgefallen wäre. Die Beamten holten ihn aus dem Bette heraus und überlieferten ihn der Kriminalpolizei. Seine Mutter ist untrübselig, da sie geglaubt hatte, an diesem Sohne einmal eine Stütze zu finden, deren sie umso mehr bedarf, als ihr zweiter Mann schon seit fünf Jahren krank ist.

Die Treptower Chaussee ist gestern vom Hauptportal bis zum Endpunkt der Ausstellung gesperrt worden.

Eine Unglücksfeste für die Pferdebahn ist die abschüssige Strecke der Hermannstraße beim Kolltrug in Nixdorf. Schon vor einigen Wochen kam es dort einmal zu einem so heftigen Zusammenstoße zweier Wagen, daß ein Mann und eine Frau von der vorderen Plattform auf das Straßenpflaster flogen und eines der Pferde zu Tode gefahren wurde. Am 2. Feiertage gegen 6 Uhr nachmittags liefen in ähnlicher Weise wie damals wieder zwei Wagen auf einander. Als gerade drei Wagen der Linien Knefbeckstraße-Hermannsplatz und Brih-Morrisplatz sich kurz hintereinander auf der schiefen Ebene folgten, kreuzte unten am Gefälle ein Wagen der Linie Weihenburgerstraße-Hermannsplatz die Bahn, um an seine Haltestelle zu fahren. Das zwang den ersten der drei Wagen, zu bremsen, und infolgedessen lief, als er, nachdem die Bahn frei geworden war, nicht rasch genug wieder in Bewegung kam, der zweite auf ihn auf. Der Anprall war so stark, daß die eisernen Brüstungen der beiden Plattformen sich vollständig verbogen und mehrere Fensterscheiben in tausend Stücke gingen. Ein Kind wurde durch einen Glassplitter am Gesichte verletzt, die übrigen Fahrgäste kamen mit dem Schrecken davon. Die Pferde blieben unbeschädigt, die Wagen waren dagegen so stark mitgenommen, daß sie außer Dienst gestellt werden mußten.

Der langjährige Oberarzt der Universitäts-Kinder-Poliklinik der Königl. Charité, Herr Dr. Hauser, hat am 8. d. M. in dem sog. Johanneum, dem Hause Johannesstr. 15, eine Poliklinik für trankente Kinder eröffnet und wird seine Sprechstunden für Kinder Unbemittelter täglich von 1—2 Uhr abhalten.

Elise Sack, die vor acht Tagen gemeinsam mit ihrem Bräutigam, dem Kaufmann Ernst Kinde, in den Tod gegangen ist, wurde am ersten Feiertage, nachmittags um 3 Uhr, auf dem Neuen Louisestädter Kirchhof beerdigt. Es war der Mutter doch gelungen, einen Pastor zu finden, der die Leiche einsegnete.

Der helle Berliner Junge haben den Weidenweg 97 wohnhaften Milchhändler Paschen vor erheblichem Schaden bewahrt. Es war am Montag Vormittag in der zehnten Stunde, als der mit der Verforgung der Kundenschaft beschäftigte Schwager des P. vor einem Hause in der Rigaerstraße mit seinem Milchfuhrwerk hielt und Milch abtrug. Die kurze Abwesenheit des jungen Mannes benutzte ein Gauner, sich auf das Fuhrwerk zu schwingen und damit in der Richtung nach Lichtenberg, wie bemerkt worden war, davonzufahren. Der Inhaber des Wagens, der Schwager des P., verzuchte zunächst vergeblich in dem zunächst gelegenen Polizei-Revierbureau den Vorfall zur Meldung zu bringen; er wurde aber nach seinem zufälligen Polizeibureau, dem 66, in der Frankfurter Allee, verwiesen. (F. R. d. W.) Dort wurde zwar die Meldung angenommen, doch bedeutete man ihm, sich nach Lichtenberg zu begeben und dort die Gendarmerie in Anspruch zu nehmen, da keine telephonische Verbindung mit den Vororten bestehe. (F. R. d. W.) Der junge Mann begab sich daraufhin nach Lichtenberg

und machte dort drei ihm persönlich nicht bekannte Gendarmen mit seinem Anliegen bekannt, erhielt jedoch von allen den Bescheid, daß sie keine Zeit hätten, sie müßten zum Rennen nach Karlshorst. Nachdem er noch in Erfahrung gebracht, daß auch der Gendarmerie-Wachmeister ausgetritten sei, trat er unerrichteter Sache seinen Heimweg an. Dem Gauner, welcher während dessen seine Fahrt fortsetzte, begegnete auf seiner ziellosen Irrfahrt vier Berliner Burtschen, welche auf dem Wege nach Karlshorst waren. Sie sprachen den falschen Milchhändlermann um Witaahme nach Karlshorst an, welches jener auf Befragen als sein Ziel angegeben hatte. Ihr Wunsch wurde ihnen auch gewährt und so stiegen sie auf. Das Gebahren des Milchhändlers unterwegs, seine Ortskenntniß zc. erweckten aber bei den jungen Leuten Verdacht, sie vermutheten ganz richtig, daß das Fuhrwerk gestohlen worden sei und beschloßen insgeheim, den Gauner dingfest zu machen. Unter dem Vorwande, den Weg genau zu kennen, übernahm der älteste der Burtschen die Leitung des Gefährtes, und nun ging es auf allerlei Umwegen wieder nach Berlin zurück. Dem ersten ihnen begegnenden Schuhmann wurde das Fuhrwerk sammt dem Gauner übergeben, welcher letzterer nunmehr hinter Schloß und Riegel sitzt und seine That freimüthig eingestanden hat. Es ist dies ebenfalls ein junger Burtsche, welcher sich, von Breslau kommend, bereits zwei Monate in Berlin umhergetrieben hat. Paschen hat sein Eigenthum, welches wenig Schaden erlitten hat, so durch den beherzten „Berliner Jungenstreich“ zurück erhalten. Allerdings haben die Urheber dieses Geniestreichs von dem Rennen in Karlshorst nichts zu sehen bekommen.

Ueber eine neue Spezies von Gaunern ist der Kriminalpolizei folgende Meldung zugegangen: Vor etwa 10 Tagen wurde das Verschwinden eines 15-jährigen, in einem Geschäft angestellten Knaben namens M., dessen Eltern in der Höchststraße wohnen, gemeldet. Er hatte sich am Abend vom Geschäft entfernt und war nachdem nicht mehr gesehen worden. Mit einem in der Presse erschienenen Aufruf war natürlich eine genaue Beschreibung des Verschwindens verbunden. Am Tage darauf meldeten sich bei der Mutter des Knaben nacheinander 2 Männer und eine Frau, welche angaben, daß der vermiste Knabe im Geschäft Unterschlagungen begangen und aus diesem Grunde von der Polizei verfolgt werden solle. Nur wenn Frau M. sich entschließen würde, dem Chef die geschädigte Summe zu ersetzen, so werde von einer Strafanzeige Abstand genommen und der Rückkehr des Knaben ein Hinderniß nicht in den Weg gelegt werden. In diesem Falle glückte der Schwindel jedoch nicht, da Frau M. sich selbst zu dem Chef begab und so vollkommene Aufklärung schaffte. Die Angelegenheit hat übrigens damit ihre Erledigung gefunden, daß der Verschwindende selbst zurückgekehrt ist. Daß die erwähnten Gauner ihre Schwindeleien gewerbmäßig ausüben, geht aus einer Anzahl der Kriminalpolizei übermittelten Meldungen über ganz gleiche Vorgänge hervor.

Ein Paar haben 216 junge Männer, darunter 180 geborene Berliner, in Militärdienst gefunden. Sie haben den Polizei- und Militärarzt verlassen, ohne daß sie ihrer „Dienstpflicht“ genügt und sind daher von der 7. Strafkammer am Landgericht I zu je 160 M. Geldstrafe verurtheilt worden. Ferner werden 198 Wehrpflichtige, darunter 151 mit Spreewasser getaucht, unter der Wehrpflicht, ohne Erlaubniß das Bundesgebiet verlassen zu haben oder nach erreichte militärpflichtigen Alter sich noch außerhalb des Bundesgebietes aufgehalten zu haben, auf den 27. Juni nach Moabit vor die 9. Strafkammer zur Hauptverhandlung geladen. Auch diese werden ein Land aufgesucht haben, wo man der Vorladung nicht Folge zu leisten braucht.

Traurige Folgen hatte für den Grenadier Behne von der 5. Kompanie des 3. Garde-Regiments zu Fuß ein Osterurlaub, den er selbst nahm. Da Behne am ersten Feiertage keine Erlaubniß erhielt, auszugehen, verließ er ohne sie die Kaserne und kehrte erst um 3 Uhr morgens am zweiten Feiertage zurück. Als er an der Zeughoßstraße über die Mauer in den Hofenhof steigen wollte, fiel er in das Strauchwerk, das längs der Mauer steht, hinab und brach sich den rechten Arm. Der Verletzte schleifte sich in seine Stube hinauf, machte in der Frühe selbst Meldung von dem Unfalle und gestand auch ein, wie er dazu gekommen war. Er wurde in das Garnisonlazareth II zu Tempelhof gebracht.

Der Grenadier Thürhler vom Kaiser Alexander-Regiment, über dessen wiederholte Weigerung, ein Gewehr anzufassen, wir vor kurzem berichteten, ist am Mittwoch zum dritten Male aus dem Militärarrestgebäude nach Spandau auf die Festung gebracht worden. Was für eine Strafe er bekommen hat, ist noch nicht bekannt geworden; die letzte betrug ein Jahr. Dem armen Teufel bekommt die Religion, welche dem Volke erhalten werden soll, sehr schlecht.

Die Verwaltung der Bauhandwerker-Kasse bittet um, der Berichtigung in Nr. 81 hinzuzufügen, daß sie von dem Arzt erwartet hätte, er würde sich wegen der entstandenen Differenz erst mit der Verwaltung ins Einvernehmen gesetzt haben, statt sofort an die Öffentlichkeit zu gehen, dann würde man sich wohl auch verständigt haben. Wir wollen wünschen, daß es zu derartigen Differenzen nicht mehr kommt.

Trübe Oftern hat die Familie des Schlossers und Gymnasialers Kühn aus der Reichenbergerstr. 72 gehabt. Als Kühn, der im Sommer seinem Kriegerberufe nachgeht und im Winter die Schlosserei betreibt, am Sonnabend wie gewöhnlich zur Arbeit gegangen war, schickte seine Frau die drei ältesten Kinder im Alter von 10, 8 und 4 Jahren zum Spielen auf die Straße und blieb mit dem jüngsten, einem Töchterchen von 1½ Jahren, allein in der Wohnung. Um 11 Uhr vormittags verließ der zweite Sohn die beiden anderen, um zur Mutter hinauf zu gehen. Kaum hatte er die Wohnung, die von der Mutter nicht verschlossen worden war, betreten, als er wieder umkehrte und laut weinend zu den Flurnachbarn gelaufen kam. Diese fanden in der Kühn'schen Stube ein Bild von erschütternder Wirkung vor. Die Frau hing leblos an einem Trapez, an dem ihr Mann im Winter zu üben pflegte und das sie von einem Stuhle aus erstiegen hatte, während das kleinste Kind, nicht ahnend, was für eine Katastrophe sich neben ihm abgespielt hatte, spielend am Fußboden saß. Frau Kühn hatte in einem Anfälle von Nervenkrankung, an der sie schon einige Jahre litt, ihrem Leben ein Ende gemacht.

Ein großer Aufruf entstand Montag Abend zwischen 8 und 9 Uhr in der Gertraudenstraße, als sich ein junges Mädchen von der Gertraudenbrücke loslöste ins Wasser der Friedrichsgracht stürzte. Leute, die den Vorgang sahen, machten sich gleich an die Rettungsarbeit und entzogen auch die Lebensmüde wieder dem nassen Elemente. Ein Schuhmann brachte sie mit einer Broschle in ein Krankenhaus. Hier wurde sie festgestellt als die 23-jährige Schneiderin D. S. aus der Kleinen Frankfurterstraße. Die Veranlassung zu dem Selbstmordversuche ist unglückliche Liebe.

In der Kunsthandlung von Frh. Gurllit, Leipzigerstr. 131, ist am Freitag Abend ein Einbruch verübt worden. Glücklicherweise konnten die Diebe in die Ausstellungsräume selbst nicht gelangen; sie mußten sich auf das Bureau beschränken. Hier hausten sie wie Vandalen. Eine werthvolle weiße Marmorstatue wurde mit Tinte besudelt, alle Schubfächer wurden geöffnet, Briefe, Papiere zc. durcheinander gebracht, der Fußboden zc. mit Tinte beschmutzt. Der Geldschrank widerstand, und nur eine kleine Postkasse und für etwa 5 M. Briefmarken fielen in die Hände der Diebe. Bis jetzt fehlt von den Thätern jede Spur.

Drei Finger wurden am Sonnabend Nachmittag dem 20-jährigen Buchbinder Paul Reinhard aus der Neckerstraße abgenommen, der in der Kroll'schen Buchdruckerei in der Sebastianstraße beim Putzen der Maschine mit der rechten Hand in die Kammräder gerieth.

Vorläufig aus der Haft entlassen wurde der frühere Privatsekretär von Frh. Friedmann, Herr v. Langen-Allenstein, der, wie gemeldet, vor kurzem in einem Hamburger Hotel verhaftet und wegen Beleidigung eines hohen Beamten in Magdeburg dort zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt worden war.

Witterungsübersicht vom 7. April 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm. rebarig auf d. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1—12).	Wetter.	Temperatur nach Celsius (°C.).
Ewinemünde . . .	765	S	8	bedeckt	4
Hamburg . . .	765	S	1	Nebel	6
Berlin . . .	767	S	2	bedeckt	4
Biesbaden . . .	765	NO	1	bedeckt	10
München . . .	765	W	5	Regen	4
Wien . . .	766	W	2	halb bedeckt	—0
Saparanda . . .	756	SW	4	Schnee	—1
Petersburg . . .	—	—	—	—	—
Gort . . .	772	NO	2	wolfig	11
Aberdeen . . .	766	SO	1	wolfig	11
Paris . . .	769	NO	2	bedeckt	10

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 8. April 1896. Ziemlich mildes, vorherrschend wolfiges Wetter mit leichten Regenschauern und schwachen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Kunst und Wissenschaft.

Sudermann's „Glück im Winkel“. Gestern noch hat man so rebellisch gethan, und heute preist man friedfertig und verträglich die Poesie des Glücks im Winkel; eine large, eine freudlose Poesie, in der es kein Jauchzen giebt und kein Klagen. Rasch, allzu rasch, ist der Jugendmuth veriraucht, seine Kraft war wohl nicht echt; und statt seines besuerten Schwungs ertönt wiederum die altkluge Weisheit: Vern' Dich bescheiden! Sei ergeben! Man hat das Schauspiel „Glück im Winkel“, das am Sonnabend zum ersten Male im Lessing-Theater gegeben wurde, die reifste Schöpfung Sudermann's genannt. Das ist in gewissem Sinne richtig, weil in Sudermann's jungem Jodel sein poetisches Wollen mit seinem Können am ehesten im Einklang steht. Aber was taugt das schwächliche Wollen? Was taugt es vor allem dem, der zur buhrtigen Glück-im-Winkel-Poesie keinen Standpunkt findet?

Im Mittelpunkt des Sudermann'schen Dramas steht ein Weib, jung, schön, bewegten Geistes voll, geformt zur Lebenslust; und dieses reiche, warme Leben soll in seinen Säften verdorren, ein Mensch, der um sein natürliches Anrecht betrogen ist, soll sich eine bettelhafte Heimstätte verschaffen, die Hände ineinander falten und mit Bettlerdemuth ausrufen: Vergelt's der Herr? Warum nur? Ein Professor tritt ein: man entzündet zwei Niesenspäne und sagt zu dem Frierenden: Komm, guter Freund, und wärm' Dich an meinem prächtigen Feuerchen! Gewiß, hunderte von Geschöpfen, wie Frau Elisabeth in Sudermann's Schauspiel, verkümmern und verdorren; man stiehlt die Kräfte, die von der Natur in ihre Seele gelegt waren; was sich jung und feurig und begehrlieh in ihnen regte, was sich hat man erbarmungslos zertreten. Sollen die Mißhandelten dafür dankbar sein; und wenn ein Mensch, wie ein gepeinigter Hund in irgend eine Ecke flüchtet: soll er dann sein Glück im Winkel lobpreisen? Ich glaube, wenn Frau Elisabeth ein wirkliches Wesen von Fleisch und Blut wäre, sie würde auf die schönsten Psalmen des Autors, der das Glück des Entlagens predigt, erwidern: „Vergebens freichst Du viel, um zu versagen. Der andere hört von allem nur das Nein!“

Frau Elisabeth ist eine Delsaffirte. Als armes Mädchen mußte sie sich bei adeliger Verwandtschaft herumdrücken, und als der wilde, gierige Raubthiermensch Freiherr von Röckniß, ein Musterexemplar eines Westkalmüden, ihre Sinne in Verwirrung bringt, da reicht sie einem alternen Schulmeister, der eine halbwüchsige blinde Tochter und zwei Knaben hat, die Hand, um sich vor dem ostpreussischen Junker zu retten. Sie zieht mit ihrem Schulmeister in ein enges Heim, in eine kleine Landstadt, und lebt dort ein trodenes, nüchternes Leben, ohne Freude, aber auch ohne Schmerz. So könnte es weiter gehen, wenn der Freiherr v. Röckniß nicht wäre. Dieser Junker hat den Satan im Leibe. Er ist, nach Sudermann's romantischen Reigungen gemessen, ein Herrenmensch von jener Art, der alles gelingt. Vier Pferdejuden kann der Edle demogeln, und schöne Weiber zwingt er durch seinen Blick und seinen feurigen Willen; mit einem Wort, er ist ein prächtiges Tigermännchen. Seine Westkalmüden idealisirt Sudermann gerne nach dieser Art hin. Freiherr v. Röckniß fällt also, wie ein Raubthier, ins fromme Haus des kleinstädtischen Schulrektors ein und richtet seine Begehrlichkeit auf neue auf Frau Elisabeth. Ihr Gatte ist ein merkwürdiger zwiesfältiger Mensch. So gar nicht fromm und einseitig war er, als er Frau Elisabeth zum Weib nahm. Sondern wie ein richtiger Schalk, der einen zweiten Schelm hinterm Busche sucht, nahm er an: seine junge Frau habe gewiß ein bemaltes Vorleben. Wie hätte sie sonst den alten, pedantischen Wittver genommen? Jetzt aber ist er fromm und einseitig, wie ein ahnungsloser Engel. Er merkt nicht, was Herr v. Röckniß plant, wenn er den armen Schulmeister zum Verwalter eines seiner Güter machen will; er merkt nicht, daß die durstigen Sinne von Frau Elisabeth dem Ansturm des wilden Junkers erliegen. Im Zaumel, im Kaufsch hat Frau Elisabeth den Freiherrn von Röckniß heiß an sich gedrückt; trocken ist ihr Erwachen. Das Haus ihres Gatten will sie verlassen und tödliche Sühne üben. Da aber offenbart sich plötzlich der arme Dulder, der trodene Schullehrer als innerlich reiche Natur. Zum Leben und zur Lebensfreude bekehrt er sein Weib, wie ein eindringlicher Prediger bekehrt. Sein Haus wird er reinigen und Frau Elisabeth lehrt froh zu ihrem Glück im Winkel zurück.

Ob wirklich im Aufruh der Leidenschaft ein salbungsvoller Anspruch Wunder wirkt? Nach einem Auspruch Shakespeares verläßt den klügsten Philosophen alle Weisheit, wenn er vom Zahnschmerz geplagt wird und vor allen Dingen: Warum so vielen sächlichen Weibtrauch vor dem „Glück im Winkel“? Und warum nicht ein einziger Aufschrei in dem ganzen Drama über das empfindende, nichtswürdige Unrecht, das ein blühendes, begabtes Menschenkind entweder der Nothheit eines Raubthiers oder der faulsten Impotenz eines kleinbürgerlichen Alten preisgegeben wird? Ein Publikum, dessen Anschauungen der Geschlechter entspricht, wird durch solche Erwägungen in seiner Anacht nicht gestört; und zudem edle Ensigung übt immer ihren sentimentalsten Reiz aus. So nahm man denn Sudermann's Resignationslehre mit freudigem, nur zum Schluß durch einige Bisher gestörten Wohlwollen auf.

Für die Rolle der „blonden Bekie“, des Röckniß, war auf des Autors Wunsch Herr Ritterwurzer vom Wiener Burgtheater verschrieben worden. Darum zumeist kam das Glück im Winkel erst so spät in Berlin auf die Bühne. Es ist in Wien und in ganz Deutschland bereits angeführt worden. Für den aparten Herrn v. Röckniß wäre in der That keines der ständigen Mitglieder des Lessing-Theaters mit solcher Kraft und Frische und sprudelnder Lebendigkeit eingetreten, als der Gast aus Wien. Wohl lieb er dem Junker mehr von burtschöfer Lebenswürdigkeit, als die schneidigen Herrschaften zu besitzen pflegen. War das eine leise Fälschung, für die Gesamtwirkung war sie von Vortheil. Die Brutalität erschien gemildert. Freim

und mit klugem Takt trat Fel. Dumont auf, deren Hauptrolle die Bedeutung der jetzt erst recht geschätzt werden wird.

Das Frankfurter Volks-Theater wurde Sonntag Abend mit der Aufführung des dreiaktigen Schauspiel „Die Moralisten“ von Friedrich Pastor eröffnet. Der jugendliche Autor, welcher sich hinter dem Pseudonym verbirgt, hat die sich an die Namen Stöcker und Hammerstein knüpfenden Vorgänge zu einem Schauspiel verarbeitet, welchem aber die Hauptsache, die dramatische Entwicklung abgeht. Einzelne Stellen sollen recht gelungen sein. Dagegen ermüdet das fortwährende Kommen und Gehen. Das Schauspiel-Ensemble des Direktors Salig entledigte sich seiner Aufgabe mit lobenswerthem Fleiß und erntete reichen Beifall.

Literarisches.

Neue Glühlichter erscheinen nun in Wien statt der im Deutschen Reich verbotenen „Glühlichter“. Auch dieses neue Witzblatt zeichnet sich durch lebendigen, frischen Humor und durch treffliche farbige und schwarze Illustrationen aus. Viel Anerkennung wird in Deutschland das Titelbild der Probenummer finden, das die Pioniere der christlich-germanischen Kultur, die Peters, Leist und Wehlan an der Arbeit zeigt. Vorzüglich ist auch die Illustration des reformierten österreichischen Wahlrechts. Auch das treffliche Zeitgedicht zum Parteitag, das Gedicht Disputation und die zahlreichen anderen Beiträge verdienen die Anerkennung, daß es der neuen Redaktion (Emil Kralik), dem neuen Verlage (Erste Wiener Volksbuchhandlung Wien VI, Gumpendorferstr. 5) und der neuen Druckerei gelungen ist, ein noch besseres Witzblatt an stelle der eingegangenen Glühlichter zu setzen.

Gerichts-Beitrag.

Die Zeitung der „Branschwetter-Kammer“ (zweite Strafkammer des Landgerichts I) hat seit dem 1. dieses Monats der neu ernannte Landgerichtsdirektor Kaller, bisher Beisitzer bei der neunten Strafkammer, übernommen. Die Kammer besteht jetzt aus dem Vorsitzenden und den Landgerichtsräten Grandke, v. Kirchbach, Stubenrauch und Wagner.

Die Verhandlung gegen den Freiherrn v. Hammerstein soll, wie ein Berichterstatter zu melden weiß, am 22. April vor der ersten Strafkammer am Landgericht I unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Med stattfinden.

Zum großen Unzufriedenheiten. Am 18. Januar d. J. hatte anlässlich der Feier des 25jährigen Bestehens des Deutschen Reiches der Inhaber der „Berliner Lesehallen“ am Spittelmarkt zwei Fahnen, eine schwarze mit der roten Aufschrift „Berliner Lesehallen“ und eine weiße ohne Aufschrift herausgestellt. Darin erblühte die Polizei Verübung großen Unfugs und der Lesehallen-Inhaber Heidenreich wurde wegen Uebertretung des § 360 unter Anklage gestellt; der Angeklagte wurde aber, wie man der „Vollst.“ schreibt, dieser Tage vom Schöffengericht, da in dem Herausstellen der beiden Fahnen eine Verletzung des Publikums nicht gefunden werden könne, freigesprochen.

Der Hilfsgerichtsdienster Friedrich Dreier wurde gestern von der zweiten Strafkammer des Landgerichts I wegen Verbrechen gegen die Sittlichkeit zu einer Gefängnisstrafe von 8 Monaten verurteilt.

In angetrunkenem Zustande erschien gestern der Arbeiter Rudolph David vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I, um sich wegen Majestätsbeleidigung zu ver-

antworten. Die Verhandlung mit ihm machte einige Schwierigkeiten, endete aber mit seiner Verurteilung zu drei Monaten Gefängnis. Wegen Ungebühr vor Gericht wurde ihm eine sofort zu verbüßende Haftstrafe von einem Tage auferlegt.

Verfassungen.

Die Schneider und Schneiderinnen der Kostümbrauere waren am 4. April bei Sohn in der Beuthstraße versammelt, um den Schiedsspruch des von ihnen angerufenen Einigungsamtes des Gewerbegerichts entgegenzunehmen. Timm berichtete über den Gang der Verhandlungen und unterbreitete den Versammelten das Referat, welches in Nr. 81 des „Vorwärts“ vom 5. April im Hauptblatt ausführlich wiedergegeben ist, und in Kürze dahin lautet, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit abgelehnt wurde, ebenso Abschaffung des Stücklohnes sowie Festsetzung eines Mindestlohnes für Paket- und Taillenarbeiter; dagegen wurde für Ueberstundenarbeit 1 M. und für Sonntagsarbeit 1,50 M. pro Stunde angenommen, sowie Befreiung sämtlicher Zuthaten von den Arbeitgebern. Die Arbeitgeber-Vertreter erklärten sich mit diesem Schiedsspruch einverstanden. Die Vertreter der Arbeiter dagegen behielten sich ihre Stellungnahme vor bis nach Beschlußfassung der Versammlung. In der recht lebhaften Debatte, die sich bis gegen Mitternacht ausdehnte, erklärten mehrere Redner, sich dem Schiedsspruche fügen zu können, während die übrigen sich strikte dagegen erklärten und ganz energisch die 9 stündige Arbeitszeit forderten. Der Schiedsspruch des Einigungsamtes wurde hierauf gegen eine geringe Minorität abgelehnt und mit großer Mehrheit der Streik beschlossen. Die Abstimmung erfolgte per Stimmgelb. Der Vertreter der Kollegen von Ebenstein gab hierzu die Erklärung ab, daß sie weiter arbeiten würden, und verwahrte sich ganz entschieden dagegen, etwa als Streikbrecher betrachtet zu werden. Unter verbesserten Bedingungen hätten sie frische Arbeit in Empfang genommen, die sie fertig zu stellen hätten.

Fest- und Pikturklubs. Mittwoch. Johann Jacoby, bei Frh. Liebig, Schwanenstraße 22. — Gesangsbrüder, abends 8 Uhr, bei Pöhlmann, Weidenstraße 27. — Gleichheit, abends 8 Uhr bei Stramm, Ritterstraße 122. — Keine Kurden, abends 8 Uhr, Bruns-Handwerker, 60. — Einigkeit, abends 8 Uhr bei Feige, Triftstr. 1. — Theater- und Singschulverein, abends 8 Uhr, im Restaurant, Diefenbachstr. 67. — Sozialdemokratischer Agitationsklub Oden, abends 8 Uhr, bei Bauer, Prandstr. 62. — Freigeist Arkona, abends 8 Uhr, Ardonaplatz 3 bei Defener. — „Friedrich Engels Norden“ alle Mittwoch 9 Uhr bei Dito, Gumpendorferstr. 25. **Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner in Berlin.** Mittwoch, den 8. April, abends 8 Uhr: Gemüthliche Zusammenkunft der geschiednig-Holsteiner im Kommandanten-Garten, Kommandantenstr. 10/11. Landleute sind willkommen. **Gesellschaft für Graphologie.** Mittwoch, den 8. d. M.: Sitzung in den Victoria-Sälen, Leipzigerstr. 124. Graph. Vortrag. Anfang 8 Uhr. Gäste willkommen.

Vermischtes.

In Wien wollte am Montag ein Kommiss namens Kowal während des Mittagessens seinen Eltern und der Schwester einen Revolver zeigen, welchen er sich gekauft hatte. Dabei entlief sich der Revolver und die Kugel drang seiner Mutter in das rechte Auge. — Die 76 Jahre alte Gräfin Alberti di Poje in Wien wurde Montag Nacht in ihrem Schlafzimmer von der Dienerschaft verbrannt aufgefunden. Aufscheinend ist die Gräfin mit der Kerze unvorsichtig umgegangen.

Ueber eine Schiffkessel-Explosion wird aus Brüssel von Sonntag berichtet: Der Dampfkessel des Schleppdampfers „Virginie“, welcher auf der Schelde den Dienst zwischen Gent, Verdermonde und Antwerpen versieht, explodirte heute zwischen

den Ortschaften Moerssele und Caerbroe nahe bei Verdermonde. 4 Leichen wurden über die Bäume am Ufer des Stromes hinweggeschleudert; nur der Kapitän wurde gerettet. Infolge der Explosion sank auch ein in der Nähe befindliches Boot; der Bootführer, seine Frau und Kinder ertranken. Im ganzen sind 12 Menschen ums Leben gekommen.

In Jette-St. Pierre bei Brüssel brannte in der Nacht zum Dienstag ein Tanzlokal ab. Der Eigenthümer, seine Frau und drei Kinder kamen dabei ums Leben.

Aus Fiume wird gemeldet: In der Destillationskammer der hiesigen Petroleumfabrik fand am Montag eine Explosion statt. Dank dem energischen Eingreifen des Direktors Barac wurde das entstandene Feuer rasch unterdrückt und blieb ohne schwere Folgen.

In Neapel ist der als Kryst bekannte Senator S e m o l o am 5. April gestorben.

Kein Attentat auf das rumänische Königspaar. Aus Budapest wird telegraphirt: Ein hiesiges Oppositionsblatt brachte jüngst die Meldung, daß während der Reise des rumänischen Königspaares nach Abbazia bei Orsova ein Eisenbahnattentat versucht worden wäre. Das Ungarische Korrespondenzbureau bezeichnet diese Meldung nach an maßgebender Stelle eingezogenen Erkundigungen als müßige Erfindung.

In Manila auf den Philippinen hat am Sonntag ein heftiges Feuer 4000 Häuser zerstört; 30 000 Personen sind ohne Obdach. Bis jetzt ist kein Verlust an Menschenleben gemeldet.

Der größte und schönste Bahnhof der Welt für Personenverkehr ist der neue Union-Bahnhof in St. Louis. Das Gebäude ist 700 Fuß lang und 606 Fuß breit. Die Fläche vor dem Bahnhofgebäude ist 42 Acres groß. 26 Geleise laufen in den Bahnhof ein. Der zweitgrößte Eisenbahnhof ist der in Frankfurt a. M. Dieser hat 18 Geleise.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Arbeiter-Bildungsschule. Eingegangen im ersten Quartal 1896: Geschenke: Vertheilung des „Vorwärts“ 10.—, 2 M. in Italien durch B. Liebkecht 100.—, 2 in L. 50.—, Personal Janitzenski u. Quitt 10.—, Durch H. Schulz 2,40. Gesangverein der Kupferschmiede Berlins 6.—, Freie Volkshilfe 200.—, Jahresbeiträge: Max Wading 30.—, Direktor Hoffmann 20.—, Paul Singer 100.—, Direktor Siegmund 10.—, Rob. Flatow 6.—, S. Br. 100.—, Dr. Dersfeld 20.—, Freiwillige Gemeinde 50.—, Kowalsky 6.—, Franz Kleinert 5.—, Frau Stahl 5.—, Jrl. Stahl 5.—, Telleransammlungen: Boly' Saal (26. 1.) 24,85. Kolberger Salon (9. 2.) 15,15. Boly' Saal (16. 2.) 21,35. Summa 796,75. Vielen Dank den Gönnern. Der Vorstand. J. A.: S. Königs, Diefenbachstr. 30.

D. G. 14. Sassenbach, Invalidenstr. 145. A. G. 1864. Vielleicht „Lübecker Volksbote“ in Lübeck, „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ in Kiel; von bürgerlichen Blättern möglicherweise die „Eisenbahn-Zeitung“ in Lübeck. J. M. Da es sich jetzt darum handelt, einen Frieden zu Stande zu bringen, sind Ihre Mittheilungen, so interessant sie auch sind, leider nicht verwendbar. S. B. Wir haben in Ihrem Lande bereits einen Korrespondenten und können und daher zur Aufnahme Ihrer Einsendungen in keinem Falle verpflichtet. Sofern Sie aber über etwas Besonderes schnell, zuverlässig und kurz berichten, werden wir Ihrem Wunsche Rechnung tragen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 8. April. Opernhaus. Die lustigen Weiber von Windsor. Schauspielhaus. Ein Sommernachts-traum. Deutsches Theater. Nora. Lessing-Theater. Das Glück im Winkel. Berliner Theater. König Heinrich. Neues Theater. Wallenstein's Tod. Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der Hungerleider. Theater Unter den Linden. Madame Herzog. Adolph Ernst-Theater. Das flotte Berlin. Residenz-Theater. Hotel zum Frei-hafen. Schiller-Theater. Ein toller Einfall. Central-Theater. Eine tolle Nacht. Fells-Alliance-Theater. Die Reise um die Erde in 80 Tagen. National-Theater. Othello, der Mohr von Venedig. Alexanderplatz-Theater. Die Russetiere im Damensitz. Reichshallen-Theater. Die kleinen Kämmer. Vorher: Die Ballet-schule. American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.) Mittwoch, abends 8 Uhr: Ein toller Einfall. Donnerstag, abends 8 Uhr: Salder und John.

Central-Theater.

Alte Jakobstraße. Mittwoch, den 8. April 1896: Vorletzte Vorstellung. Zum Benefiz für Herrn Georg Kaiser. Emil Thomas a. G. Zum 215. Male: Eine tolle Nacht.

Große Feste mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Jul. Freund und Wihl. Mannstädt. Musik von Jul. Hindshofer. Anfang 1/8 Uhr. Morgen: Zum Benefiz für Fräulein Thea Göhr: Letzte Vorstellung von Eine tolle Nacht.

Adolph Ernst-Theater.

Zum 4. Male: Das flotte Berlin. Große Ausstattung, Gefangenssperre in 3 Akten von Leon Treptow und Ed. Jacobson. Kuplets und Anekdöten von G. G. v. R. Musik von G. Steffens. 2. Akt: „Alt Berlin.“ Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132. Direktion: Max Samst. Volksvorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen. Gastspiel des Herrn Max Alberti vom Stadttheater zu Lübeck: Othello. Trauerspiel in 5 Akten von W. Shakespeare. Regie: Max Samst. Morgen: Gastspiel des Herrn Rob. Harberg vom Stadttheater zu Düsseldorf. Der Pfarrer von Kirchfeld.

Circus Renz

Karlstrasse. Mittwoch, den 8. April 1896, Anfang präzis abends 7 1/2 Uhr: Kolossaler Erfolg! Novität! Lustige Blätter! Eigens vom Direktor Franz Renz und dem Großherzoglich Darmstädtischen Hofballetmeister August Siems für Berlin komponirte, mit gänzlich neuen technischen Apparaten u. Beleuchtungs-Einrichtungen inszenirte Original-Vorstellung in 2 Abtheilungen mit den Ausstattungs-Divertissements Weltstadtbilder.

Aus dem equestrierten Theil des Programms sind hervorzuheben: Jonjou hippique mit 2 Freiheitssperden, dress. und vorgef. vom Direktor Fr. Renz. Austr. des renommirten Schulreiters Mr. Gaberel mit seinem Schulpferde Chicago. Die Schulkreiterin Frau Robert Renz mit dem Schulpferde Cyd und dem irländischen Vollblut-pferde Blitz. Morgen, Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr: Abschieds-Vorstellung. Novität! Lustige Blätter. Novität! Fr. Renz, Direktor, Königl. Kommissionsrath.

Unfalljagen, Klagen, Eingaben, Pudger, Steglitzerstr. 65.

Urania

Anstalt für volksthümliche Naturkunde. Am Landes-Ausstellungspark (Lehrer Bahnhof). Geöffnet von 7-10 Uhr. Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater. Näheres die Ausschlagzettel.

Passage-Panopticum.

Bester Harem aus der afrikanischen Stadt Kayrowan. Haremfrauen und Kinder, Tänzerinnen, Sängerinnen, Eunuchen und Sklaven.

Castan's Panopticum.

Die 3 getigerten Grazien!! aus Central-Afrika, die neuesten Weltwunder!

Wer ist Rudinoff???

Rudinoff macht alles!!! Jeden Abend 9 1/2 Uhr: Die geniale Rudinoff Kaufmann's Variété-Theater Königsstraße, Colonnaden. Bomben-Erfolg des neuen Programms. Die Nimrode. Die deutschen Söhne. Die lebende Brücke. Jean Bayer mit seinen Lokal-Schlagern. Baron's dreijährige Löwen. Die reizende Luftfee Albertina. Ferner 18 Nummern. Ausverkauft! Ohne Reklame.

Möbel billig. Odenhof-Gebäude am Rühriner Platz.

Eden-Theater.

Welt-Restaurant 97. Dresdenerstr. 97. Im vorderen Saal täglich: Welcherühmte Tyroler-Sänger-Gesellschaft Almenrausch u. Edelweiss. Direktion: Alois Ebner. Entree vollständig frei! Im Theater-Saal: Non! Sensationell! Non! The 4 Rose Buds! Excentric singers and dancers. Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 8 Uhr.

Victoria-Brauerei

Lützowstrasse 111/112. Freitag, den 10. April: Stettiner Sänger (Meyel, Pietro, Britton, Steidl, Krona, Köhl und Schrader)

Stettiner Sänger

Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate.) Sonntag, den 12. April: Abschieds-Soirée in Sanssouci. Montag, den 13. April: Abschieds-Soirée in der Victoria-Brauerei. Ueberhaupt letzte Soirée der „Stettiner Sänger“ vor ihrer Abreise nach Hamburg.

Apollo-Theater

Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück. Die Feste aller deutschen Chansonetten

Frihi Ferry.

Die originellen 3 Sisters Hawthorne. Ferner: 14 Spezialitäten I. Ranges. Kaffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Achtung! Künstl. Zähne v. 3 M. an, Theilw. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Abwässern bei Bestellung umsonst. Gudel, Baufigerplatz 2, Eßasserstr. 12

Alcazar.

Variété- u. Spezialitäten-Theater. Dresdenerstr. 52/53, Kamenstr. 42/43 (City-Passage). Noch einige Tage: Im wunderschönen Monat Mai. Piederpiel in 1 Akt von Stuckenbrod. Emilio Galletti. Morrell Stuart mit seiner Gallerie berühmter Männer. Entree: Wochent. 10 Pf., Anf. 8 U. Sonntag 80 „ 7 „ R. Winkler.

kleine Wohnungen

Frankfurter Allee 16/16a, am Ringbahnhof Friedrichsberg, Stallungen, Kammern, Jagerteller sofort zu verm.

Arbeitsmarkt.

Kinder mädchen und Mädchen für Alles finden sof. Stellung ohne Anzahl. im Komptoir Stalitzerstr. 13 I. r. (38/13) Glaschleifer v. Hockert, Pringensstr. 32. Schriftdrucker v. Hockert, Pringensstr. 32. Zusammenf. verl. Elisabethstr. 11. Krenzschick-Stickerinnen, Häckerinnen find. dauernd Beschäftigt. Dirschfeld, Stralauerstr. 57. 774b Mechaniker auf Fahrräder verlangen sofort Glombina u. Müller, Krausenstr. 30 u. Kankestr. 1. Geübte Schriftdrucker verlangen 772b Malwin, Blücherstr. 45b. Lucht. Steinmehnen u. Schriftdrucker verl. Hamburg u. Seemann, Bureau: Eibenstr. 3, 2 Tr. 771b Tischler auf weisse Arbeit verlangt Ulrich, Britz, Jahnstr. 14. Flotte Büsten-Gründirer verlangt Stalitzerstr. 28, 2 Tr. I. 784b Eine Edenbest-Rieterin und geübte Kartonnarbeiterinnen werden sof. verlangt Georg Feise, Waldemarstraße 51, Hof rechts 4 Tr. 779b Tüchtigen Marmorischleifer verlangt Stanke, Trebbinerstr. 13. 778b Redakteur gesucht für dreimal wöchentl. ersch. Partei-Organ zur Stellvertretung auf drei Monate. Gest. Offerten an „Beobachter“, Ghenmitz. Kartonnarbeiterinnen werden verl. in der Kartonnfabrik Sarnaustr. 18. 749b

Belle-Alliance-Theater.

Bolks-Vorstellung unter Regie von Julius Türk.

Sonntag, 12. April, nachmittags 2 1/2 Uhr:

Zum ersten Male:

Maria Stuart.

Tragödie in fünf Aufzügen von Friedrich von Schiller.
Maria Stuart: Hedwig Margot; Elisabeth: Anna Jordan; Shrewsbury: Wilhelm Ruff; Graf Leicester: Oskar Krüger als Gast; Mortimer: Julius Türk; Buckingham: Rudolf Hoch.

Eintrittskarten à 60 Pf. sind in den bekannten Geschäften zu haben.

Als Verköbte empfehlen sich
Anna Heger,
Oskar Jentsch.
Spandau. Ostern 1896. Berlin.

Unserm Skatbruder
Hans Pytlik
die herzlichste Gratulation zu seinem
Wiedergeburtstag.
Die Sorgenbrecher.

Für die vielen Beweise liebevoller
Theilnahme und die Kranzspenden bei
der Beerdigung meines lieben Mannes
Eugen Paedel sage ich allen Ver-
wandten sowie seinen Freunden und
Mitarbeitern der Firmen J. Pintsch
und C. Martiny, den Gesangsvereinen
„Namenlos“ und „Weiße Rose II“
meinen herzlichsten Dank.
Die trauernde Wittve nebst Kindern,
Franziska Paedel, geb. Wandrowsky,
773b Neu-Weissensee.

Meine Wohnung ist jetzt
Gr. Frankfurterstrasse 126,
Ecke Roppenstrasse.
Dr. Paterna,
776b prakt. Arzt.

Warne jeden, meiner Ehefrau Vertha
geb. Venz etwas zu borgen, da ich für
nichts aufkomme. **Wilhelm Dünze.**

Goldenes Armband, Wachsperle mit
Sicherheitskette, verl. auf der Treptower
Chaussee. Gegen Belohnung abzugeben
bei **Schröder, Friedenstr. 91.** 770b

Achtung!
Stadthagen's Arbeiterrecht
in Prachtband gebunden 3,50 M. liefert
gegen Baar- oder Theilzahlung
Ludwig's Buchhandlung,
4538b **Grimmstr. 37.**

Paster's Festküle
Neue Königstr. 7.
Mein Saal mit Nebenräumen noch
einige Sonnabende zu vergeben. (4269L)
Allen Genossen, Freunden u. Bekannten
theile ich ergebenst mit, daß ich das
Schankgeschäft von Tauschke
Reichenbergerstr. 24
käuflich übernommen habe.
Vereinszimmer für 50 Personen,
sowie Zahlstelle für Gewerkschaften
steht zur Verfügung. 687b
Alex Kieburg, Tischler.

Reichsgarten
Friedenstr. 20
(Ecke Döschstrasse).
Täglich:
Grosses Frei-Concert.
Kaffeeküche von 2 Uhr ab geöffnet.
NB. Meinen alten Kunden und
Freunden zur Nachricht, daß ich mein
Gartenlokal in dieser Saison wieder
selbst bewirtschaftete. **H. Koslowski.**

August Berndt's
Weiß- und Bairischbier-Lokal
Molkenmarkt 7 (früher Kantenstr. 12).
Größte Auswahl erquisiter Speisen.
Fr. Billard. Vereinszimmer mit Piano.
Paff. Zimmer für Zahlst. d. Centrum.
Allen Freunden und Bekannten em-
pfehle mein **Weiß- u. Bairisch-Bier-**
Lokal. Vereinszimmer für 30 Pers.
Für gute Speisen u. Getränke ist gesorgt.
673b **G. Glaue, Krausenstr. 18.**

Empfehle allen Freunden und Ge-
nossen mein **Weiß- u. Bairisch-**
Bierlokal. Weißbier außer dem Hause:
1 gr. oder 2 H. 15 Pf., Bairisch 3 H.
25 Pf. Kalte u. warme Speisen zu jeder
Zagzeit. **G. Wahmann, Linienstr. 29.**
Empfehle allen Freunden und Be-
kannnten mein neu eingerichtete
Weiß- und Bairischbier-Lokal mit
Vereinszimmer. **Hermann Robert,**
Ufedomstraße 28. 725b

Kinderwagen, großart. Auswahl,
billigst, viele An-
erkennungen, Musterbuch gratis und
franko. Theilzahlung gestattet. **Max**
Brinner, Jernsalmstr. 42 und
Brunnenstr. 6.

Knaben-Stoff- und Wasch-Anzüge
sehr billig.
Hoffmann, Veteranenstr. 14.

Kinder-Wagen, Reijetörbe
Fabrikpreise, auch Theilzahlung.
E. L. Herrmann, Gneisenaustr. 112.

Zähne v. 2 M. ev. Theilz.
Frau Olga Jacobson, Invalidenstr. 145.

Möbel und Polsterwaren, billig.
Dresdenerstr. 49, 1.

Ca. 6 1/4 Pfd. Brot für 50 Pf.
liefert die Bäckerei
Falkensteinstr. 20,
510b) **C. Schröder.**

M. J. Hahlo,
Patentanwalt,
Berlin NW., Karlstrasse 8.
Patentnachsichtung und
Verwerthung. (45069)
Rath, Zuskunft und
Konferenzen kostenfrei.
Erste Referenzen im In- u. Auslande.

Große Betten 12 M.
(Oberbett, Unterbett, zwei Kissen) mit ge-
reinigten neuen Federn bei Gustav
Ruffig, Berlin S., Weidenstr. 46. Preis-
liste kostenfrei. **Diese Anerkennungs-**
Schreiben.

Möbel-Kaufgelegenheit,
passendste Gelegenheit für Brautleute, Gneisenau-
straße 16, parterre, in der Möbelfabrik sollen
ca. 100 komplette Wohnungs-Einrichtungen,
verliehen gewesene und neue Möbel zu jedem
annehmbaren Preise verkauft werden. Theil-
zahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung.
Besonders billig sind die an Herrschaften kurze
Zeit verliehen gewesenen Möbel. Kleiderständer
15, Küchenspend, Kommode 12, Bettstelle mit
Matratze 18, Aufbaum-Kleiderständer 30 Mark.
Rusches Kleiderständer und Vertikales 25,
französische Wuschelbetten mit Matratzen 45,
Säulen-Kleiderständer 40 Mark. Trümmern
mit Stufe 60, Plüschgarnituren 60 Mark, neue,
hochlegante Garnituren 105 Mark. Buffet,
Goussensische, Paneeleltopha mit Sattelstufen
und Plüschfassung in allen Farben, Damen-
und Herrenschreibtische. Bekannte Möbel werden
unentgeltlich 3 Monate auf meinen Aufbe-
wahrungsspeicher aufbewahrt, durch eigene
Wespenn transportirt und aufgestellt. 4261L

Straußjeden, Blumen,
besondere Spezialität, zu Engrospreisen,
d. h. die Hälfte billiger als anderswo.
Gebundene Hutblumen, sowie hoch-
garnirte Köpfe u. **B. Lentge, Neu-**
Ohln 23, 1. Ebnenastelbst Wasch-
sebern 25 Pf., Krausefedern 10 Pf.

Möbel u. Polsterwaren,
reelle Waare empf.
Franz Tutzauer,
Tischlermeister, (45128)
Berlin SW., **Blücher-Strasse 14.**

Hüte! Gelegenheitskauf! Hüte!
in bekannter Qualität, keine fehlerhaften
Sachen, nur moderne, eleg. Formen
à 1,75 M. wie bisher. 4737L
Leopold Frankenstein,
Dragonerstr. 10.
Filiale: **Alexanderstr. 14a.**

Milchkübel,
Kannon, Satten, Dezimal- u. Tafelwagen
Jordan,
kleine Markus-Strasse Nr. 28.
Möbel, Spiegel, Polsterwaren,
Plüsch, Garnituren, Paneeleltopha,
Teppiche, Portieren, Gardinen, ganze
Wohnungseinrichtungen, auch auf Theil-
zahlung, mit geringen An- u. Halen-
zahlungen bei **L. Silberstein, Rosen-**
thalerstr. 49, 1 Tr. 4150L

Herrnhüte 75 Pf. 4450L
Mustersachen, vollständig fehlerfrei,
feinere Qualitäten, giebt ab zu enorm
billigen Preisen, die Fabrik im Komptoir
Chausseestr. 59, 1 Tr.,
an der Norddeutschen Brauerei.

Möbel-Birthschaft
verkauft sofort (spottbillig) vollständige
Wohn- u. Schlafzimmer-Einrichtungen,
darunter 8 Fenster neue Gardinen
Brauenteile geeignet. **Frau Wittner,**
Königsstr. 141, Vorderhaus 1. Etage.

Competente
Beurtheiler befähigen stets von
neuem: Es giebt kein besseres
Fleckenreinigungsmittel als
Opal-Fleckenwasser. Opal-
Fleckenwasser allein tilgt in
kürzester Frist unter Aufwendung
geringer Mühe alle Del., Harz-,
Theer-, Zuder-, Bier- u. sonstigen
Flecken. Es ist farb- und geruch-
los, ungiftig und nicht feuer-
gefährlich wie Benzol. Preis 30,
50 und 90 Pf. Erhältlich in
Drogengeschäften

Orts-Krankenkasse des Maurergewerbes zu Berlin. Einladung.

Donnerstag, den 9. April 1896,
abends 8 1/2 Uhr,
findet bei **Röllig, Neue Friedrich-**
straße 44, eine

General-Versammlung der Vertreter der Orts- Kranken-Kasse des Maurer- Gewerbes statt.

Tages-Ordnung:
1. Vorlegung des Verwaltungs-Ber-
richtes und Rechnungs-Abschlusses für
das Jahr 1895. 565b
2. Bericht des Ausschusses über die
vollzogene Rechnungsprüfung und Be-
schlußfassung über die Abnahme der
Rechnung des Jahres 1895.
3. Antrag auf Bewilligung einer
Entschädigung für die Kassennmitglieder
des Rechnungs-Ausschusses.
4. Wahl eines Vorstandsmitgliedes
für 1896 aus der Gruppe der Arbeit-
nehmer an Stelle des verstorbenen
Vorstandsmitgliedes **H. Walter.**
5. Bericht des Vorstandes über die
Verfügung des Magistrats-Kommissars,
betreffs Aufhebung des Vertrages mit
dem Verein der freigewählten Kassen-
Kerze, und Befähigung des mit
einzelnen Kerzen abgeschlossenen
Vertrages.
6. Mittheilungen des Vorstandes.
Berlin, den 28. März 1896.
Der Vorstand.
A. Daehn, Vorsitzender,
Demminerstr. 66.
A. Kelpin, Schriftführer,
Demminerstr. 54.

Freie Kranken- u. Begräbnis- Kasse der Schuhmacher und Berufsgenossen Berlins. (E. H. 27.)

Montag, 13. April, abends 8 Uhr,
im Lokale des Herrn **Bergner,**
Annenstr. 16:

Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Vierteljährlicher Kassenbericht.
2. Innere Kassenangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimirt.
781b **Der Vorstand.**

Orts-Krankenkasse der Korbmacher. General-Versammlung

am Montag, den 13. April 1896,
abends 8 Uhr,
in den **Oranienhallen, Oranienstr. 51.**
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes in der
Jahres-Prüfungskommission. 2. An-
träge. 3. Verschiedenes. 98/14
Der Vorstand.
J. A. P. Keller, Vorsitzender,
Camphausenstr. Nr. 6.

6 Pfund Albrecht's Brot für 50 Pfennig Bäckerei,

liefert **Wrangel-Strasse 8.**
Langestr. 26, Falkensteinstr. 28.

66. Resterhandlung. 66
billig Reste zu Knaben-Anzügen von
1 M. Große Anzüge von 7 M. an,
bis zum feinsten Kammgarn, auch pass-
zu Einsegnungs-Anzügen. Große Aus-
wahl in Paletotstoff, sowie zu Mänteln,
Jaquets, Plüsch, Atlas, Seide. (4250L)
Auf Wunsch alles zugeschnitten, auch
angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge.
66. Karle, Waldemarstrasse 66.
Teleph. Amt IV. 1597.

Möbel-Gelegenheitskauf

Zum Umzug **Oranien-Strasse 78, Hof 1,**
günstigste Gelegenheit für Brautleute, Hotels,
Wiederverkäufer. In meinem 8 Etagen großen
Wohlfestlicher, alles hell und übersichtlich, kein
Laden, sollen sofort ca. 200 neue ganze Wohnungs-
Einrichtungen von 100-1000 Mark und darüber
verkauft werden. Special empfehle ich die großen
Dorrrühe verlehene gewesener zum Theil sehr
wenig benutzter Möbel für jeden annehmbaren
Preis. Theilzahlung gestattet. Kleiderständer,
Sopha 18 Mark, Kommode, Küchenspend, Wasch-
toilette 12 Mark, Stühle 3 Mark, Bettstellen
mit Federmatratze und Kissen 18 Mark,
elegante Aufbaum-Kleiderständer und Wasche-
ständer 20 Mark, Wuschelständer 40 Mark,
Säulen-Kleiderständer und Vertikales, hoch-
elegante 46 Mark, Trümmern mit Stufe 66 Mark,
Plüschgarnituren 60 und 100 Mark, Paneelel-
garnituren, Paneeleltopha 80 Mark, Wuschel-
garnituren, Chaiselongue, Schlafsofa, Schreibtische,
Kouffensische, Buffets, Schreibtisch, Tisch,
Spiegel u. c., alles haunend billig, sowie
fertig decorirte Salons, Speise- und Schlaf-
zimmer. Befähigung ertheilt ohne Kaufzwang.
Bekante Möbel können drei Monat kostenfrei
lagern und eigene Wespenn werden durch
transportirt und aufgestellt. 4261L

Kinderwagen
Kranken-, Sport-,
und Leiterwagen
Kinderkappstühle
u. Theilzahl. gest.
A. W. Schulz,
1. Geschäft:
Brunnenstr. 95,
gegenüber Humboldthain.
2. Geschäft: **Brunnenstr. 145, Ecke**
Rheinsbergerstraße. Musterb. art. u. fr.
Fernspr. Amt III. Nr. 1767.

6. Wahlkreis (Moabit). Donnerstag, abends 8 Uhr, im Saale der **Bronen-Brauerei, Alt-Moabit Nr. 47-49:** **Bolksversammlung.**

Tagesordnung: 1. Der Entwurf des Bürgerlichen Gesetzbuches.
2. Zeitungsrevision. 3. Verschiedenes. 220/4
Der Vertrauensmann.

Arbeiter-Bildungsschule

Donnerstag, den 9. April, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung
im **Englischen Garten, Alexanderstraße 27c.**

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes und der Revisoren.
2. Der Unterricht im Sommer-Semester.
3. Anträge. 5/12
4. Wahl des Vorstandes und zweier Revisoren.
Mitgliedsbuch legitimirt. Beiträge werden entgegen genommen.
Um recht zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)
Heute, **Mittwoch**, den 8. April, abends 8 Uhr:
Vertrauensmänner-Versammlungen:

Südosten im Lokal von **Rautenberg, Oranienstraße 180.**
Moabit im Lokal des Herrn **Holzbacher, Churstraße 84.**
Tagesordnung: Wir erhalten wir die errungenen Vortheile aufrecht.
Berstattungsangelegenheiten. 276/17
Sämtliche Werkstellen dieser Bezirke werden ersucht einen Vertrauens-
mann zu entsenden.

Achtung! Südwesten.
Bei **Kitzing, Belle-Alliancestr. 74, Ecke Bergmannstraße, ist**
eine neue Zahlstelle errichtet.

Der Beitragsammler **Schlichte, Demminerstraße 14,** hat
150 Streitmarken à 25 Pf. verloren. Der Finder dieser Marken wird ersucht,
dieselben an obige Adresse abzugeben.
Die Ortsverwaltung.

Bildhauer Berlins!

Freitag, den 10. April 1896, abends 8 Uhr, im großen oberen Saale
des **Englischen Gartens, Alexanderstraße 27c:**

Große öffentl. Versammlung.
Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Maifeier. 2. Bericht der
Delegirten zur Gewerkschafts-Kommission, Neuwahl derselben. 3. Bericht über
den Verlauf des Holzbildhauerstreiks. 4. Verschiedenes.
Es ist nothwendig, daß alle Kollegen in dieser Versammlung erscheinen.
Der Vertrauensmann.

Maurer.

Donnerstag Abend 8 1/2 Uhr:
Bier große öffentliche Versammlungen
der **Maurer Berlins und Umgegend**

in folgenden Lokalen:
für **Moabit und Wedding** im **Wedding-Park, Müllerstraße 178;**
für **Norden** bei **Gründel, Brunnenstraße 188;**
für **Osten** in **Joel's Salon, Andreasstraße 21;**
für **Westen und Süden** bei **Jülke, Dennewitzstraße 13.**

Tages-Ordnung:
1. Sind unsere in der Feenpalast-Versammlung aufgestellten Forderungen
gerecht und wie gedenken wir dieselben zur Durchführung zu bringen?
2. Diskussion.
Zu diesen Versammlungen sind die Kollegen der Bezirke **Charlotten-**
burg, Weissensee, Pankow, Friedrichsberg, Rummelsburg, Kirdorf,
Cempelhofer, Schöneberg u. s. w. hiermit besonders eingeladen. 183/2
Das Erscheinen aller Kollegen ist nothwendig.
Die Lohnkommission der Maurer Berlins und Umgegend.

Maler u. Berufsgenossen

Filiale Berlin I.
Am **Mittwoch, den 8. April, abends 8 Uhr:**
Große Mitglieder-Versammlung

bei **Cohn, Beuthstraße 20-22.**
Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht. — 2. Neuwahl des Vorstandes. — 3. Wahl der Delegirten
zum Gewerkschafts-Kongress. — 4. Filialangelegenheiten.
Um zahlreiches Erscheinen bitten
125/8 **Die Bevollmächtigten.**

Künstl. Zähne 2 M. Schmerzloses Zahnziehen u. Norvödten 1 M.
Plomb. 1.50. Rep. sof. Theilzahlg. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 9-7 Uhr.

Das
billigste Geschäft
für
KLEIDERSTOFFE
und
RESTE
Berliner-Rester-Bazar
Chausseestr. 2 C.
Oranienburger Thor

Sophaplüsch-
Reste
in glatt, gepreßt und ge-
webten Qualitäten, auch
schö Frisö und Moquet,
enthaltend 6 bis 22 Meter,
spottbillig! **Muster franco!**
Abgepaßte **Sattelstapfen** sehr
hochelegante **Sattelstapfen** billig.
Emil Lefevre, Berlin S., Oranienstr. 158
Arbeitsanzüge **W. Fahr,**
Brunnenstr. 112.

Haben Sie Schuld! — Warum
dann ist es Ihre Schuld! — Warum
wenden Sie nicht **Hoffers'** Banzengift
an, welche diese Thiere u. ihre Brut
sicher tödtet. Erfind.: **R. Hoffers,**
Drog., Rantensfelstr. 87 und **Reichen-**
bergerstr. Nr. 55. 4781L

Zahnärztliche Klinik Wedding,
Müllerstr. 1, Hof rechts 1 Tr., unter
Leitung des prakt. Zahnarztes **Louis**
Wolff. Tarif: Zahnziehen unentgelt-
lich, schmerzlos mit **Lachgas 2,50**
Mark, Plomben nach Wahl **1,00 M.,**
künstliche Zähne, nur bestes Material,
2,00 M. 4786L

Läuferstoff-Reste
von 6-18 Mk. für Korridore, Treppen
und zum Auslegen ganzer Zimmer
spottbillig. 4775L
Muster franco.
Teppich-Weberei
S. Unger,
Berlin S., **Oranienstraße Nr. 48.**
gebrauchte, kauft Barow
Möbel, Rosenthalerstr. 13.

Sozialdemokratische Parteitage.

VI. Parteitag der badischen Sozialdemokratie.

Heidelberg, 5. April.

(Eigener Bericht.)

Der Parteitag wurde vom Genossen Haug eröffnet. Anwesend sind 50 Delegierte aus 39 Orten. Zu Vorsitzenden werden die Genossen Haug, Freiburg und Kalnbach, Karlsruhe, zu Schriftführern die Genossen Kolb, Karlsruhe und Dreifuß, Offenburg gewählt. Hierauf wurde ein Geschäftsordnungs-Antrag von Sulach, die Verhandlungen des Parteitages in Broschürenform erscheinen zu lassen, zur Debatte gestellt. Der Antrag wurde abgelehnt. Den Genossen in Stuttgart und Prag, die ebenfalls zum Parteitag zusammengetreten sind, wurden Begrüßungs-Telegramme gefandt. Genosse Haug berichtet sodann über die Tätigkeit des Landesvorstandes im verfloßenen Jahre. Der Verkehr zwischen den Mitgliedschaften und dem Landesvorstand sei ein sehr reger gewesen. Die Einnahmen betragen im ganzen 1826,75 M., die Ausgaben 1301,08 M. Es ist somit ein Ueberschuß von 525,67 M. vorhanden. Einzelne Filialen seien ihren Verpflichtungen nicht immer nachgekommen. Eine Reihe von Prozessen habe stattgefunden, von denen die meisten zu unseren Ungunsten ausfielen. Die reaktionäre Handhabung des Vereins- und Versammlungsgesetzes durch die Polizei-Organe veranlaßte die Abhaltung zahlreicher Protestversammlungen im ganzen Lande. Zweimal seien Flugblätter verteilt worden; ein solches zur Landtagswahl in 55 000 Exemplaren und eines zur Agitation in 113 000 Exemplaren. Die Agitation war eine sehr lebhaft. Der leidige Parteifreit sei durch den Ausschluß Müllers endgiltig beigelegt. Er hoffe, daß auch im neuen Geschäftsjahre wiederum Fortschritte gemacht werden. (Beifall.) In der Diskussion wurde der Tätigkeit des Landesvorstandes ungetheilte Anerkennung gesollt. Ein Antrag, die alten Schulden einzelner Filialen, die aus der Zeit vor dem 1. April 1895 datiren, denselben nachzulassen, wurde angenommen.

Montag früh 1/2 Uhr eröffnet Genosse Haug die zweite Sitzung und erteilt zunächst Genosse Geiß das Wort, der über die parlamentarische Tätigkeit der Landtags-Abgeordneten folgendermaßen berichtete: Schon die Wahlansetzungsdebatten hätten bewiesen, daß die Nationalliberalen ihre Macht ausnützen würden. Hier habe nicht die Gerechtigkeit, sondern die rücksichtslose Gewalt entschieden. Schon zu Beginn der Session habe er und Dreesbach es für notwendig erachtet, den „wilden“ Stegmüller als Hospitanten in die Fraktion aufzunehmen, da sonst keiner von ihnen in irgend eine Kommission gewählt worden wäre. Der Landesvorstand hätte dagegen Protest erhoben. Stegmüller habe sie angelogen, weshalb sie, soweit dies möglich sei, den Verkehr mit St. meiden. Stegmüller habe trotz mehrfacher Aufforderung sein Mandat nicht niedergelegt. Geiß bespricht sodann die Verhandlungen über die einzelnen Anträge, 44. und schließt mit der Versicherung, daß sie ihren Pflichten, soweit ihnen das möglich war, nachgekommen seien. (Beifall.) In der Diskussion wird das Vorgehen von Geiß und Dreesbach bezüglich Stegmüller von Schauer-Vörrach scharf gerügt. Ebenso kritisiert Genosse Adolf Geß dieses Vorgehen der Landtagsfraktion. Das Vorgehen unserer Abgeordneten gegenüber dem Minister Eisenlohr hätte ein schärferes sein dürfen. In ähnlichem Sinne sprechen sich verschiedene Parteigenossen aus. Genosse Dreesbach vertheidigt die Haltung der Abgeordneten. Genosse Vörrach-Wiesloch stellt den Antrag, unsere Abgeordneten möchten im Landtag einen Antrag einbringen, wonach die Ueberweisung von Personen an die Landespolizei (Arbeitshaus) in Zukunft nicht mehr stattfinden. Von Offenburg ist ein Antrag eingekommen, wonach die einzelnen Mitgliedschaften für die Zukunft ihr Material betreffs Klagen und Forderungen, welche die Landtags-Abgeordneten im Landtag besprechen sollten, zunächst an den Landesvorstand einzureichen hätten. Diese beiden Anträge wurden angenommen. Ueber einen Antrag Schauer-Vörrach, in dem der „Volksstimme“ in Mannheim in Sachen des Hospitanten Stegmüller ein Ladeloosum, dem Landesvorstand dagegen für seine Stellung in dieser Frage Zustimmung ausgesprochen wird, wurde getrennt abgestimmt; der erste Teil wurde abgelehnt, der zweite Teil angenommen. Hierauf zeigte Genosse Dreesbach in seinem Referate über „Die Landtags-Wahlen und was sie uns lehren“ an der Hand eines reichhaltigen statistischen Materials, daß die Wahlbeteiligung, seitdem sich die Sozialdemokraten an den Landtags-Wahlen beteiligen, sehr stark gestiegen sei. Redner weist auf die ersichtlichen Fortschritte in Mannheim hin und glaubt, daß auch bei dem indirekten Wahlsystem für unsere Partei weitere Erfolge nicht ausgeschlossen seien, sofern eine planmäßige Agitation entfaltet werde. Ein Hauptaugenmerk sei auf die Erlangung des Staatsbürgerrechtes von ausländischen Genossen zu legen. Redner schloß seinen interessanten Vortrag mit der Aufforderung, überall mit aller Energie für die Landtagswahlen einzutreten. (Beifall.) Nach langer Diskussion, in welcher namentlich das Verhalten des Landtags-Abgeordneten und Oberbürgermeisters Schneyler von Karlsruhe einer Kritik unterzogen wurde, wurde die Sitzung abgebrochen.

In der Nachmittags-Sitzung gab Genosse Zilowsky vor Eintritt in die Tagesordnung eine Erklärung ab, welche den Streit zwischen ihm und Genossen Lutz betrifft. Wenn Genosse Lutz mit dieser Erklärung sich zufriedenstelle, so betrachte er den Streit als beigelegt. Genosse Lutz gibt unter allgemeinem Beifall eine diesbezügliche Gegenerklärung ab. Damit ist wieder ein Teil der Folgen des leidigen Parteifreites beseitigt.

Hierauf referierte Genosse Adolf Geß über die Gemeindevahlen. Trotzdem daß badische Gemeinde-Wahlgesetz ein reaktionäres sei, beteiligte sich die Sozialdemokratie an dieser Wahl und man habe da und dort Erfolge erzielt. Redner bespricht eingehend die Wanderung dieses Gesetzes vom Jahre 1882, wonach ein Zwölftel der Einwohner ebensowiel Bürgerauschmittglieder wählen, als neun Zwölftel der Bevölkerung. Es sei dies das ausgesprochenste Klaffengesetz.

Große Unzufriedenheit war die Folge dieser Verschlechterung des Gesetzes. So daß im letzten Wahlkampf selbst die Nationalliberalen dem Volke Versprechungen auf Änderung machen mußten. Bis heute hätten dieselben noch keinen diesbezüglichen Antrag eingebracht, wohl aber habe das Zentrum eine kleine Milderung der Klaffen-einteilung vorgeschlagen; wir als Segner jederder Klaffen-gegenstände wüßten eine gänzliche Beseitigung verlangen. Wir müßten trotz des Klaffengesetzes bei den Gemeindevahlen versuchen, in diese Verwaltungen tüchtige Genossen hineinzubringen. Redner verweist auf die Gemeindevorstellung in Roubaix (Frankreich) hin, wo die Sozialdemokraten die Majorität haben. Dort hätten selbst die Segner unseren Genossen Anerkennung zuollen müssen.

Genosse Dreesbach fährt aus, daß sie (die Landtags-Abgeordneten) bei Beratung des Zentrumsantrages, bei der Klaffen-einteilung statt Zwölftel Sechstel einzuführen, ihren Antrag auf Abschaffung der Klaffen-gesetze wiederholen werden. Da dieser Antrag auf alle Fälle abgelehnt wird, so würden sie für den Antrag des Zentrums stimmen, weil derselbe eine kleine Ver-

besserung bedeute. Er halte ein Zusammentreten sämtlicher Bürger-Auschußmitglieder für geboten.

Schähle-Bulach zeigt an einigen drastischen Beispielen, wie wichtig die Anwesenheit von Sozialdemokraten in den Gemeindevorstellungen auf dem Lande ist. Er bitte, den Antrag Bulach — bei solchen Wahlen mit bürgerlichen Parteien keinen Kompromiß zu machen — anzunehmen.

Von Dolinsky und Siskind in Mannheim wurde dieser Antrag bekämpft. Von den Delegierten in Mannheim ist ein Antrag eingekommen, wonach in solchen Orten, wo Genossen in der Gemeindevorstellung sind, diese eine Fraktion bilden sollen. Die beiden Anträge wurden angenommen. Inzwischen war die Wahl des Vorstands und des Landesvorstandes vorgenommen worden. Gewählt wurde Freiburg als Vorort. In den Landesvorstand wurden die alten Genossen wiedergewählt mit dem Genossen Haug als Vorsitzenden, Engesser, Raffner, Kramer, Schriftführer, Koch und Jüngst als Beisitzer.

Zum 5. Punkt der Tagesordnung schlägt Genosse Haug vor, nur einen Delegierten zu dem internationalen Kongreß nach London zu entsenden.

Es werden die Genossen Adolf Geß, Dreesbach und Geiß vorgeschlagen. Geiß und Geß lehnen ab und wurde hierauf Genosse Dreesbach einstimmig als Delegierter gewählt.

Bezüglich der Änderung einzelner Paragraphen im Organisationsstatut wurde ein Antrag Mannheim angenommen, wonach in einem Orte keine zwei Wahlvereine existiren dürfen. Ein Antrag aus Billingen, die Revisoren am Orte zu wählen, wird ebenfalls angenommen.

Beim Punkte Presse entspinnt sich eine sehr lebhaft Debatte. Karlsruhe verlangt, daß der „Volksfreund“ täglich erscheinen und daß der Landesvorstand mit dem Vorstand der Gesamtfraktion in Verbindung trete, damit in absehbarer Zeit der „Volksfreund“ in Karlsruhe täglich erscheinen könne. Genosse Kolb-Karlsruhe hält den gegenwärtigen Zustand für unhaltbar. Wenn Karlsruhe auf die Dauer der Zeit diesen Zustand ertragen soll, so würden dort keine erfreulichen Fortschritte gemacht. In ähnlichem Sinne sprechen sich die Delegierten der anderen Städte aus.

Genosse Lutz hält in anbeacht der geographischen Lage zwei Blätter für unbedingt notwendig.

Genosse Dreesbach hält eine Verschmelzung des „Volksfreund“ mit der „Volksstimme“ für unmöglich. Für ein tägliches Erscheinen des „Volksfreund“ würde er entschieden eintreten. So lange Genosse Geß keine diesbezügliche Erklärung abgibt, werden durch die Debatten keine praktischen Erfolge erzielt.

Kalnbach-Karlsruhe empfiehlt vorläufig tägliches Erscheinen des „Volksfreund“.

Genosse Adolf Geß: Er stehe immer noch auf dem Standpunkte, daß man einen Privatunternehmer nicht zwingen kann, etwas zu thun, von dem er überzeugt ist, daß es für ihn nur Nachteile haben wird. Man möge ihm die Wege zeigen, wodurch eine Besserung erzielt werden könnte, und er würde bereit sein, den Wünschen der Parteigenossen zu entsprechen. Er wäre momentan absolut nicht in der Lage, eine, wenn auch nur geringe Änderung in der Organisation des „Volksfreund“ vorzunehmen. Auf die Pforzheimer könne man sich nicht verlassen. Sie hätten am wenigsten Ursache, dem „Volksfreund“ Dummheit vorzuwerfen. Diese Genossen hätten keine Ahnung von den Geschäften einer Redaktion. Wenn die Schwierigkeiten, die er erwähnt, überwunden wären, so sei er jederzeit bereit, eine Änderung herbeizuführen. (Schluß folgt.)

Die Landesversammlung der Sozialdemokraten

Württemberg.

Stuttgart, 6. April. (Eig. Bericht.) Die Landesversammlung wurde in dem reich geschmückten Saale der Arbeiterhalle vom Vorsitzenden des Landesvorstandes, Genossen Dietrich, vormittags 11 Uhr eröffnet.

Nachdem das Andenken der Genossen Engels und Eichhoff gekehrt worden, wird in die Tagesordnung eingetreten und als erster Vorsitzender Reichstags-Abgeordneter Vlos, als zweiter Vorsitzender Gemeinderath Kuttler, Schwenningen, als Schriftführer Deusch, Gmünd und Kupp-Schwemningen gewählt.

Aus dem erstatteten Tätigkeitsbericht des Landesvorstandes ist zu ersehen, daß derselbe im abgelaufenen Jahre seine Geschäfte in 91 Sitzungen erledigt hat, außerdem beteiligte er sich an 16 Konferenzen, die im Lande abgehalten wurden. Eingekommen sind bei dem Landesvorstand 640 Briefe und Karten, sowie 7 Telegramme, abgegangen sind 763 Briefe und Karten, 6 Telegramme, 392 Zirkulare und Pakete, außerdem gingen 354 Geldsendungen ein, während 60 abgehandelt wurden. Die Agitation bei den 4 Reichstags-Wahlwahlen, die im Laufe des Geschäftsjahres stattfanden, war eine rege und war auch in zwei Wahlkreisen eine Stimmenzunahme zu konstatiren; die Agitation war eine sehr lebhaft, durch Vermittelung des Landesvorstandes wurden 400 Versammlungen veranstaltet, hierzu kommt noch die Zahl der Mitgliedschaften, die ihre Versammlungsredner direkt vermitteln. Flugblätter wurden zu den Nachwahlen 30 000 verbreitet, außerdem 7000 Parteiprogramme, ein weiteres Flugblatt „Wir haben risig viel Geld“ wurde im ganzen Lande in 140 000 Exemplaren verteilt. Mitgliedschaften wurden im abgelaufenen Jahr 12 gegründet, so daß sich die Zahl derselben jetzt auf 125 beläuft. Für die Ueberschwennten in Walingen wie für die Opfer des Offener Meinesprozesses wurde seitens der Genossen eine Sammlung veranstaltet; die gesammelte Summe beweist, daß auch die württembergischen Genossen, da wo es gilt, ihre Opferfreudigkeit betätigen. Da seitens der Behörde versucht wurde, die Mitgliederliste eines Arbeitervereins zu verlangen, so macht der Vorsitzende daraus aufmerksam, daß diesem Verlangen, falls es sich irgendwo wiederholen würde, keine Folge geleistet werden darf; ein weiterer Versuch, die Zellerfassung in öffentlichen Volksversammlungen zu verbieten, ist ebenfalls durch gerichtliches Urtheil als ungesetzlich bezeichnet worden. Alles in allem genommen, kann die württembergische Sozialdemokratie mit den Erfolgen zufrieden sein; sie als Partei wie jeder einzelne hat seine Schuldigkeit getan, wir sind unüberwindlich und schreiten von Erfolg zu Erfolg.

Der Kassenbericht ist ebenfalls als ein günstiger zu bezeichnen. Die Einnahmen belaufen sich auf 10 972,40 M., hierin sind einbezogen die regelmäßigen Mitgliedschaftsbeiträge mit 3869,57 M., sowie für Marktsammlungen 1514,70 M. Die Ausgaben betragen 10 061,91 M., so daß ein Kassenüberschuß von 875,49 M. verbleibt. Unter den Ausgaben befinden sich 411,45 M., die an Wasser, Gasel und Feuerbeschädigte, sowie an sonstige Unterstützungsbedürftige ausbezahlt wurden, außerdem 500 M., die an die deutsche Parteikasse abgeliefert wurden. Auf Antrag der Revisoren wird dem Kassier Decharge erteilt. Dem Bericht über das Parteiorgan, die „Schwäbische Tagwacht“, ist zu entnehmen, daß der Umsatz gegen das Vorjahr sich verdoppelt hat, es wurden 121 000 M. (116 000 M. im Vorjahre) umgesetzt, an Abonnementsgeldern gingen 73 000 M. ein, wie sich auch die Zahl der Abonnenten vermehrt hat. Der „Tagwacht“-Kalender, der seitens des Landesvorstandes herausgegeben wird, ist nahezu vollständig abgesetzt. An den Bericht knüpfte sich eine längere Diskussion an, in welcher sich einige Delegierte beschwerten, daß ihre Artikel entweder gar nicht aufgenommen werden, oder daß Streichungen in

denselben vorkommen, doch wird denselben seitens der Redaktion die nöthige Aufklärung hierüber gegeben. Es wird nun in die Mittagspause eingetreten, nach welcher die Präsenzliste der Delegierten zur Verlesung kommt. Es sind 180 Delegierte anwesend, welche 87 Mitgliedschaften mit ca. 5400 Genossen vertreten. Es wird nun zu Punkt 3 der Tagesordnung: Parla mentarische Bericht der Landtags-Abgeordneten (mit besonderer Betonung der Stellungnahme unserer Partei zur beantragten Verfassungsrevision) geschritten, welchen Genosse Klotz allein erstattet, da der Abg. Glaser schwer erkrankt ist. Genosse Klotz betont eingangs seines einstündigen Referats, daß sein Kollege und er jederzeit für das Wahlprogramm ganz eingetreten seien, und auch in der Frage der Verfassungsrevision in der Abrededeatte traten sie energisch für die Forderungen der Partei: Aufhebung des Zweikammersystems, Schaffung einer einzigen reinen Volkskammer, aus dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht hervorgehend. Wahlberechtigt und wählbar soll jeder über 20 Jahre alte Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechtes sein. Wahlbezirke mit gleicher Einwohnerzahl. Einführung des Proportional-Wahlsystems. Bllige Sicherung der Wahlfreiheit, insbesondere durch Wiedereinführung der Wahllokale u. s. w. ein, doch haben ihre Vorschläge selbst bei volksparteilichen Abgeordneten keine Gegenliebe gefunden. Seitens der Regierung ist dem Landtag bisher keine Vorlage über die Verfassungsrevision zugegangen, doch erklärte der Minister sich bereit, die Wahllokale wieder einzuführen, wie auch dem Wunsche der Kammer, Einführung von Isolirräumen bei der Wahl entsprechen werden soll, obwohl der Minister die Angelegenheit verschoben wissen wollte, bis im Reichstag diese Sache geregelt würde. Wie der Minister versprach, soll die Verfassungsrevision so erledigt werden, daß der nächste Landtag unter diesem Gesetz gewalt wird.

Die verlangte Abschaffung der Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher ist ebenfalls von der Regierung zugesagt worden, der Kaufpreis dafür ist aber zu hoch, in den großen Städten sollte die Wahl eine indirekte werden, es soll der Ortsvorsteher nicht mehr wie früher von allen Bürgern, sondern nur noch durch die bürgerlichen Kollegien gewählt werden, gegen welche Wahlbeschränkung die beiden Abgeordneten energisch Protest erhoben und muß sich die Regierung bequemen, einen anderen Vorschlag, mit der Beibehaltung der direkten Wahl, zu machen. Bei der Staatsberatung traten die Abgeordneten u. a. für Besserstellung der niederen Beamten und Bediensteten ein, wie sie sich auch gegen die Nebenämter verschiedener Beamten wandten und gleichmächtigere Beschäftigung der Beamten wünschten. Bei dem Etat wurde die Trennung von Staat und Kirche und Schule und Kirche, sowie unentgeltlicher Schulunterricht z. geordert, wie auch beim Justizetat gewünscht wurde, die Justizarbeit als Konkurrenzarbeit einzuschränken, auch wurde an einigen Urtheilen der Anträge der Genossen zur Erweiterung der Fabrikinspektion auf das Kleingewerbe, die Hausindustrie und die Landwirtschaft, Beiziehung von Arbeitern und Arbeiterinnen zur Inspektion wurde seitens der Kammer abgelehnt; ein Antrag, Trennung der Kesselrevision von der Gewerbe-Inspektion wurde in der zweiten Kammer zwar angenommen, in der ersten aber abgelehnt. Reicher Beifall wurde dem Redner für seine Ausführungen gezollt, und eine vom Genossen Sperka beantragte Resolution, in welcher die Landesversammlung ihre volle Ueber-einstimmung mit den Abgeordneten ausdrückt und denselben für ihre Tätigkeit volle Anerkennung ausdrückt, wurde einstimmig angenommen. In der Resolution protestiren des Weiteren die Sozialdemokraten Württembergs gegen die Beschränkung des Wahlrechts in Sachen. Nachdem einige kleinere Beschlüsse erledigt waren, wurde ein Begrüßungs-Telegramm des bayerischen Parteitags in Kaufbeuren verlesen, welches erwidert wird, wie auch an die badische Landesversammlung in Heidelberg ein Telegramm abgeht.

Es wird nun in die Beratung der gestellten Anträge eingetreten, und werden fünf zur Organisation gestellte Anträge theils zurückgezogen, theils abgelehnt, nur ein Antrag Ravenzberger: Der Landesvorstand möge den Vertrauensmännern derselben Orte, wo sich eine Mitgliedschaft nicht befindet, Landesmarken (Quittungsmarken) liefern, um den an solchen Orten arbeitenden Genossen Gelegenheit zu geben, für die Partei Beiträge zu leisten, wird angenommen. Zwei Anträge, „es möge ein Flugblatt oder eine Broschüre als Agitationsmaterial herausgegeben werden, welche Reichs- oder Landtagsverhandlungen, Reden unserer Genossen, Statistiken u. s. w. enthalten“, werden dem Landesvorstand zur Verdisichtigung empfohlen. 3 Anträge welche das Verlangen nach Vermehrung der mündlichen Agitation ausdrücken, werden, da diesem Ersuchen nicht Folge geleistet werden kann, durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Ein Antrag Dietrich: Die „Schwäbische Tagwacht“ möge den Marktbericht landwirtschaftlicher Produkte bringen, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Mit einem Antrag, daß Unterhaltungsblatt der „Tagwacht“ mehr agitatorisch für die Landbevölkerung zu gestalten und einem solchen, daselbe in eine Jugendzeitung für Kinder von 10-14 Jahren umzuwandeln, konnte sich die Versammlung nicht befassen, dagegen wurde beschloffen, in zwanglosen Zwischenräumen eine Beilage auszugeben, die sich mit den landwirtschaftlichen Verhältnissen befaßt. Ein weiterer Antrag, daß dem Tagwacht-Kalender ein Wand-Kalender beigelegt werden soll, wird angenommen. Ein große Debatte entspinnt sich noch über die frühere Zersplitterung in der Heilbronner Partei, da seitens der Mitgliedschaften Frankendach, Sonthem, Neckargartach und Wödingen folgender Antrag eingebracht wurde: Die Landesversammlung möge mit Rücksicht auf die Tätigkeit der Heilbronner Parteigenossen und in Würdigung der jetzt außerhalb der Partei lebenden Veranlasser der Heilbronner Streitigkeiten, es den ersteren wieder möglich machen, sich voll und ganz der Agitation im dritten Wahlkreise widmen zu können, durch Zurücknahme der Resolution der vorjährigen Landesversammlung in dieser Sache, da die Landesversammlung, wie die Erfahrung gezeigt, sich von den Veranlassern der Heilbronner Streitigkeiten trennen ließ. Die Genossen Grossich, Sonthem und Kuttler und Hührl (Heilbronn) nahmen an dieser Debatte regen Antheil, während Genossin Zeitin als Referentin der vorjährigen Kommission und Genosse Sperka, als früherer Vorsitzender des Landesvorstandes, die Ausführungen obiger drei Genossen theilweise bekämpften und richtig stellten. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, worin die Landesversammlung den Heilbronner Genossen für ihre Tätigkeit im letzten Jahre ihr Zutrauen ausdrückt, mit welcher sich die Heilbronner Delegierten befriedigt erklären, und wurde somit der Antrag als erledigt angesehen. Der letzte Antrag, von Stuttgart (Bezirk Westen) gestellt, geht dahin, die Landtags-Abgeordneten zu beauftragen, im Landtag für Zulassung der Frauen zum medizinischen Studium und zur ärztlichen Praxis, sowie für Anstellung weiblicher Assistenten zur Fabrikinspektion, einzutreten, wird angenommen.

Bei der Neuwahl des Landesvorstandes ergab sich, daß die Genossen Dietrich als Vorsitzender, Belli als Kassier, Fischer als Schriftführer und Wäsner als Beisitzer wiedergewählt wurden, für den auscheidenden Genossen Herrmann wurde Genosse Wehr als Beisitzer gewählt.

Ein seitens der badischen Landesversammlung aus Heidelberg eingetroffenes Begrüßungs-Telegramm wird zur Verlesung

gebracht. Als Delegierter der württembergischen Landesorganisation zum internationalen Kongress in London wurde der zur Zeit im Gefängnis sich befindende Redakteur Tauscher einstimmig gewählt. Zum Vertrauensmann für Württemberg wurde Reichstags-Abgeordneter Dieg wiedergewählt.

Gegen 9 Uhr schloß der Vorsitzende Bloß mit einem kräftigen Schlusswort und einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie die Versammlung, von dem vorgesehenen zweiten Tag der Verhandlungen konnte somit Abstand genommen werden. Hieraus verging sich die Delegierten noch einige Stunden an der von dem Sozialdemokratischen Verein Stuttgart und dem Gefangenenverein „Lassalla“ arrangierten Abendunterhaltung.

Parteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Prag, 5. April 1896. In der festlich geschmückten „Schönenhaller“ begann heute Vormittag um 10 Uhr der fünfte Kongress der österreichischen Sozialdemokratie. Genosse Schrammel eröffnete ihn mit einer kurzen Ansprache, in der er zunächst des Todes von Friedrich Engels gedachte. Zu Ehren des Verstorbenen erheben sich die Delegierten von ihren Plätzen. Als wichtigste Aufgabe des Kongresses bezeichnet Redner die Organisation der Partei zur Erreichung des allgemeinen Wahlrechts. (Beifall.) „Wir kennen keine Konfession, keine Nationalitätsfragen; unser Ziel ist allein die Befreiung des rechtlosen, ausgebeuteten Volkes aus ökonomischer und politischer Knechtschaft.“ Mit einem Dank an die tschechischen Genossen, die den Kongress trefflich vorbereitet haben, schließt der Redner.

Hierauf konstituiert sich der Parteitag. Als Vorsitzende werden gewählt: Steiner, Prag, Popp, Wien, Zeller, Tepsig und Dr. Thadd. Keger, Mährisch-Odrau.

Die Geschäftsordnung wird genehmigt und als Tagesordnung festgesetzt: 1. Parteibericht. Referent: Gen. Ellenbogen und Smetana. 2. Bericht der Kontrolle. 3. Wahlreform. Referent: Genosse Dr. Adler und Vanek. 4. Organisation und Taktik. Referent: Genosse Neumann. 5. Parteipresse. Referent: Genosse Popp. 6. Wahl der Parteiverwaltung. 7. Fortschritt der Sozialgesetzgebung in Oesterreich. Referent: Genosse Neumann. 8. Lage und Forderungen der ländlichen Arbeiterschaft. Referent: Genosse Dr. Verkauf. 9. Internationaler Kongress in London. Referent: Genosse Dazczynski. 10. Allgemeine Partei-Angelegenheiten.

Den Vorsitz am heutigen Tage führt Genosse Popp. Einstimmig wird folgendes Begrüßungs-Telegramm an Liebenicht beschlossen: „Der fünfte sozialdemokratische Parteitag sendet post festum dem alten Soldaten der Revolution die herzlichsten Glückwünsche zu seinem siebenzigsten Geburtstag.“

Den anwesenden Vertretern der politischen und gewerkschaftlichen Parteipresse wird das Stimmrecht eingeräumt.

Angemeldet sind 147 Delegierte.

Nach Wahl einer Mandatsprüfungs-Kommission wird in die Tagesordnung eingetreten.

Den Parteibericht erstattet Gen. Dr. Ellenbogen: Die Tatsache, daß der jetzige Parteitag unter einem ganz anderen politischen Regime tagt, als der vor zwei Jahren, erzählt die politische Geschichte der letzten Zeit. Vor zwei Jahren tagten wir unter der Herrschaft der Koalition, jener ebenso gewissenlosen wie unfähigen Verschönerung gegen die Arbeiterklasse, deren Namen eines der schmutzigsten Blätter in der Geschichte Oesterreichs bezeichnet. Die Partei hat ihre Aufgabe der Koalition gegenüber gelöst. Sie hat ausgesprochen das, was ist und hat ihrerseits dazu beigetragen, die ganze Hohlheit und Nichtigkeit des Systems Windischgrätz und seine Unfähigkeit zu jeder politischen Aktion, vor allem zur Wahlreform, vor der Öffentlichkeit zu enthüllen.

Redner gibt hierauf einen Überblick über die Gesamttätigkeit der Partei, der das erfreuliche Wachstum der österreichischen Sozialdemokratie in jeder Richtung hin zeigt.

Es gibt 14 deutsche, 13 tschechische, 1 italienische und 2 polnische Kreisorganisationen, von denen die deutschen 110 Bezirksorganisationen umschließen. Die Parteiverwaltung hat 100 Sitzungen abgehalten; 61 Kreis-Konferenzen haben stattgefunden.

Die Organisation der Bergarbeiter, womit der letzte Parteitag die Parteiverwaltung betraut hatte, ist erfolgreich unternommen worden. Drei große Agitationsstouren haben in die Bergwerksbezirke stattgefunden. Die Bergarbeiter-Organisationen haben riesige Fortschritte gemacht und stehen vollständig auf dem Boden der Partei.

Im Laufe der zwei Jahre haben über 2000 Volksversammlungen stattgefunden, von denen 65 verboten wurden. Die Bildung politischer Arbeitervereine hat sich bewährt und trägt zur Heranziehung der Indifferenten bei.

Erfolge sind auch in der Heranziehung der Bauern erzielt worden. In Mähren gibt es eine eigene sozialdemokratische Bauernorganisation. Ebenso ist es in West- und Südböhmen an verschiedenen Orten gelungen, die Bauern für die Partei zu gewinnen. In Galizien, das in der Hauptsache Ackerbau treibt, waren die Genossen wohl oder übel gezwungen, sich mit der Agrarfrage zu befassen.

Trotz ist die Aufstellung eines eigenen Bauernprogramms angeregt worden. Die Verhandlungen sind aber noch nicht beendet. Bereits beteiligten sich galizische Bauern an der Waisfeier, und der Ausfall der letzten galizischen Landtags-Wahlen, der Erfolg der radikalen Bauern, ist mit das Verdienst der sozialdemokratischen Organisation.

Die Partei hat begonnen, sich an den Wahlen in die Gemeindevertretungen zu beteiligen. In Gemeinden West- und Nordböhmens und in einer Gemeinde Borsatzbergs sind Genossen in die Gemeindevertretung eingezogen. Das Kommunalprogramm der Wiener Sozialdemokratie war musterhaft, und wenn auch nicht ein tatsächlicher, so wurde in Wien doch der moralische Erfolg errungen und der Kampf zwischen Antisemiten und Liberalen, der vorher rein persönlich war, in einen Kampf um sachliche Ziele verwandelt.

Ebenso wurde der Versuch unternommen, die Bezirks-Krankenkassen und die Unfallversicherungs-Kassen zu erobern, und er war an manchen Orten erfolgreich.

Die Gewerkschaftsbewegung hat riesige Fortschritte gemacht; die Zahl der Mitglieder der Organisationen und der Leser der Fachblätter hat außerordentlich zugenommen.

Die Zahl der Parteigenossen können wir leider nicht, wie die deutsche Partei, durch die Wahlslisten feststellen; wir müssen zu dem Kunstmittel greifen, die Zahl der Leser der Parteiblätter zu prüfen. Im Jahre 1894 hatten wir 21 politische Blätter mit einer Auflage von 79000 Exemplaren; im Jahre 1896 haben wir 28 politische Blätter mit einer Auflage von 95800 Exemplaren. Ein weiterer Fortschritt ist das tägliche Erscheinen der „Arbeiter-Zeitung“. Die Fachblätter haben sich von 29 auf 82 vermehrt; ihre Auflage ist von 79000 auf 111700 gestiegen. Mit den humoristischen und anderen Blättern zusammen verfügen wir jetzt über 65 Blätter statt 55 im Jahre 1894 mit einer Gesamtanfrage von 229000 Exemplaren gegen 179150 Exemplare. Von diesen Organen erscheinen 33 in deutscher, 25 in tschechischer, 4 in polnischer, 1 in slovenischer, 2 in italienischer Sprache und eins im jüdischen Jargon.

Auch die Zahl der politischen Verfolgungen ist ein Ausdruck für den Erfolg unserer politischen Tätigkeit. In den zwei Jahren wurden 61 Jahre 7 Monate 23 Tage Gefängnis über unsere Genossen verhängt. In Böhmen und Galizien ist eine neue Form der Bestrafung ohne gerichtliches Urteil eingeführt worden, die Verbannung der Untersuchungshaft. Im ganzen wurden nicht weniger als 9 Jahre 21 Tage Untersuchungshaft verhängt. An Geldstrafen wurden 1319 Gulden 50 Kr. bezahlt. Die blinde Verfolgungswuth der Staatsanwälte charakterisiert sich durch die 419 Freisprüche sozialdemokratischer Angeklagter, zu denen selbst die österreichischen Richter kamen. Einmal wurde sogar der

Staat zu Gunsten der Sozialdemokratie zu einem Schadenersatz von 821 Gulden wegen unbegründeter Konfiskation der „Arbeiter-Zeitung“ verurteilt. (Heiterkeit.) Weniger erfreulich ist leider noch immer der finanzielle Bericht. Er schließt in Einnahme und Ausgabe mit 12372 Gulden.

Wenn Sie finden, daß die Parteiverwaltung ihre Pflicht erfüllt hat, so ertheilen Sie ihr Decharge. (Beifall.)

Genosse Smetana referiert in tschechischer Sprache über die Parteithätigkeit der tschechischen Sozialdemokratie. Die tschechischen Proletarier haben sich der allgemeinen Organisation des österreichischen Proletariats eingefügt zum Vortheil für beide Theile. Die Organisation hat große Fortschritte gemacht; auch an Verfolgungen hat es nicht gebricht. Die Willkür der Bezirks-hauptleute ist die alte geblieben. Es erscheinen 10 politische Organe mit 81900 Abonnenten, 2 humoristische Blätter mit 10000 Abonnenten und 11 gewerkschaftliche Fachblätter mit 28000 Abonnenten. Auch die Czechen hoffen es zu einem Tageblatt zu bringen. (Bravo!)

Die Debatte wird eröffnet.

Genosse Feigl-Wien tadelt, daß der Parteibericht erst am Parteitag erschienen ist und beantragt, daß er künftig einen Monat vorher im Zentralorgan veröffentlicht wird. Bei der Frage, ob man sich an den Wiener Gemeinderathswahlen beteiligen sollte, waren die Wiener Genossen gespalten. Nachdem die Reichs-Parteiverwaltung das Eintreten beschlossen hatte, unterwarf man sich der Parteidisziplin. Gewonnen haben wir durch die Beteiligung nichts. (Beifall und Widerspruch.)

Genosse Berner-Mährisch-Odrau gedenkt des letzten Bergarbeiter-Streiks im Odrau-Karwiner Revier, des großartigen Ausmaßes, den Oesterreich bisher gesehen hat. 80000 Arbeiter, zum großen Theil des Lebens und Schreibens unkundig und zwei verschiedene Sprachen sprechend, verbanden sich solidarisch und standen vier Wochen lang im Kampf. Die Rothschild's und die erzherzogliche Kameraldirektion in Teschen waren wirtschaftlich nicht so zu verlegen, daß sie zur Kapitulation hätten gezwungen werden können. Darüber war man sich von vornherein klar. Ein Sieg war nur dadurch zu erzwingen, daß die öffentliche Meinung gegen diese hochmüthigsten aller Ausbeuter Stellung nahm. Das geschah dank der Thätigkeit der Wiener Genossen, denen Redner den Dank der Bergarbeiter auszusprechen hat. Auch das Eingreifen der Legislatur erwies sich als sehr wohlthätig. Das Parlament schuf ein Spezialgesetz, das der Hauptforderung der Bergarbeiter, kürzere Lohnfristen, entsprach. Durch die Verhandlungen im Parlament wurde der Brutalität der Kohleproben in etwas Einhalt gethan. Der Streik hat schwere Opfer gefordert. Um die Organisation zu gerühren, sind über hundert Genossen, zum größten Theil Familienväter, gemahregelt worden. Justiz und Bureaucratie haben sich beim Streik in den Dienst des Kapitals gestellt. Besonders hervorzuheben hat sich das Bezirksgericht Freistadt, das über 60 Personen Strafen von 2 Wochen bis zu 2 Monaten verhängt hat wegen Uebertretung des Koalitionsgesetzes. Die „Silesia“, das Organ der erzherzoglichen Kameraldirektion, stellte dem Richter, „weil er seinen Beruf so ganz und voll erfüllt hat“, einen Orden in Aussicht. Redner schildert das perfide Verhalten der tschechischen Nationalen, die durch ihre Heereien jedoch nur erreichen werden, daß sich die Bergarbeiter noch fester als bisher auf dem Boden des Klassenkampfes organisieren. (Beifall.)

In der weiteren Debatte beteiligen sich noch Krapka-Brünn, Dr. Morgenstern-Brünn und Gerin-Triest.

Eine Reihe Begrüßungs-Telegramme liegen vor.

Die Wiener Arbeiterinnen haben ihre Delegierten zurückgezogen, weil die Wiener Partei-Organisation das Geld hierzu nicht bewilligen wollte und kündigen in einem Schreiben an den Parteitag an, daß sie eine eigene Organisation bilden würden, weil sie wohl nach außen hin als gleichberechtigt bezeichnet würden, im übrigen aber für ihre Verbrüderungen bei manchem Parteigenossen nur Hohn und Spott fänden.

Ueber den Brief wird bei Punkt 4 der Tagesordnung verhandelt werden.

Am 2 Uhr verlagert sich der Kongress auf Montag 9 Uhr.

Prag, 6. April. Die heutigen Verhandlungen wurden von Popp-Wien mit einer Begrüßung des Genossen Mollenbuhner eröffnet, der von der deutschen Partei nach Prag entsandt ist. Genosse Kuer ist durch Familienverhältnisse am Erscheinen verhindert.

Mollenbuhner dankt namens der deutschen Sozialdemokratie für die freundliche Begrüßung. Es ist, sagt er, ein alter Brauch, daß die beiden Parteien, die früher nur eine waren, zu ihren Parteitag Delegierte entsenden. Ihr Delegierter hat in Breslau unangenehme Erfahrungen gemacht, er hat aus dem Streich der Breslauer Polizei gesehen, wie die Regierung eines großen Reiches verfährt. Ich bin hierher gefandt, Ihnen den Gruß und Glückwunsch der deutschen Partei zu überbringen. (Beifall.) Auf die österreichischen Kampfgenossen blickt die deutsche Sozialdemokratie mit besonderer Spannung. Die Ausdauer, mit der sie den Kampf um das allgemeine Wahlrecht führen, erfüllt uns mit hoher Bewunderung. Wir wissen, daß Sie in diesem Kampfe niemals erlahmen werden. Jeder Sieg, den Sie erringen, ist auch ein Sieg für uns, ist ein Sieg für die Sozialdemokratie überhaupt. (Beifall.) Die Proletarier aller Länder bilden eine Kampfsorganisation. Und so wie die Reaktionäre aller Länder von einander lernen, lernen auch wir von einander. Was heute in Rußland gegen uns probirt wird, wird in Deutschland morgen nachgemacht. Auch wir haben noch um das allgemeine Wahlrecht zu kämpfen. Zwar haben wir es für das Reich; aber es fehlt in den einzelnen Vaterländern. Sie wissen, was die sächsische Reaktion soeben unternommen hat. Ihr Kampf um das Wahlrecht wird nun unsern sächsischen Genossen ein Vorbild sein. So werden wir stets Schulter an Schulter kämpfen und uns nach Kräften unterstützen. Hoch die Waffenbrüderschaft der österreichischen und der deutschen Sozialdemokratie, hoch das kämpfende Proletariat aller Länder, hoch die internationale Sozialdemokratie!

Die Versammlung stimmt begeistert in das Hoch ein.

Nach Eintritt in die Tagesordnung wird der Bericht der Mandatsprüfungs-Kommission und der Reichskontrolle entgegengenommen. Im Namen der letzteren beantragt Zeller-Reichenberg die Entlassung der Parteiverwaltung.

Sodann wird die Debatte über den Bericht der Parteiverwaltung fortgesetzt. Sie erstreckt sich in der Hauptsache auf die Wiener Gemeinderath-Wahlen und ihren Nutzen für die Partei.

Die Genossen Dr. Ingwer und Pelikan bekämpfen die gestrigen Ausführungen Feigl's. Die Versammlungen, die sich mit den Kommunalwahlen befassen, seien die besuchtesten gewesen, die die Partei in der letzten Zeit gehabt habe. Das Kommunalprogramm sei zum Verhängen und zur Waffe für die Genossen in der Provinz geworden.

Feigl hält seine Behauptungen aufrecht und hebt hervor, daß die tschechische Organisation in Wien die Beteiligung an den Kommunalwahlen abgelehnt habe.

Reifler-Graz bedauert, daß die „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ von dem Carwiner Bergarbeiterstreik kaum Notiz genommen habe. Ueberhaupt nähmen die deutschen Genossen an den österreichischen Lohnkämpfen nicht den nöthigen Antheil.

Dr. Berstel-Neunkirchen wünscht, daß der Parteibericht künftig vollständiger sei. Besonders erheische die Frage der Gewerkschaftsorganisation und der Streiks eine größere Berücksichtigung. Auch über die internationalen Beziehungen der Partei sollte mehr Mittheilung und Stellung zu den neuen Ideen, z. B. zum Genossenschaftswesen, genommen werden.

Frau Adelheid Popp bedauert, daß die Kreisorganisationen über die Arbeiterbewegung nicht berichtet hätten. Nur der Bericht der niederösterreichischen Organisation theilt

etwas über die Zahl der politisch organisierten Arbeiterinnen mit und schätzt sie auf über 8000. Rednerin wünscht bessere Unterstützung der Arbeiterinnenbewegung.

Dr. Adler-Wien: Der Bericht der Parteiverwaltung mußte mangelhaft sein, weil es unmöglich ist, alles, was in 2 Jahren geschehen ist, in einem kurzen Bericht zusammenzufassen. Wozu auch solche Ausführlichkeit. Wir berichten an Leute, die mit uns im Kampfe, im Leben stehen. Wir haben in den zwei Jahren mehr Geschichte gemacht, als irgend eine andere Partei. (Sehr richtig.) Der Parteibericht kann einen Monat vorher erstattet werden, wenn Sie dafür sorgen, daß die Berichte der Kreisorganisationen rechtzeitig einlaufen. Genossin Popp hat recht, wenn sie sich beschwert, daß der Arbeiterinnenbewegung nicht genügend Erwähnung gethan wird. Die Genossinnen haben zwar allen Grund, sich darüber zu beklagen, daß sie in den Organisationen nicht die Beachtung und Vertretung finden, auf die das weibliche Element Anspruch hat, aber sie können nicht sagen, daß die Partei als solche der Arbeiterinnenbewegung in den Weg getreten sei. Sie können höchstens sagen, daß aus bürokratischen und anderen Gründen — auch in unserer Partei gibt es Bureaucraten. (Heiterkeit.) — mitunter den Arbeiterinnen nicht die genügende Vertretung gesichert ist. In der Arbeiterinnenbewegung ist in den zwei Jahren kein Stillstand eingetreten. Besonders die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen hat große Fortschritte gemacht. Und Gewerkschaftsbewegung und politische Partei gebären zusammen. Es ist ein und dieselbe Sache wie Leib und Seele. (Beifall.) Ohne den Leib der Gewerkschaften schwebt die Partei in der Luft; ohne die Seele der Partei und der revolutionären Ueberzeugung verpumpt die Gewerkschaftsbewegung, wie sie es in England gethan hat. (Bravo.)

Was unsere Beteiligung an den Wiener Gemeinderathswahlen betrifft, so ist es eine kleine Ueberreibung, wenn Feigl von einer Art Spaltung gesprochen hat. Das Eintreten in die Kommunalwahlen war uns schwer, aber es war unvermeidlich. Die tschechischen Genossen kamen in keinem Bezirke ernstlich in Betracht. Wäre dies der Fall gewesen, so hätten wir sie gewiß von der Nothwendigkeit der Beteiligung überzeugt. Der Erfolg hat uns recht gegeben. Wir haben großen agitatorischen Eindruck erzielt und den Genossen in der Provinz wertvolles Agitationsmaterial in dem Kommunalprogramm gegeben, das die Verbindung unseres Programms mit den Bedürfnissen des Alltags darstellt. Wir glauben auch darin unsere Pflicht gethan zu haben. (Beifall.)

Die Debatte wird hierauf geschlossen.

In seinem Schlusswort kommt Genosse Dr. Ellenbogen auf die Frage des Massenstreiks zu sprechen, die von einem Redner gestreift war. Wir waren, sagt er, überzeugte Anhänger des Massenstreiks. Aber die Erfahrung hat uns belehrt, daß wir, wenn von einem solchen Mittel die Rede sein sollte, zunächst die Gewerkschaftsorganisationen auf ihre Stärke prüfen müssen. Nun haben die Organisationen zwar große Fortschritte gemacht, aber auf Befragen haben sie erklärt, daß sie nicht überall in die eigene Stärke das nöthige Vertrauen setzen könnten, um dieses Kampfmittel in Anwendung zu bringen.

Hierauf wird der Parteibericht einstimmig Decharge ertheilt und beschlossen, eine Kommission mit der Vorbereitung der Neuwahl der Parteileitung zu betrauen.

Nachmittagsitzung.

Den Vorsitz führt Zeller-Reichenberg. Ueber Punkt 9 der Tagesordnung „Die Wahlreform“ referirt

Genosse Dr. Adler: Wieder müssen wir über die Wahlreform sprechen aber unter wesentlich anderen Verhältnissen als vor 2 Jahren. Die damalige Regierung des Fürsten Windischgrätz, der geschäftsführende Ausschuss aller bestehenden Parteien Oesterreichs, führte die Wahlreform zwar im Munde, setzte jedoch alles daran, sie zu vereiteln. Unsere Taktik war gegeben: Diese Regierung muß weg; mit Angethüm muß die Wahlreform verlangt werden, um jedem klar zu machen, daß eine Regierung ohne Wahlreform auch in Oesterreich unmöglich ist. Die Wahlreform war eine Lebensfrage für uns geworden; ohne Wahlrecht konnte die Partei nicht mehr weiter kommen. Auf die Geschichte der Wahlrechtsbewegung seit 1898 will ich hier nicht näher eingehen. Die herkömmliche Antwort der Gegner war: Ja, den Arbeitern gebührt das Wahlrecht und zwar sollen es die Bessergestellten erhalten. Das spezifische Arbeiterwahlrecht mit mehr oder minder begrenzter Mandatszahl tauchte sofort als Plan in dem Bürgerthum auf, als Graf Taaffe seine Wahlreform eintrachte. Es liegt diesem Projekte der Gedanke zu Grunde, die Arbeiterklasse politisch zu isoliren und zu spalten. Dieser Gedanke liegt auch den verschiedenen Projekten des Ministeriums Windischgrätz und des Parlamentes zu Grunde. Gegen diesen Gedanken haben die Arbeiter energisch protestirt. Mit dem Sturze der Koalitionsregierung war das Projekt, den Arbeitern nur Mandate zu bieten statt des allgemeinen Wahlrechts, befeitigt. Wie liegen die Dinge nun heute? Die Regierung des Grafen Badeni ist an die Reihe gekommen, von der man uns versichert hat, daß sie nicht nur die Regierung der starken Faust, sondern auch die einer besondern Intelligenz sei. Dafür erwarten wir noch die Beweise. (Heiterkeit.) Und es wurde weiter gesagt, daß diese Regierung die Wahlreform machen würde. Das hat sie in der That gethan. Sie hat dem Parlamente eine Wahlreform gerabzu aufgezungen; es ist kein Zweifel, daß diese vom Parlament angenommen werden wird. Die Wahlreform ist ein Kunststückmittel schlimmster Art, ein Hohn auf alle Prinzipien. Das allgemeine Wahlrecht wird im weitesten Umfange eingeführt, aber zugleich dafür gesorgt, daß das was dabei herankommt, sofort vernichtet wird durch das Bestehenbleiben des alten Unrechts, der alten Privilegien. (Beifall.) Wir betrachten das Wahlrecht nicht als Mandatsfabrik, sondern als bestes Mittel, die Arbeiterklasse aufzuklären und zu organisiren. Das Moment der politischen Bildung des Volkes durch das Wahlrecht wird durch die Badeni'sche Reform so vermindert, daß man sich fragen muß, was bleibt davon überhaupt noch übrig. Auch die 72 Mandate, die es gibt, werden uns nur zum kleinsten Theile zufallen. Die bürgerlichen Parteien lagen ich an, daß sie aus Feigheit wieder einmal ihre eigenen Interessen verrathen und mit den feudalen Resten im alten Wahlrecht nicht ausgeräumt haben: 5000 Großgrundbesitzer-Familien verfügen über 85 Mandate und den fünf-einhalb Millionen werden nur 72 Mandate eingeräumt. Diese Feigheit des Bürgerthums wird sich rächen. Die Liberalen sagen ja ganz offen: Ja, wenn ihr vernünftige Leute wäret und uns wählen wäret, so würden wir ja das allgemeine Wahlrecht geben. (Heiterkeit.) Die Klassengegenstände sind bereits so entwickelt, daß die Arbeiterklasse den Kampf um das allgemeine Wahlrecht allein führen mußte. Von den 72 Mandaten der neuen Kurie wird die deutschliberale Partei nicht eines gewinnen. Deshalb tritt sie dann für die Badeni'sche Wahlreform ein? Weil sie viel lieber etwas an Mandaten und parlamentarischen Einfluß verlieren will, als der Arbeiterklasse durch das allgemeine Wahlrecht eine gefährliche Waffe zu geben. Was die Deutschliberalen sind, werden die Czechliberalen bald werden. (Heiterkeit.) Die Wahlreform ist also direct gegen uns gemacht; sie giebt das Minimum dessen, was gegeben werden muß. Sie giebt dem Volke den Stimmgabel in die Hand, nimmt dem Stimmgabel aber jedes Gewicht. Das indirekte Wahlrecht wird zur Regel gemacht; in allen Einzelheiten zeigt sich die pfiffige Schlaubeit des Stanzcyklus, die mir wie eine Kreuzung von polnischen Edel-leuten und polnischen Juden vorkommt. (Große Heiterkeit.) Die einzelnen Wahlbezirke sind mit größtem Raffinement so zugeschnitten, daß die industriellen Kreise umgeben sind von ländlichen Kreisen, damit sie von diesen erdrückt werden. (Beifall.) Die herrschenden Klassen glauben, die Arbeiter würden sich benützen, wenn sie ein paar Mandate erhalten. Für uns bedeutet die Wahlreform aber nur einen Schritt vorwärts. Wir schließen

keinen Waffenstillstand, keinen Frieden, sondern fragen uns nur, wie können wir die Situation ändern. Die Wahlreform kann für uns nur der Ausgangspunkt einer neuen Wahlrechtsbewegung sein. (Bravo!) Wenn man an den Fesseln reißt, bis sie brechen, ist das eine Anerkennung der Berechtigung der Fesseln? Die badenische Wahlreform ist heuchlerisch bis ins Mark hinein; es will dem Volke nur vorlügen, daß es das allgemeine Wahlrecht erhält. Wenn diese Mißgeburt aber einmal da ist, so müssen wir uns fragen, was tun wir damit an? Die mittelbairische Organisation schlägt uns in einer Resolution vor, das Zustandekommen der badenischen Wahlreform mit allen Mitteln zu verhindern. Wie soll das aber geschehen? Es ist eine Illusion, nach solchen Mitteln zu suchen. Die Parteivertretung schlägt Ihnen dagegen folgende Resolution vor:

Der Parteitag beschließt: Die Wahlreform, die von der Sozialdemokratie der Regierung und dem Parlamente abgezwungen wurde, liegt abgeschlossen dem Parlamente vor und ihre Annahme ist unabweisbar. Sie gewährt dem arbeitenden Volke das allgemeine Wahlrecht nur, um die Wirkung seines Stimmrechts zu vernichten. Der gesammte Besitzstand der österreichischen Verfassung an Vergewaltigung, Unterdrückung und Korruption wird unverändert erhalten und die fünfte Kurie der Vertretung der bestehenden Klassen zur Majorisierung ausgeliefert. Die ungeheure Größe der Wahlbezirke, das indirekte Wahlrecht, die Bedingung der sechsmonatlichen Sechsbürgerigkeit gehalten die Wahlreform zu einem wahren Monstrum. Die badenische Wahlreform entspricht in keiner Weise dem Willen und dem Bedürfnisse des arbeitenden Volkes, sondern ist ein von der Noth des Momentes eingegebenes elendes Glückwerk. Der Parteitag protestirt entschieden dagegen, daß in der Ausübung einer fünften Kurie die Erfüllung der in der Wahlrechtsbewegung ausgesprochenen Forderung gesehen werde. Der Kampf zur Erringung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts muß darum auch weiterhin mit aller Energie fortgeführt werden. Der Parteitag beschließt weiter: Nachdem die Vergewaltigung durch die fünfte Kurie eine so gut wie vollendete Thatsache geworden, ist es die Pflicht der Partei und ihrer Vertreter, aus diesen gegebenen Thatsachen den größtmöglichen Nutzen zu ziehen und das neue Wahlrecht als Mittel der Agitation und Organisation wie insbesondere als Waffe zur Erringung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts gründlich auszunutzen. Die Parteivertretung wird darum beauftragt, nicht erst die Ausschreibung von Neuwahlen abzuwarten, sondern gleich nach dem Zutritt der neuen Wahlordnung die Vertrauensmänner einzuladen, an einem geeigneten Orte des Wahlkreises zusammenzutreten, um die Wahlagitation in die Hand zu nehmen und Kreis-Wahlkomitees zu bilden. In allen Kronländern ist eine kräftige Agitation zu entfalten, um die Landtage zu veranlassen, die indirekten Wahlen zu beseitigen.

Dr. Adler kündigt an, daß die Sozialdemokratie sich nicht nur an dem Wahlkampfe in der neuen fünften, sondern auch in der dritten und vierten Kurie betheiligen werde und schließt sein mit härmlichem Beifall aufgenommenes Referat folgendermaßen: „Die politische Wirkung der Wahlreform wird sein, daß das rechtlose Volk noch mehr als bisher erkennt, daß nur die Sozialdemokratie sich seiner Interessen annimmt. Wir werden dem Volke sagen: Daß Ihr das Wahlrecht habt, das sind wir. Daß Ihr ein schlechtes Wahlrecht habt, das sind die andern. Wenn Ihr ein besseres Wahlrecht haben wollt, dann kommt zu uns! Wenn man uns einen Stein giebt halt Brot, dann nehmen wir den Stein auf und werfen ihn den Feinden ins Gesicht. Das ist die alte Taktik der Partei und ich hoffe, daß sie auch die Taktik dieses Parteitages ist!“

Der tschechische Referent über diesen Punkt der Tagesordnung, Steiner, vertritt den gleichen Standpunkt.

In der Debatte befragt Dolejci-Budweis die Vernachlässigung des wirtschaftlichen Kampfes über der Agitation für die Wahlreform.

Jednicek-Prohnik vertritt den Antrag der mittelbairischen Organisation, welche einen Kampf um jeden Preis gegen die badenische Wahlreform verlangt und die Wahlbetheiligung verweigert.

Söyfert (ein früherer Anarchist, der erst vor kurzem aus zehnjähriger Kerkerhaft entlassen ist) tritt warm für die Wahlbetheiligung und den Antrag der Parteivertretung ein. Denselben Standpunkt vertreten eine Reihe weiterer Redner.

Hannich-Steinshöner fürchtet, die Wahlagitation werde zu viel Geld kosten, ohne eigentliche Erfolge zu bringen. Das Wahlrecht als bloßes Mittel der Agitation sei aber doch schon ein veralteter Standpunkt, heute handle es sich für die Arbeiter darum, bereits politische Macht auszuüben. Die Provinzgenossen sind von einem Wahlrecht ohne Aussicht auf Erfolg gar nicht begeistert.

Die weitere Debatte bewegt sich in diesen Bahnen und wird schließlich abgebrochen, um morgen fortgesetzt zu werden.

Gewerkschafts-Kongresse.

Dritte General-Versammlung des Verbandes aller in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Apolda, 4. April 1896.

Erster Verhandlungstag.

Im Saale des Restaurants „Vorwärts“ in Apolda traten am Vormittag des 4. April die Delegirten zur Beratung zusammen. Der Saal ist geschmackvoll und der Bedeutung der Verhandlung entsprechend decorirt.

Der Verbandsvorsitzende Häbsch eröffnet die Sitzung und begrüßt die Delegirten im Namen der Apoldaer Kollegen. Er erörtert daran, daß mit dem Fall des Sozialistengesetzes auch die Textilarbeiter ausathmeten und vor nunmehr sechs Jahren der erste deutsche Textilarbeiter-Kongress in Apolda zusammentrat, wo die neue Organisation beschlossen wurde. Redner giebt dem Wunsch Ausdruck, daß auch die diesmaligen Verhandlungen geführt werden mögen, dem Verbands zum Schutz und dem Kapitalismus zum Trub.

Hierauf wird das Bureau ergänzt durch Raumann-Apolda als zweiten Vorsitzenden, Georgi-Glauchau und Wagner-Burgstädt als Schriftführer.

Redner-Zwidau übermittelt sodann der Versammlung die Größe des Kollegen Reichelt-Zwidau, der an den Verhandlungen theilzunehmen durch Eintritt einer zweimonatigen Gefängnisstrafe verhindert ist. Die Versammlung beschließt ein Dank- und Begrüßungstelegramm an Reichelt.

Nunmehr berichtet der Verbandskassirer Treu für den Vorstand über die Kassenverhältnisse. Aus dem Bericht ist hervorzuheben, daß die Gesamtsumme in der Zeit von 1. April 1894 bis 31. März 1896 zusammen 84 585,42 M. betrug, darunter an Beiträgen 65 106,41 M., an Abonnementsbeiträgen seitens des Verbandes 12 000 M. und an Bestand von voriger Abrechnung 4 495,75 M. Die Ausgabe belief sich auf 80 008,77 M. Davon beanspruchte das Fachblatt, welches gratis an die Mitglieder gegeben wird, 41 890,80 M.; weiter wurden ausgegeben für den böhmischen „Textilarbeiter“ 110,01 M., für sonstige Druckfachen 3484 M., an Streikunterstützungen 16 585,44 M., davon allein nach Kottbus 11 000 M., während die übrige Summe sich auf 20 verschiedene Orte der Länder vertheilt. Nach Spanien sind 200 und nach Frankreich 300,44 M. an Unterstüßungen bei Streiks gesandt worden. Gemäßgelten-Unterstützung wurde 2157,72 M. gezahlt. An Reise-Unterstützung wurde 6090,40 M., für Rechtschutz 612,72 M. ausgegeben. Der Bestand der Kasse ist zur Zeit 4576,71 M.

Häbsch-Berlin giebt dann den weiteren Rechenschaftsbericht des Vorstandes. Seit 1894 sind 15 große Streiks gewesen, die alle von der Verbandskasse unterstützt wurden und größtentheils Abwehrstreiks waren. Die im Jahre 1894 ausgelassenen Streiks waren meist ohne größeren Erfolg. Nur in Klauen blieb

die Arbeiterschaft Sieger. Im Jahre 1895 hatte sich die wirtschaftliche Lage etwas gehoben, die Kämpfe der Textilarbeiter verliefen deshalb günstiger. Aachens Textilarbeiter führten ununterbrochen 10 Monate lang den Lohnkampf mit dem Unternehmertum und setzten ihre Forderungen größtentheils durch. Auch in Sagan und Glauchau war dies der Fall. Fast durchweg handelte es sich in erster Linie um Verkürzung der Arbeitszeit und dementsprechende Lohnerhöhung. In Kottbus hat der Streik der dortigen Kollegen die größte Sympathie hervorgerufen. Die aufgestellten Forderungen, besonders die nach der 11 stündigen Arbeitszeit, mußten als gerechtfertigt anerkannt werden. Wenn nicht in allen Streiks ein materieller Erfolg verzeichnet werden konnte, so sei doch der moralische Erfolg nicht zu unterschätzen. Streikbrecher habe es nirgends gegeben. — Auf die Agitation sei weniger verwandt worden. Dies erkläre sich daraus, daß die einzelnen Landes-Agitationskomitees die Centralstelle von Arbeit entlasteten. Je größer der Verband werde, je mehr erleichtere sich auch die Agitation. In Hof habe der Verband noch mit 10 000 Mitgliedern abgeschlossen; jetzt, nach zwei Jahren, zähle er 17 000 Mitglieder. Wenn auch eine Anzahl unfruchtbarer Kantonisten hiervon abgerechnet werden müsse, so bleibe doch immer eine erfreuliche Zunahme von 33 pCt. Seitens der Behörden seien dem Verband in Sachsen und in Neuch älterer Linie vielfach Schwierigkeiten bereitet worden. Einzelmitglieder habe man zu „Vereinen“ gestempelt, Vertrauensleute als solche „ausgelöst“. Auch im Königreich Preußen sei dies theilweise versucht worden. Doch hätten alle Maßnahmen der Behörden nicht vermocht, die Organisation zu erschüttern. Die Arbeiter sähen mehr und mehr die Nothwendigkeit des Zusammenschlusses ein und deshalb seien Unterdrückungsversuche machtlos.

Der Ausschuss beantragt Decharge-Ertheilung für den Vorstand. Nach unbedeutender Debatte wird dem Antrage zugestimmt und einstimmig die Decharge ertheilt. Zwei Anträge, den jetzigen und die späteren Rechenschaftsberichte den Delegirten gedruckt vorzulegen, werden debattelos angenommen. — Die Mandatsprüfer, Soigt-Berlin und Liebold-Greiz, haben inzwischen ihre Arbeiten erledigt. Anwesend sind 42 Delegirte, welche zusammen 118 Orte mit 15 600 Mitgliedern vertreten. Während der späteren Verhandlungen trifft noch der Delegirte für Neumünster ein. Vier beanstandete Mandate werden von der Versammlung für gültig erklärt.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist die Beratung der gestellten Abänderungsanträge zum Statut. Ein Zusatzantrag zu § 2 des Statuts, der die Einschränkung der Frauenarbeit hinter Weibchen, die Erhebung eines gleichen Lohnes für männliche und weibliche Arbeiter, für Färbearbeiter einen durchschnittlichen Lohn von 15 Mark per Woche, Befestigung der Ueberstunden u. s. w. ebenfalls als Zweck des Verbandes hinstellt, wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, da ein Theil der Forderungen schon anderweit im Statut Ausdruck erhalten hat, während andererseits einige Punkte sich mit den Prinzipien der organisierten Arbeiter nicht decken.

In der Nachmittagsitzung wird die Erhöhung der Beiträge diskutiert. Es sprechen noch 16 Redner, von denen die meisten gegen die Erhöhung sind. Von diesen wird geltend gemacht, daß die Löhne der Arbeiter so niedrig sind, daß eine Erhöhung der Beiträge nur die Wirkung hätte, daß ein großer Theil der Mitglieder vom Verband abpringen würde und neue Mitglieder viel schwerer als jetzt gewonnen werden könnten, ja in wirtschaftlich zurückgebliebenen Landestheilen überhaupt kaum zu gewinnen seien.

Die Befürworter der Erhöhung führten hauptsächlich aus, daß der Verband durch die Erhöhung der Beiträge leistungsfähiger werden würde. Sie wollten lieber weniger Mitglieder, um mit denselben höhere Leistungen zu erzielen und dann noch den wirtschaftlich Schwachen lieber Literatur und Veranlassungen umsonst beschaffen. Auf Antrag Sondler wird namentliche Abstimmung vorgenommen. Es stimmen 34 Delegirte für Beibehaltung der jetzigen Beitragssätze, 10 für Erhöhung derselben. Nowak-Nowawes enthält sich der Abstimmung. — Die Erhöhung der Beitragsbeiträge wird ebenfalls abgelehnt. — Ein Antrag Neumann-Berlin, der für Ausländer, die einem ähnlichen Verband angehörten, unentgeltliche Aufnahme in den Deutschen Verband fordert, wird debattelos genehmigt. — Die Verbandsmittelglieder in Burgstädt und Schwelm haben beantragt, daß für Unterstüßungen bei Streiks eine bessere Organisation geschaffen wird und der Zentralvorstand nur allein Sammelstellen ausgeben soll, wie auch die Filialen das Geld an den Zentralvorstand einfinden müssen. — Hierbei entspann sich eine lebhafteste Debatte infolge einer aus Mülhausen i. El. eingelaufenen Depesche, welche für die dort streikenden Kollegen Unterstüßung dringend verlangt, da deren Mittel vollständig ausgegangen seien. Es wurde dem Mülhausener Textilarbeitern der Vorwurf gemacht, daß sie unzeitig in den Streik traten. Wenn auch ihre Forderungen berechtigt seien, so hätte doch die Erringung derselben zurückgestellt werden müssen, bis der Streik in Kottbus beendet war. Der Delegirte Stling-Mülhausen vertheidigte das Verhalten seiner Kollegen, sie hätten nach dem Ausspruch eines Mülhausener Fabrikanten für Kottbuser Fabriken Waarenlieferungen fertigstellen sollen. „Das konnten und wollten die Mülhäuser nicht, sie wollten keine Streikbrecher für die Kottbuser Kollegen sein.“ Nach Schluß der Debatte wird der Antrag Burgstädt-Schwelm angenommen. Ebenso wird nach weiterer anschließiger Diskussion ein Antrag Liegnitz mit dem vom Vorsitzenden Häbsch beantragten Zusatz angenommen, wonach Verbandsmittelglieder, die wegen ihrer Thätigkeit für den Verband gewahrt werden, eine Unterstüßung in der Höhe von 50 pCt. ihres Lohnes erhalten. Diese Unterstüßung wird jedoch nur auf Antrag gewährt und muß von der Filiale begutachtet werden. — Für Unterstüßungen bei Umzügen sind ebenfalls eine Reihe Anträge gestellt, die jedoch auf Antrag Raumann-Apolda durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt werden. Abgelehnt werden eine Anzahl Anträge, welche theils obligatorisch, theils fakultativ die Arbeitslosen-Unterstützung fordern. Die Majorität der Delegirten stellt sich auf den Standpunkt, daß man keine Veranlassung habe, eine Arbeit zu leisten, die dem Staate zuliebe. Das Arbeitslosenheer bilde eine Zuchtstätte der Gesellschaft, welche zu fürchten letztere alle Ursache habe und ihr Anlaß geben könne zu wirtschaftlichen Verbesserungen auf gesetzgeberischem Gebiete. — Zwei andere Anträge auf Gewährung von Sterbegeld rufen gelinde Heiterkeit hervor. Es wird auch hier Uebergang zur Tagesordnung beschlossen. — Für Umänderung des § 3, die Reise-Unterstützung betreffend, sind zehn Anträge auf die Tagesordnung gestellt. — Es sind in sechs Quartalen zusammen 6000 M. und ausgezahlt an Reise-Unterstützung. Also pro Quartal 1000 M. Die Kuponbücher, wie jetzt im Gebrauch, sind unpraktisch, statt dessen sollen ähnliche Einrichtungen getroffen werden, wie in anderen Verbänden solche eingeführt wurden und sich bewährt haben. Im übrigen wird der Paragraph dahin abgeändert, daß die Karenzzeit von 6 Monaten auf 1 Jahr erhöht und in Zukunft für jede Strecke, auch die mit der Bahn zurückgelegten, das Reisegeld ausgezahlt wird. Die Höhe desselben bleibt wie bisher. — Hiermit sind sämtliche Anträge, die sich auf die verschiedenen Arten von Unterstüßung beziehen, erledigt.

Zweiter Verhandlungstag.

Vormittagsitzung.

Die Beratung wird fortgesetzt bei einem von Nowawes zu § 8 beantragten Zusatz, der die Möglichkeit bietet, daß Arbeiter anderer Branchen ebenfalls Mitglied im Textilarbeiter-Verband werden können, wenn für diese Branchen keine Organisationen am Orte bestehen. Ebenso sollen organisierte Arbeiter, für die eine Organisation ihrer Branche an einem Orte, dem sie zugewandert sind, nicht besteht, ohne Zahlung von Eintrittsgeld aufgenommen werden, wenn sie den Verpflichtungen ihrer Organisationen gegenüber nachgekommen sind. Kommen solche Mitglieder später wieder an einen Ort, wo ihre Berufsorganisation

eine Mitgliedschaft hat, so werden sie an diese überwiesen. — Ein von Augsburg zu § 6 gestellter Antrag wird zurückgezogen. Zu § 11 wird beschlossen, daß der Ausschuss seinen Bericht auf der Generalversammlung persönlich durch ein seiner Mitglieder erstatten muß und daß diese Berichte vervielfältigt und den Delegirten übergeben werden sollen. Apolda hat zu § 12 beantragt, daß der Hauptvorstand den Ausschuss von Reise-Unterstützung die Neugründung von Zahlstellen sofort mittheilen soll. Dies wird angenommen; ebenfalls ein Antrag Krefeld, wonach die Filialen im Januar jeden Jahres ihre Verwaltung zu wählen haben und den Vorschlag dem Vorstand mittheilen müssen, der auf Grund dessen Adressenverzeichnisse aufzustellen und den Ortsverwaltungen zuzufinden hat. — Die zu den §§ 13 und 16 von Eiberfeld, Liegnitz, Görlitz und Apolda gestellten Anträge werden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Zu § 18 beantragt Apolda, daß Termin, Ort und Wahlkreis-Eintheilung 12 Wochen vorher vom Vorstand bekannt gegeben werden. Dem wird zugestimmt. — Zu dem von Nowawes gestellten Antrag, der dieselbe Materie zu § 22 behandelt, wird Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

Liebold-Greiz beantragt, daß in Zukunft in Sachsen und Neuch älterer Linie nicht wieder nur ein Wahlkreis, sondern deren mehrere gebildet werden, für jeden Delegirten ein Kreis; die Wahl wird durch den Hauptvorstand geleitet. Dieser Antrag wird angenommen. Zu § 23 beantragte Nowawes die Ababstimmung innerhalb 6 Wochen nach Bekanntmachung der betreffenden Anträge, wenn ein Drittel der Delegirten sich dafür erklärt. Der Antrag findet keine Mehrheit. Die Anträge Liegnitz zu 27 und 28 werden abgelehnt. Angenommen wird noch ein Antrag, der im Fachblatt die Einrichtung einer Rubrik beantragt, unter der die neuerrichteten resp. aufgelösten Filialen angezeigt werden sollen.

Längere Debatte rufen hervor die gleichlautenden Anträge von Berlin I, II, III Reichenbach in Sachsen und Hof in B., die allesamt die Loslösung von der Generalkommission verlangen. Soigt-Berlin begründet den Antrag. Die Generalkommission sei überflüssig, wenn sie weiter nichts leisten soll, als für Agitation sorgen. Die Verbände kommen weiter, wenn die Kollegen die Agitation selbst in die Hand nehmen. Die Verbandsleitung habe im Verbands mehr geleistet als die Generalkommission. — Liebold-Greiz laßt sich mit den Berliner Anträgen nicht befremden. Man solle doch nicht vergessen, daß der Kommission zu Anfang zu viel Arbeit aufgeladen worden sei, was in Halberstadt zu dem Beschluß führte, der Kommission die Streikunterstützungen nicht mehr als ihr zugehörige Aufgabe vorzuschreiben. Aber für planmäßige Agitation sei derselben ein weites Feld überwiesen. Das sei auch sehr wichtig und die Kommission habe hier Erfolge aufzuweisen. Er glaube ja den Berlinern, daß sie die Kommission nicht bräuchten, aber im Lande könne man ihre Thätigkeit nicht entbehren. Die Solidarität verbiete es, von der Generalkommission zurückzutreten. John-Niederschönweide tritt gleichfalls für die Kommission ein. Ebenso der Greifelder Delegirte und Georgi-Glauchau. Nowak-Nowawes macht dem Hauptvorstand den Vorwurf, daß er über die eventuelle Reorganisation der Generalkommission nicht durch ein Referat für Aufklärung gesorgt habe. Die Kommission müsse bestehen bleiben respektive der Anschluß des Verbandes an dieselbe. Habe sie nicht genug geleistet, so liege es daran, daß ihr nicht genügende Mittel zur Verfügung gestanden hätten. Weiterem solle man abhelfen, dann könne auch eine intensivere Agitation entfaltet werden. Häbsch-Berlin macht der Kommission den Vorwurf, daß sie auf alle oder doch die meisten Kongresse Vertreter entsende, was viel Geld koste, das besser für Agitation bei der indifferenten Masse Verwendung finde. Leutnitz-Gera erucht um Ablehnung der Anträge. In Berlin habe man wohl Mittel und Kräfte genug, um die Generalkommission entbehren zu können. In den Provinzen aber sei das nicht der Fall und dort zeigten sich die Früchte ihrer Thätigkeit. — Der Delegirte aus Görlitz spricht ebenfalls für den Anschluß und erhebt den Vorwurf gegen die Verbandsleitung, daß die Wahlen zum Gewerkschaftskongress nicht angefertigt wurden. Wäre dies geschehen, so hätten sich die Mitglieder mit der Angelegenheit besser befaßt. — Bergner-Berlin ist der Ansicht, daß im Verbands genug rednerische Kräfte vorhanden sind, um für denselben die Kommission überflüssig erscheinen zu lassen. Diese habe die ihr gestellte Aufgabe nicht erfüllt. Der geringe Marktenumlauf zeuge von wenig Sympathie für die Kommission. Auch lasse sie das Solidaritätsgefühl vermissen. Dies beweise ihre Stellung zu den Sozialorganisationen. Redner sei zwar in einem Zentralverband und trete auch für ihn ein, aber trotzdem sei er ein Freund der Sozialorganisation. Redner polemisiert dann gegen v. Elm wegen dessen Haltung in der Kottbuser Angelegenheit. Frau Käbler-Hamburg weist in längerer Rede alle gegen die Generalkommission erhobenen Beschuldigungen zurück und hebt dabei besonders hervor, daß vor allem die Textilarbeiter keine Veranlassung haben, die Loslösung zu beantragen. Der Textilarbeiter-Verband habe in letzter Zeit durch die Agitation der Frau Steinbach, die im Auftrag der Kommission reiste, über 550 Mitglieder gewonnen. Die Tour im August habe die Neugründung mehrerer Zahlstellen als Erfolg zu verzeichnen und in Berlin selbst seien seitens der Kommission acht Versammlungen auf deren Kosten arrangirt. Man möge keine vorläufigen Beschlüsse fassen, sondern abwarten, was der Gewerkschaftskongress beschließen werde. Den Delegirten zu denselben möge kein gebundenes Mandat mitgegeben werden. — Nach einer persönlichen Bemerkung Bergner's werden alle Anträge auf Loslösung mit an Einstimmigkeit grenzender Majorität abgelehnt.

Eine Reihe Anträge betreffend der Agitation werden theils zurückgezogen, theils dem Kongress überwiesen, einer auch der Generalkommission. Der Antrag: „Der Vorstand solle für ein für Schlefien zu druckendes Flugblatt zwei Drittel der Kosten und die Filialkassen das übrige Drittel übernehmen, wird abgelehnt.“

Vorstand und Ausschuss bleiben wieder in Berlin. — Als Delegirte zum Gewerkschaftskongress werden gewählt: Häbsch-Berlin, Wagner-Burgstädt und Sondler-Eiberfeld; zu deren Stellvertretern Gruhl-Brandenburg, Viehweg-Umbach und Wimpler-Baden. Dem Vorsitzenden werden für seine Mühen und Aufwendungen als Entschädigung 300 M. bewilligt. An die Streikenden in Kottbus und Mülhausen werden Sympathie-Telegramme abzugeben beschlossen, nach letzterem Orte zugleich mit der Nachricht, daß man 500 M. Unterstüßung senden werde.

Nach einem Schlussworte des Vorsitzenden wird dann die Generalversammlung mit einem Hoch auf den Verband und die gesammte Arbeiterschaft geschlossen.

Ueber den Kongress des Schweizerischen Arbeiterbundes, der am Montag in Winterthur zusammentrat, geben wir vorläufig folgende Mittheilungen des Wolffschen Bureau's: Anwesend waren 425 Delegirte, die 198 400 Mitglieder vertreten. Die christlich-soziale Partei in Frankreich war durch den Deputirten Abbé Lemire, sowie drei andere Abgeordnete vertreten, welche die Beschlüsse der Versammlung ad referendum nehmen sollten. In der Eröffnungsrede erinnerte der Nationalrath Seilinger an den Stand der internationalen Arbeiterkämpfe-Gesetzgebung, welche im Jahre 1872 in der Schweiz zuerst angeregt, aber von einem mächtigen Herrscher zuerst in Angriff genommen wurde. Die Verhandlung verlief sehr ruhig. Der Kongress nahm nach ausgedehnten Referaten die Thesen über das Schweizerische Arbeitsrecht an. Dr. Curtius verlangte die Entschärfung über Ausweisungen durch nicht-politische Gerichtsbehörden; ferner über die Kranken- und Unfallversicherung, die obligatorischen Berufsstudien, die Ausdehnung der Haftpflicht und die Festsetzung der Arbeitszeit der Bahnbeamten auf 10 statt 12 Stunden. —

Was ist denn los?

Häufenweise eilt Berlin, um
Karol Weil's Seifen-Extract
zu kaufen. 4904L*

B. Günzel, Lothringersstraße 52. Spezialität: Porzellan, sozialistischer Führer, Saffale, Mary etc. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Brochen, Knöpfen, Wästen, Silberu u. dgl. sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Preiskurant.)

Was ist denn eigentlich los?

Schneiden Sie schnell dieses Inserat aus, nur noch kurze Zeit, bei Abgabe dieses Inserates das erste **Münzel's Loh-Tanninbad** zur Probe zum halben Kassenpreis 1 M.

Heilung bei Gicht, Ischias, Rheumatismus, Haut-, Blut- und Frauen-Krankheiten, veraltete Geschlechtsleiden, Folgen von Quecksilberkuren, Magen-, Nerven-, Nieren- und Blasenleiden, täglich für Damen- und Herren bis abends 10 Uhr. Prosp. gr. u. fr. Loh-Tanninbäder für Krankenkassen.

G. Münzel, Ansbacherstr. 19, Wallstr. 70, Neu-Cölln a. B. 6-8 u. Pantstr. 32, Berlin.

Möbel-Magazin
Berlin NW., Bremerstrasse 67.

Otto & Slotawa, Tischlermeister.
2. Geschäft: Gotzkowskystr. 3. [44678*]

Barg-Magazin
und Beerdigungs-Comtoir.

A. Hoffmann's Verlag,

Berlin O. 27, Blumenstrasse 14. Fernsprecher: Amt VII Nr. 3928.
Soeben erschien der neue 7776

Katalog.

Man verlange denselben gratis und franco; er enthält viele Neuheiten für Arbeiterfestlichkeiten, **Maifeier** etc., als Kompletts, Duetts, Theaterstücke u. s. w. Auswahlsendungen an Vereine bereitwilligst. Niederlage sämtlicher Theaterliteratur für Arbeitervereine.

Bur Frühjahrsaison

verkaufe ich meine Schuhwaren nach wie vor zu den bisherigen alten ausserordentlich billigen Preisen und zwar:

Herrenstiefel: von den einfachsten bis zu den elegantesten, nur bekannt gute Qualität
M. 4,75, 5,50, 6,50, 7,75 u. s. w.

Damen-Zug-, Knöpf- und Schnürstiefel
M. 4,50, 5,40, 6,30, 7,20 u. s. w.

Ball- u. Gesellschaftsschuhe, feinste Ausführung von M. 2,50 an.

Ganz besonders mache ich auf mein sehr großes Lager von **Einschnungstiefeln** zu aussergewöhnlich billigen Preisen aufmerksam. Versandt nur gegen Nachnahme oder vorherige Einsendung des Betrages. 83/15

Instruierte Preislisten gratis und franco.

S. Selbiger, Schuhfabrik,

Berlin NO., Landsbergerstr. 40, Ecke Lietzmannstrasse.

1000 (Modell) Damen!

Gelegenheitskauf Saison-Neuheiten, Frühjahr-Jackets 5-12, (mit Seide gefüttert 12-18 M.)
Hochelegante Mädel, Regenmäntel mit abnehm. Cape 8-20,00, Kragen, Capes in Wolle, Seide, Sammet 2,50-20,00, elegante Kindermäntel 3-10,00. P*

Gelegenheitskauf in Engros-**Landsbergerstr. 59** I Tr. am Alex.-Platz

Hackescher Markt 4,
Ecke Neue Promenade

J. Brünn,

Am Stadtbahnhof „Börse“

Inventur - Ausverkauf!

Teppiche! Gardinen! Portièren!
Steppdecken! Leinenwaaren!
Fertige Wäsche!

zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

Neu eröffnet!

Wiener Arbeiterzeitung.
Verschiedene Zahlstellen.
Zahlreiche politische und gewerkschaftliche Zeitungen.
Wirthshaus Max Pönitz „Zum Glühlichter!“
Brandenburgstr. 54, früher Ritterstr. 97.
In großer Auswahl **Speisen, ff. Biere und Weine, Yerrinszimmer.**
Sächsische Arbeiterzeitung. **Neu eröffnet!**
4747L* 7248L*

C. Jonas, Gr. Frankfurterstr. 42,

empfehl seinen H. Saal zu Festlichkeiten und Versammlungen, zwei große Vereinszimmer, angenehme Verkehrslokalitäten mit schattigem Garten. Gute Bewirtung, solide Preise. **Gedöfnst bis 2 Uhr nachts.** 7248L*

Teilzahlung. Monatl. v. 10 M. an liefert elegante Anzüge nach **Maß Tomporowski, Schneidermeister.** Berlin O., Jüdenstr. 37, 1 Tr.

Kranzbinderei und Blumenhandlung Robert Meyer, Nr. 2, Mariannenstraße Nr. 2, Widmungs-Kränze, Gurlanden, Ballkränzen, Bouquets u. s. w. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert.

Künstl. Zähne. F. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr. Teilzahlung pr. Woche 1 M.

Portièren

Restbestände
2 bis 8 Chals, à 2,50, 3, 4, 6 bis 15 Mark.

Probe-Chals bei näherer Angabe franco zu Diensten.

Bracht-Katalog mit Portièren-Abbildungen gr. u. fr.
Teppich-Fabrik Emil Lafèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.



Herren-Hüte 65 Pf.

Confirmanden u. bessere Hüte, enorm billig, verkauft das Fabrik-Komptoir 729b

Barnimstr. 45, Müllerstr. 12c, Kastanien-Allee 101.

Möbel-Ausverkauf,

passende Gelegenheit für Brautleute. In meinem größten Möbelspeicher, Neue Königstr. 69, sollen ca. 200 Wohnungseinrichtungen, vertiecht gewesene und neue Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Durch sehr große, billige Gelegenheitskäufe ist es mir möglich, schon ganze Wirtschaften für 90, 100, 200 Mark abzugeben. **Zahlung sofort, Beantw. ohne Anzahlung, Kleiderst. 15 Mark, Kommoden, Küchenspind 12, Nussbaum-Kleiderst. 20, Bettstellen mit Matratzen 18 Mark, Sophas 15, Säulenst. Kleiderst. 10, hochlegant 60, Trümmen mit Säulen und Kuppelglas 60, Herrenschreibtisch, Büschgarnturen 60 Mark, Janellosofa 75 Mark, Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Fenster 8 Mark. Gekaufte Möbel können drei Monate kostenfrei auf meinem Aufbewahrungsspeicher lagern, werden durch eigene Gespanne transportiert, auch nach außerhalb. 4581L***

Teppiche

darunter Brachtexemplare, Gardinen, Portièren, Tisch-, Reise- u. Steppdecken zu staunend billigen Preisen. 4772*
Teppich- O. Jaekel, Fabrik, Berlin SW., Leipzigerstr. 46.

Möbel - Ausverkauf

des Möbelspeichers **Rosenthalerstr. 11.** Wegen ganz bedeutender Vergrößerung meiner Räumlichkeiten verkaufe ich mein Warenlager zu noch nie dagewesenen Preisen vollständig aus. Am Umzug und für Brautleute ist somit die einzig reelle Gelegenheit gegeben. **Wohnungseinrichtungen, fertige einzelne Stücke** gebogen und billig einzukaufen. Man lasse sich nicht durch unangenehme Ausrufungen beirren, sondern beschäufte sich bis Möbel, welche man meistens nur gebrochene Möbel und anerkannt billigen Preisen. Durch Einkauf von 9 großen Möbelstücken zu günstigen Bedingungen verkaufe ich ganze Wirtschaften, sowie einzelne Stücke ganz bedeutend billiger als jeder andere Möbelspeicher. Auch großes Lager gebrauchter und vertiecht gewesener Möbel zu vorzüglichen Spottpreisen. **Kleiderst. 10 Mark, Nussbaum-Kleiderst. 12, Waschkleiderst. 15, Kommode 9, Sopha 16, Bettstelle mit Sprungfedermatratze u. Kissen 10, Stühle 9, Stühle 2, Nussbaum-Trümmen mit Glas 60, Büschgarnturen 60, neue, hochlegant Büschgarnturen 100 Mark. Hochlegant Nussbaum- und Mahagoni-Möbel (spottilig). Auch gebe ich Einrichtungen auf **Zahlung.** Beantw., welche Ihre Möbel bei mir kaufen, erhalten ein Hochzeitsgeschenk gratis. **Kein Abzahlungsgeschäft.** Eigene Tischler- u. Tischlerwerkstätten, vier große Möbelspeicher. Gekaufte Möbel können kostenfrei auf meinem Lager speichern 3 Monate liegen bleiben und werden dann durch eigene Gespanne (süder transportiert und aufgestellt, auch nach außerhalb.**

Rohtabak.

Größte Auswahl! Billigste Preise. Sämtliche Fabrikations-Utensilien.
Heinrich Franck, Nr. 185, Brunnenstraße Nr. 185.



Transportable Rollschutzwände für Zimmer, Garten und Veranda, Hôtels, Krankenhäuser und Sommerwohnungen, in allen Größen, per □ Mtr. 7,50 Mk.

Streckfauteuil „Liebling“, bequemste Ruhestühle für Zimmer, Garten und Reise, ganz zusammenlegbar, von 4 Mk. bis 20 Mk.



Preislisten über Holzwaaren gratis und franko.
R. Jaekel's Patent-Möbel-Fabrik, Berlin SW., Markgrafenstr. 20, Ecke Kochstr.

Das Beste ist immer das Billigste!

Dies trifft auch ganz besonders zu beim Einkauf von Waschartikeln!

Dr. Thompson's Seifenpulver

hat seinen seit ca. 20 Jahren bestehenden Ruf als vorzügliches **Wasch- und Bleichmittel** glänzend bewährt. — Man erzielt bei dessen Anwendung **blühend weiße Wäsche ohne Bleiche,** erspart viel Mühe, Zeit und Geld und schont die Stoffe mehr, als bei jeder anderen Waschmethode. — Nur echt mit der **Schwanmarke „Schwan“.**

Zu haben in den meisten Seifen-, Drogen- und Kolonialwaren-Handlungen. 30 587*

Möbeltischlerei

11. Lager compl. Wohnungseinrichtungen von den einfachsten bis zu den elegantesten in jeder Preislage in solider Ausführung zu den billigsten Preisen empfiehlt 4594L*

Julius Apelt, Tischlermeister, Skalitzerstr. 6.
Eigene Werkstatt im Hause.

Deutsche Schuh-Fabrik Erfurt

liefert **Schuhwaaren en gros & en detail** in eleganter und solider Ausführung.



Arbeiter Berlins!

Die Fabrikate der ausgezeichneten Schuhmacher in Erfurt werden jetzt, außer in den bekannten Verkaufsstellen, in den eigenen Niederlagen

Bellealliancestr. 98/99
und **Rosenthalerstr. 83/84** verkauft.



Jeder Käufer, der einen Versuch macht, wird mit dem gelieferten Fabrikat, das jeder Konkurrenz die Spitze bietet, in Preis und Qualität zufriedengestellt. — **Unser Geschäftsgrundsatz ist: Geringer Verdienst, rascher Umsatz.** — Jedem unserer Freunde kann die Waare bestens empfohlen werden. **Damenstiefel von M. 3,50, Herrenstiefel von M. 5,75,** in nur reeller Ausführung. 4321L*

In der Bellealliance-Strasse bitte genau auf Nummer 98 zu achten.

Für die Geschäftsleitung: **Wilh. Bock.**

Echt Stansdorfer Likör, ausgezeichnet im Geschmack à Liter 1,20 M. **Echten alten Nordhäuser, Literl. 1,10 M., 5 Liter à 0,90 M.** **Berliner Getreidekummel, Literl. 1,10 M., 5 Liter 0,90 M.** **Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-Saft,** vorzüglich, Literl. 1,30 Mark. **Medicin, Ungarwein,** beste Qualität, Literflasche 2,10 M. empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin

Eugen Neumann & Co., 6 a Bellealliance-Platz. 81 Neue Friedrichstrasse. 8 Oranienstr. 29 Genthinerstr. Niederlage in Potsdam, Bäckerstr. 7.